

ereignisse

im herbst 89
in halle/saale

Eine Dokumentation
herausgegeben vom
Zeit-Geschichte(n) e. V. Halle
Verein für erlebte Geschichte

Inhalt

Vorbemerkung <i>von Edda Ahrberg</i>	S. 3
Einleitung	S. 4
Politische Situation im Sommer 1989 <i>von Frank Eigenfeld</i>	S. 5
7.-9. Oktober Marktplatz <i>von André Gursky</i>	S. 14
Interview-Protokoll Björn Hopfgarten <i>von Heidi Bohley</i>	S. 56
15. Oktober Paulus-Kirche <i>von André Gursky</i>	S. 89
26. Oktober Volkspark <i>von André Gursky</i>	S. 102

Vorbemerkung

Einzelne Menschen erinnern ihre persönlich erlebten Geschichten in unterschiedlicher Art und Weise. Für sie unwichtige Details fallen häufig nach einiger Zeit dem Vergessen anheim. Andere Dinge werden nur eingeschränkt oder gar nicht wahrgenommen.

Der Verein "Zeitgeschichte(n)" e.V. hat sich vorgenommen, die Erlebnisberichte von möglichst vielen Menschen zu sammeln und durch schriftlich überlieferte Dokumente zu ergänzen. Gemeinsam mit Bildern, Ton- und Videoaufzeichnungen entsteht auf diese Weise ein vielschichtiges Bild des Vergangenen, in dem sich der Einzelne wiederfinden kann.

Die vorliegende Broschüre stellt den Oktober des Jahres 1989 in den Mittelpunkt. Dieser eine Monat hat wie kaum ein anderer in den letzten 10 Jahren die Menschen in Ostdeutschland geprägt und schließlich ein ganzes Staatssystem zum Einsturz gebracht. An seinem Ende war nichts mehr so, wie es an seinem Anfang war. Die DDR hat in der Zeit ihres Bestehens über drei Millionen Menschen durch Ausreise und Flucht verloren. Allein im Jahr 1989 gingen bis zur Öffnung der Grenze im November ca. 225000 zumeist junge Leute aus diesem Lande weg, weil sie sich ihr Leben nach ihren Träumen und Vorstellungen einrichten wollten. Honecker konnte trotz aller Anstrengungen nur noch mit einem "Wir weinen denen keine Träne nach" kapitulieren. Die Berichte zu den Oktoberereignissen in Halle zeigen die totale Auflösung des Staates, indem sie belegen, daß darüberhinaus die Polizei und das Ministerium für Staatssicherheit diejenigen einsperrte, die "Wir bleiben hier" riefen. Die Menschen, die sich damals aus sehr unterschiedlichen Gründen auf der Straße zusammenfanden, um zu diskutieren, zu erinnern und Veränderungen zu fordern, waren nicht die Mehrheit der Bevölkerung, aber sie haben den Ereignissen ihren Stempel aufgeprägt und die Entwicklung befördert.

Die Erinnerung an diesen Aufbruch und an die Gesprächsbereitschaft dieser Tage sollte bewahrt werden.

Edda Ahrberg
Landesbeauftragte

Einleitung

10 Jahre nach der "Wende"* – manche nennen diesen Vorgang auch *Revolution* – wird in diesem Heft an drei dramatische Ereignisse in Halle erinnert, die geradezu symbolhaft die Situation und die stürmischen Veränderungen im Herbst 1989 kennzeichnen.

In vielen Städten und Gemeinden der ehemaligen DDR vollzog sich gleichartiges – dem lag der gemeinsame Wille zugrunde, die Verhältnisse in der DDR zu verändern. Aber jede Stadt, jede Gemeinde hat ihre eigene Geschichte in der Wendezeit. Sie wird jeweils bestimmt von lokalen Faktoren und vor allem von den beteiligten Personen. So sind die Ereignisse in den verschiedenen Orten nicht identisch und beinhalten viele Vorgänge, die "einmalig" gewesen sind. Erst ihre Darstellung ermöglicht uns Einblicke in die Wendezeit und hilft, diese heute schon historischen Vorgänge zu verstehen.

Erinnert wird an den

- **7. und 9. Oktober**, an Tage, an denen in Halle noch die staatliche Gewalt dominiert und auf dem Marktplatz gegenüber friedlich demonstrierenden BürgerInnen wie auch Nichtbeteiligten angewandt wird
- **15. Oktober**, an dem der Protest der BürgerInnen in der Paulus-Kirche gegen diese Gewalt den ersten Kontakt mit politischen und staatlichen Repräsentanten erzwingt
- **26. Oktober**, an dem das erste öffentliche Gespräch im Volkspark zwischen systemkritischen BürgerInnen und politischen und staatlichen Repräsentanten des Bezirkes und der Stadt Halle stattfindet.

Tausende HallenserInnen haben diese Ereignisse miterlebt und durch ihren Mut und Zivilcourage mitgestaltet. Ohne ihre Beteiligung an diesen Ereignissen wie auch an vielen weiteren Veranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen – ob in Halle oder anderswo im Lande – es wäre nicht zum Sturz der SED-Herrschaft gekommen, sondern.....?!

Über diese Tage gibt es zahlreiche Dokumente, Materialien und Erinnerungen – allein der Staatssicherheitsdienst hat hunderte von Seiten hinterlassen. Eine zusammenfassende Darstellung liegt bisher jedoch noch nicht vor. In diesem Heft wollen wir versuchen, zumindest die wichtigsten Vorgänge unter Einbeziehung von Zeitzeugen darzustellen. Vieles wird aus Platzgründen nicht oder nur unvollständig erwähnt werden können. Auch ist uns bewußt, daß heute längst noch nicht alle Dokumente und Erinnerungen bekannt und zugänglich sind.

* Von Egon Krenz geprägter Begriff, der nachfolgend nicht mehr zitiert wird.

Politische Situation im Sommer 1989

Im 40. Jahr der DDR im Sommer 1989 war nicht abzusehen, daß dieses System bereits wenige Wochen später völlig zusammenbrechen würde. Die Staatsführung und viele Funktionäre und Systemträger wetteiferten in ihren Bemühungen, den 40. Jahrestag würdig vorzubereiten und zu begehen. Alle Macht lag in den Händen der SED-Partei. Polizei, Kampfgruppen, Armee, Staatssicherheitsdienst – sie funktionierten alle und hatten alles “im Griff”. Die Staatsführung – allen voran Honecker, Hager, Mielke, alte Herren über 70 – sah überhaupt keinen Grund, an der vorgegebenen politischen Linie etwas zu ändern. Man war sich sehr sicher und überzeugt, alles wäre bestens “zum Wohle des Volkes” geregelt. Doch dem war nicht so, dem war nie so – doch der Staat hatte Bestand. Warum aber nicht mehr im 41. Jahr? Was war im Sommer 1989 anders als in den früheren Jahren? Die Stimmung in der Bevölkerung war anders. Anders war die Reflektion des DDR-Alltags in den Köpfen vieler BürgerInnen und ihre Reaktionen auf die offizielle Politik. Weit mehr als früher, aber bei weitem keine Mehrheit in der Bevölkerung, setzte sich mit der aktuellen Situation kritisch auseinander und war mit den Gegebenheiten nicht mehr zufrieden. Diese kritische Stimmung griff in allen Bevölkerungskreisen und Ebenen um sich, auch in der Partei. Ausgelöst wurde sie durch verschiedene Faktoren, die alle gemeinsam kein gutes Alltagsbild der DDR abgaben und mehr noch, keine Hoffnung auf Änderung zuließen.

- * Da war die Weigerung der SED-Parteiführung, den neuen Prinzipien von Gorbatschow, Perestroika (Umbau) und Glasnost (Durchschaubarkeit), zu folgen. “Wenn der Nachbar tapeziert, müssen wir es nicht auch tun”.
- * Die sich zuspitzenden Probleme in der Volkswirtschaft wurden vielen bewußter und offensichtlicher. Der Technologie-Rückstand nahm rasant zu. Forderungen nach effektiveren Betriebsstrukturen wurden nicht erfüllt.
- * Jegliche auch noch so gut gemeinte und “harmlose” Kritik wurde ignoriert oder sogar von der Staatssicherheit “bearbeitet”.
- * Der Flüchtlingsstrom nach Westen nahm ungeahnte Ausmaße an. Die Reaktion der Parteiführung: “Wir weinen denen keine Träne nach”.
- * Verbot der sowjetischen Zeitschrift “Sputnik”.
- * Die offensichtliche Fälschung der Ergebnisse der Kommunalwahl vom Mai

- * Bejahung der "Chinesischen Lösung" (Panzer gegen Demonstranten in Peking) durch die SED-Parteiführung.

Im Sommer 1989 waren viele BürgerInnen mit einem oder mehreren dieser Probleme konfrontiert. Die meisten von ihnen schätzten die Lage als kritisch und hoffnungslos ein. Entsprechend nahm die Zahl derer zu, die die DDR verlassen wollten, zumal bekannt wurde, daß Ungarn den Grenzzaun zu Österreich abbaute.

Die Stimmungsberichte und Dokumente der Staatssicherheit geben über die Lage im Sommer 1989 wahrscheinlich am besten Auskunft. Sie war mit ihrem weitverzweigten IM-Spitzelsystem über alles sehr gut informiert. Das geht aus zahlreichen Berichten und Analysen hervor. So steht es in der Zusammenstellung der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS Berlin vom 6. Juni 1989 (ZAIG 5352, S. 99)

In einem Schreiben vom 14. Juli (ZAIG 5352, S. 124) analysieren sie die Fluchtwelle über Ungarn. (Dokument 1)

Gemäß dieser Lageeinschätzung durch die Staatssicherheit begann man, zusätzliche Maßnahmen zu organisieren, um die "Verhinderung jeglicher Überraschungen" abzusichern. Bereits am 15. Juni wurde die "Bildung einer ständigen Einsatzreserve des Leiters der HA XXII" angeordnet. (Dokument 2)

Am 31. August fragt Mielke in einer Dienstbesprechung seine Generale: "Ist es so, daß morgen der 17. Juni ausbricht?" Ihre Antwort: "Der ist morgen nicht, Genosse Minister, der wird nicht stattfinden, dafür sind wir ja da."

Das MfS - Schild und Schwert der Partei - ist im Sommer 1989 wie immer zuversichtlich und hat keine Zweifel, die Lage zu beherrschen. Hatte sie doch bisher auch alle Bewegungen erfolgreich bekämpft, die von der offiziellen Parteilinie abweichen wollten. Diese systemkritischen, "negativ-feindlichen" Personen und Gruppen hatte sie stets im Visier und unter Kontrolle und jeweils rechtzeitig - wenn es ihr geboten schien - durch verschiedenste Repressionsmaßnahmen "unschädlich" gemacht. Dieser "unverbesserliche" Personenkreis, der politische Änderungen einforderte, war klein, überschaubar und ständig überwacht. Gefahr für das Land konnte von ihnen nicht ausgehen - so sah es die Staatssicherheit und so sahen es die Betroffenen auch selbst.

In Halle agierten Ende der 80er Jahre “nur” 5 unabhängige Gruppen mit unterschiedlicher Intensität, Zielstellung und Mitgliederzahl zumeist unter dem Dach der Kirche:

- * Frauen für den Frieden beim Kirchenkreis Halle
- * Ökologische Arbeitsgruppe beim Kirchenkreis Halle mit der Umweltbibliothek
- * Basisgemeinde Halle der “Kirche von unten”
- * Ärztekreis zur Verhinderung eines Atomkrieges
- * Vorbereitungskreis der Nachtgebete beim Kirchenkreis Halle

In anderen Städten und Regionen gab es vergleichbare Gruppen. Die Stasi schätzte ihre Gesamtzahl im Sommer 1989 auf ca. 250 ein. Obwohl viele Gruppen seit Jahren existierten, war ihre Wirksamkeit insgesamt gering. Kontakte zur Bevölkerung oder Reaktionen aus der Bevölkerung gab es kaum. Natürlich war es auch nicht “ungefährlich”, mit solchen Gruppen in Kontakt zu treten, geschweige denn, sich in ihnen zu engagieren – man wußte, daß das nur Nachteile brachte. So blieb die Zahl der Engagierten gering. Aber diese lernten sich kennen und begannen, auch überregionale Aktivitäten zu entwickeln und zu organisieren. Nicht unwichtig dabei war der kirchliche Rahmen – alle Aktionen, aller Widerstand waren immer und überall friedfertig und gewaltfrei!



3. Friedenswerkstatt Juli 1984; Erlöser-Kirche; Berlin-Lichtenberg

Rolf Henrich

liest aus seinem Buch

„Der vormundschaftliche
Staat“



am 21. Juni '89 um 20" Uhr in der

Georgengemeinde Halle

Zur Lesung von Rolf Henrich kamen über 300 Teilnehmer

NACHTGEBETE



DDR — Vergangenheit
Gegenwart
Zukunft

am 13.10.89, 21⁰⁰h in der Gesund-
brunnen gemeinde, Diesterwegstr. 16

Im Sommer 1989 begannen die Vorbereitungen für die Gründung einer DDR-weiten unabhängigen politischen Vereinigung. Bärbel Bohley lud aus Berlin und mehreren Bezirken der DDR zum 9. und 10. September ihr bekannte "Widerständler" ein – das NEUE FORUM entstand und wendete sich mit einem Aufruf zum Dialog an alle. Wenig später bildeten sich weitere Gruppen. In Leipzig verwandelten sich Mitte September die "Wir wollen raus"-Demonstrationen zur Zeit der Herbst-Messe in die "Wir bleiben hier"- und "Wir sind das Volk"-Demonstrationen. Die Fluchtwelle über die Botschaften nahm dramatische Züge an. Aber was alle überraschte – Tausende, Zehntausende, Hunderttausende BürgerInnen hielten sich nicht mehr zurück – überwandten ihre Ängste, unterschrieben die Appelle, wurden Mitglied in den neuen Gruppen, gingen auf die Straße, forderten Veränderungen. Die Zeit war reif!

Die Staatssicherheit war völlig überfordert und registrierte nur noch hilflos die "Delikte", konnte sie aber nicht mehr "bearbeiten". Mit dieser Protest-Energie hatte sie nicht gerechnet. Dieses Schutzes beraubt, brach das System im Oktober in wenigen Tagen zusammen.

Ein Funke hatte das Pulverfaß zur Explosion gebracht. Das Pulverfaß war das Volk – der Funke, vielleicht die Aufrufe, Appelle und frühen Demonstrationen der neuen Gruppierungen im September 1989.

Berlin, 14. Juli 1989

BSIU
000124

Hinweis

zum verstärkten Mißbrauch des Territoriums der Ungarischen
Volksrepublik durch BÜRGER der DDR zum Verlassen der DDR
sowie zum Reiseverkehr nach der UVR

1. Zum ungesetzlichen Verlassen der DDR unter Mißbrauch des
Territoriums der Ungarischen Volksrepublik

Vorliegenden Hinweisen zufolge sind zunehmende Bestrebungen des
ungesetzlichen Verlassens von Bürgern der DDR unter Ausnutzung
des Territoriums der Ungarischen Volksrepublik festzustellen.

So haben im Zeitraum vom 1. 1. 1989 bis einschließlich 12. 7. 1989
bereits mehr DDR-Bürger das ungesetzliche Verlassen der DDR über
die UVR versucht bzw. vollendet als im gesamten Jahr 1988.

Dazu die nachfolgende Übersicht:

	Insgesamt	davon verhindert	davon vollendet
1.1. - 31. 12. 1988	607 Personen	397 Personen	210 Personen (35 %)
1.1. - 12. 7. 1989	618 Personen	406 Personen	212 Personen (35 %)

Darüber hinaus wurden im Zeitraum vom 1. 1. - 12. 7. 1989 weitere
148 Bürger der DDR wegen versuchten ungesetzlichen Verlassens der
DDR über die UVR bereits auf dem Territorium der DDR bzw. durch die
Sicherheitsorgane der CSSR festgenommen.

Besonders hervorzuheben ist, daß sich die überwiegende Anzahl der
im Zeitraum vom 1. 1. bis 12. 7. 1989 angefallenen Tötter auf die
Monate Mai, Juni und Juli konzentrieren. Auf diese 2 1/2 Monate
entfallen 76 % des versuchten und 62 % des vollendeten ungesetzli-
chen Verlassens der DDR über die UVR.

Dokument 1

ZAIG 5352 vom 14. Juli 1989

Per. Lang

04.06.89

BSU
092001

E 543/20

Hauptabteilung XXII/AKG
Lagezentrum

Berlin, 15. Juni 1989
A 99189

bestätigt: *Umm 2*
Franz, Oberst

FESTLEGUNGEN

zur Bildung einer ständigen Einsatzreserve des Leiters der HA XXII

Die gegenwärtige politisch-operative Lageentwicklung im Innern der DDR ist geprägt von zunehmenden Versuchen innerer und äußerer Feinde zur Organisierung und Durchführung schwerwiegender Provokationen und anderer öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung.

Dabei versuchen in der DDR akkreditierte Vertreter westlicher Massenmedien und andere ausländische Stellen und Kräfte im Operationsgebiet feindlich-negative Kräfte im Innern der DDR, insbesondere die Inspiratoren/Organisatoren der politischen Untergrundaktivität, reaktionäre kirchengebundene Kräfte, Antragsteller, Mitstreiter und Sympathisanten sog. Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtgruppen zu einer inneren Opposition zusammenzuführen und ihre subversiven Zielstellungen und Handlungen zu steuern.

Gleichermaßen inspirierend wirken die aktuellen Ereignisse in der VR China und der UdSSR sowie die Entwicklung in der VR Polen und VR Ungarn und die breite, minutöse Schilderung und Auswertung dieser Vorgänge durch die westlichen Medien.

Diese Lageentwicklung erfordert in allen Verantwortungsbereichen der HA XXII höchste technische Wachsamkeit und die ständige Einsatzbereitschaft aller Angehörigen.

Zur Durchsetzung der gemäß Befehl 1/89 der HA XXII übertragenen spezifischen Aufgaben für die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der DDR, ist zur Durchführung

spezifischer, politisch und militärisch-operativer Schutz-, Sicherungs- und Vorbeugungsmaßnahmen

eine ständige Einsatzreserve zu bilden, die ein schnelles Reagieren und die Verhinderung jeglicher Überraschungen ermöglicht.

Dokument 2
HA XXII vom 15. Juni 1989

AUFRUF ZUR GEWALTFREIHEIT IN UNSERER STADT

Gewalt ist kein Mittel zur Lösung von gesellschaftlichen Konflikten. Angesichts der aktuellen Situation in unserer Stadt halten wir jetzt für das Wichtigste:

1. Selbstverpflichtung zur strikten Gewaltfreiheit.
2. Keine Gewalt der Sicherheitsorgane gegen die Teilnehmer friedlicher Zusammenkünfte.
3. Keine Diffamierung und Kriminalisierung von reformengagierten Personen und Gruppen.
4. Offene und wahrheitsgetreue Berichterstattung in den Medien.
5. Versammlungs- und Redefreiheit.
6. Bereitstellung von Räumen und Plätzen zur öffentlichen Diskussion (z.B. in Klubhäusern, Jugendklubs und auf städtischen Freizeitanlagen).

Halle/S. den 15. Oktober 1989 Bürgerversammlung in der Pauluskirche

7. - 9. Oktober 1989 Marktplatz

Nach den Worten Schorlemmers gingen die Leute "mit der chinesischen Angst im Bauch auf die Straße."¹ Dies hatte Gründe, schließlich orientierten sich nicht wenige Genossen noch zu Beginn der Jubelfeiern zum 40. Jahrestag der DDR, Ende September, an der chinesischen Lösung der andauernden Krise, gleich dem brutalen Vorgehen der Kommunisten auf dem Platz des "Himmlischen Friedens" in Beijing.

Eine Woche vor dem 40. Gründungstag des "Arbeiter- und Bauernstaates" toastete MfS-Chef Erich Mielke anlässlich eines Empfanges prophetisch mit den Worten. "Lieber stehend sterben als kniend in Knechtschaft leben" und am Tage seiner Verhaftung (7.12.1989) entwich ihm ein wütendes: "Haut sie doch zusammen, die Schweine."² Der Mann, der eigentlich "alle liebt", wie es in einer Rede Mielkes selbst vor der lachenden Volkskammer zu hören war³, erteilte in jenen brennenden Tagen zwischen Jubelfeier (7.10.) und den wuchtigen Montagsdemonstrationen gegen Gewalt (Leipzig, 9.10.) all jenen eine Ohrfeige, die an der Einsatzbereitschaft des "Schild und Schwert der Partei" auch nur im geringsten zu zweifeln wagten. Der 7. Oktober war nicht zur Zufriedenheit der DDR-Obersten verlaufen. "Zeitweilig negative Personenkonzentrationen an den Grenzen des Handlungsraumes" (womit der 'Palast der Republik' gemeint war), formulierte ein Tagesbericht des ZOS vom 8.10.1989⁴. Mielke befahl unmittelbar als Reaktion auf die unerwünschte Blockierung der "Protokollstrecke", wie es hieß, die "volle Einsatzbereitschaft" aller MfS-Diensteinheiten.⁵ Die Weisung wurde an die regionalen Stützpunkte der Staatssicherheit weitergegeben. Kernpunkt der "offensiven Maßnahmen zur Unterbringung und Auflösung von Zusammenrottungen" sollte sein: "Unter dem Gesichtspunkt der Verschärfung der Lageentwicklung sind die bereits angewiesenen Maßnahmen zur Einschätzung und Neubewertung von OV (Operativen Vorgängen, OPK (Operativen Personenkontrollen) und operativen Ausgangsmaterialien unverzüglich weiterzuführen. [...] Es sind geeignete Maßnahmen festzulegen, um erforderlichenfalls kurzfristig die Zuführung bzw. Festnahme solcher Personen zu realisieren."⁶ Nach Süß war dies die "Vorbereitung auf eine größere Verhaftungswelle, wie es sie in den siebziger und achtziger Jahren nie gegeben hatte."⁷ Dem voraus ging ein Telegramm Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der SED - Bezirksleitungen, wonach es in Berlin, aber auch in Halle und anderen Städten zu Demonstrationen gekommen sei, "die gegen die verfassungsmäßigen

Grundlagen unseres sozialistischen Staates gerichtet waren."⁸ Verschärft setzte ein die "Strategie der Verunsicherung", wie es Rolf Schöppe, leitender Offizier der MfS-Hauptverwaltung Halle formulierte.⁹ Umgesetzt wurde diese Strategie der Stasi durch sogenannte "Vorfeld-Zuführungen". Unliebsame Bürger wurden dabei ohne Vorliegen strafrechtlich relevanter Verdachtsmomente am Arbeitsplatz oder in der Wohnung festgenommen, in Untersuchungshaft gebracht, "verhört und unter mißbräuchlicher Auslegung des VP-Gesetzes längere Zeit (bis zu 48 Stunden) ihrer Freiheit beraubt."¹⁰ Nach Auskunft des Abschlußberichtes der Zeitweiligen Kommission zur Untersuchung von Willkür und Gewalt im Zusammenhang mit dem Demokratisierungsprozeß in Halle 1989/90 (*i.f. "Abschlußbericht"*) inszenierte der Staatssicherheitsdienst darüber hinaus in den Arbeitsbereichen scheinbar harmlose Gespräche, um Bürger einzuschüchtern, "indem mehr oder weniger schwere berufliche bzw. bildungsmäßige Nachteile für sie oder für Familienangehörige angedeutet oder angedroht wurden."¹¹ Zum weiteren Repertoire derartiger Maßnahmen nennt der Bericht die Telefonüberwachung, das gezielte Verschwindenlassen von Post sowie Serien anonymer Anrufe und fingierte oder manipulierte Postsendungen.

Während in Leipzig am 9. Oktober 1989 die friedliche Revolution auf erfolgreiche Bahnen gelangte und das Signal der Gewaltfreiheit auf fruchtbaren Boden fiel, stürmten Halles Sicherheitskräfte in Richtung Innenstadt, um auf dem Marktplatz die "Konterrevolution" zu bekämpfen. Dort versammelten sich bis zum Abend wieder hunderte Menschen, um ihren Protest gegen das Regime zu bekunden. Mit Knüppeln und Hunden ging die Staatsmacht gegen das Volk vor, der "Zentrale Zuführungspunkt" in der Kaserne der Transport-Polizeischule wurde zum Synonym des praktizierten Terrors. Er bildete den Auftakt zur "revolutionären Gewalt" in Halle, die über das Faktum der Zuführungen bei weitem hinausging.

Daß wenige Tage später mit einer weiteren Eskalation der Gewalt in Halle gerechnet wurde, beweist eine Notiz, die im persönlichen Arbeitsbuch eines MfS-Offiziers der BV Halle gefunden wurde.¹² Doch am 16. Oktober 1989 griffen die Uniformierten auf dem Marktplatz nicht ein. Ungefähr 2.000 Menschen begründeten an jenem Tag auch in der Saalestadt "die revolutionäre Tradition der 'Montagsdemos' für eine Veränderung der Verhältnisse in der DDR."¹³

Anmerkungen

- 1 Süß, W.: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, BStU Information Nr. 5 (1994), S. 7
- 2 ebenda, S. 7/8
- 3 Götterdämmerung im Zentralkomitee. Tonprotokolle aus den letzten Sitzungen des ZK der SED, Oktober bis Dezember 1989, hg. vom Chr. Links Verlag mit einem Vorwort von Hans-Hermann Hertle und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1999
- 4 Süß, W.: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999, S. 293
- 5 ebenda, S. 294
- 6 ebenda
- 7 ebenda
- 8 ebenda
- 9 Abschlußbericht. Zeitweilige Kommission zur Untersuchung von Willkür und Gewalt im Zusammenhang mit dem Demokratisierungsprozeß in Halle 1989/90, S. 13
- 10 Hierzu auch Löhn, P.: "Unsere Nerven lagen allmählich blank". MfS und SED im Bezirk Halle, BStU Information Nr. 13 (1996), S. 10
- 11 Vgl. Abschlußbericht a.a.O. S. 13/14
- 12 Vgl. Löhn, P. a.a.O. S. 14
- 13 ebenda, S. 15

Weiterführende Literatur (Auswahl)

- Golombek, D., Ratzke, D. (Hg.): Dagewesen und aufgeschrieben. Reportagen über eine deutsche Revolution, Frankfurt/M. 1990
- "Keine Überraschung zulassen." - Berichte und Praktiken der Staatssicherheit in Halle bis Ende November 1989, hg. von Mitgliedern der Redaktion DAS ANDERE BLATT, Halle 1990
- Neubert, E.: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin 1997
- Poppe, U., Eckert, R., Kowalczyk, I.-S. (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995
- Schneider, R.: Frühling im Herbst. Notizen vom Untergang der DDR, Göttingen 1991
- Schüddekopf, Ch. (Hg.): "Wir sind das Volk!" Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Reinbek bei Hamburg 1990
- Schumann, F. (Hg.): 100 Tage die die DDR erschütterten, Berlin 1990
- 40 Jahre DDR ... und die Bürger melden sich zu Wort. Bärbel Bohley, Jürgen Fuchs, Katja Havemann, Rolf Henrich, Ralf Hirsch, Reinhard Weißhuhn u.a. Eine Gemeinschaftsausgabe der Büchergilde Gutenberg und des Carl Hansel Verlages, Berlin 1989
- Völlger, W., Butzke, R.: Halle im Herbst, Halle 1990

Im "Tagesbericht über die Wirksamkeit der durchgeführten politisch-operativen Sicherungsmaßnahmen zur Aktion 'Jubiläum 40'" der Bezirksverwaltung Halle des MfS hieß es am 6. Oktober 1989, daß "keine Hinweise auf Pläne, Absichten und Maßnahmen feindlicher Kräfte aus dem Operationsgebiet und ihrer legalen Basen in der DDR" - gemeint war hier die Bundesrepublik Deutschland - vorliegen. Hingegen sprach der Bericht von "bekannten Exponenten der politischen Untergrundtätigkeit" (PUT im Sprachgebrauch des MfS) in der Bezirksstadt Halle, von *feindlich-negativen Kräften*, die "mit ständig steigender Tendenz gemeinsam mit kirchlichen Amtsträgern "zentral initiierte Aktivitäten" zur "Schaffung der Oppositionsbewegung 'Neues Forum'" unterstützen würden. (Dokument 4)

In den Abendstunden des 7. Oktober fanden die ersten Demonstrationen in Halle statt. Nach dem Sonnabendgottesdienst in der Marktkirche versammelten sich ca. 60 Leute auf dem Marktplatz, um ihrer Forderung nach Zulassung des "Neuen Forum" lautstark Ausdruck zu verleihen. Wie aus den MfS-Akten hervorgeht, verhaftete der Staatssicherheitsdienst am 6.10.1989 "6 Initiatoren der oppositionellen Bewegung 'Neues Forum' in Halle", darunter befand sich auch Katrin Eigenfeld, die vom MfS als OV "Inspirator" geheimdienstlich "bearbeitet" wurde. (Dokument 5)

In seiner "politisch-operativen Lageeinschätzung" für das Jahr 1990 vom 6. Oktober 1989 subsummierte MfS Oberst Gröger, Leiter der Abteilung XX der BV Halle, die "Angriffe innerer feindlich-negativer Kräfte" zur Organisation der PUT unter dem Begriff der Konterrevolution. Derartige Aktivitäten zielten zunehmend "auf die Etablierung einer sogenannten oppositionellen Sammlungsbewegung ab."

Daß selbst gewaltfreier Widerstand "unterhalb der strafrechtlichen Relevanz" dennoch für die Mächtigen des Systems lebensbedrohlich empfunden wurde, zeigt die Lageeinschätzung einen Tag vor Ausbruch der Massendemonstrationen in Halle nur zu deutlich. Das Vorgehen des MfS, das Gröger perspektivisch in 13 Punkten zusammenfaßte, beinhaltet auch den "Einsatz der vorhandenen IM-Basis und Schaffung perspektivvoller neuer inoffizieller Voraussetzungen im und nach dem Operationsgebiet", der Bundesrepublik Deutschland. Die Untersuchung der möglichen Früchte jener aufgehenden Saat zwischen Montagsdemonstrationen und Wiedervereinigung bleibt als Aufgabe gestellt. (Dokument 6)

BStU

000002

EINGANG

chiffriert

TELEGRAMM

(Nichtzutreffendes streichen)

Koffert

AUSGANG

Dringlichkeit: Ausnahme ja

Fu/FS-Nr.: _____

Absender: BV Halle, OES, Leiter

Empfänger: MfS Berlin, ZOS, Leiter

Halle den 6.10. 1989

Tagesbericht
über die Wirksamkeit der durchgeführten politisch-operativen
Sicherungsmaßnahmen zur Aktion "Jubiläum 40"

In Durchsetzung der vom Genossen Minister festgelegten Aufgaben und entsprechend dem Maßnahmenplan des Leiters der Bezirksverwaltung zur politisch-operativen Sicherung der Vorbereitung und Durchführung der Feierlichkeiten aus Anlaß des 40. Jahrestages der Gründung der DDR erweisen sich die unter Führung der Bezirksleitung der SED im politisch-operativen Zusammenwirken mit der DVP, den staatlichen Organen und gesellschaftlichen Kräften realisierten Aufgaben- und Komplexen insgesamt als wirksam.

Die politisch-operative Lage im Verantwortungsbereich ist als stabil einzuschätzen.

Die aus Anlaß des 40. Jahrestages bisher durchgeführten Kranzniederlegungen, Festveranstaltungen und Volksfeste verlaufen ohne Störungen und Vorkommnisse.

Es liegen keine Hinweise auf Pläne, Absichten und Maßnahmen feindlicher Kräfte aus dem Operationsgebiet und ihrer legalen Basen in der DDR zur Störung der Feierlichkeiten vor. Personen bevorrechteter Personen, Persönlichkeiten des politischen Lebens sowie Korrespondenten aus dem NSA in den Verantwortungsbereich sind bisher nicht bekannt. Hinweise auf einen geplanten Mißbrauch touristischer Gruppeneinreisen liegen ebenfalls nicht vor.

In den Gruppierungen des politischen Untergrundes und von deren Exponenten sowie durch feindlich-negative kirchliche Amtsträger werden seit Mitte September mit ständig steigender Tendenz die zentral initiierten Aktivitäten zur Schaffung der Oppositionsbewegung "Neues Forum" durch eigenständige Aktivitäten unterstützt und bei bestimmten Bevölkerungskreisen, insbesondere unter Jugendlichen/Jungerwachsenen, Studenten, Kunst- und Kulturschaffenden sowie der medizinischen Intelligenz zustimmende Resonanz erzielt.

Insbesondere in der Bezirkesstadt kam es durch Aktivitäten hinsichtlich bekannter Exponenten der politischen Untergrundtätigkeit, unterstützt durch reaktionäre Amtsträger der Evangelischen und Katholischen Kirche, vielfältigen Aktivitäten zur Verbreitung und Propagierung des "Aufrufes 89 - Neues Forum" sowie zur Erzielung von Unterschriftsleistungen.

Durchschläge/Durchschriften: _____ Stck. Geschrieben: _____ Gesehen: _____

Eingangdatum: _____ Uhrzeit: _____ Anfang: _____ Ende: _____ Nachr.-Sachbearb.: _____

Dokument 4

Tagesbericht über die Wirksamkeit der durchgeführten politisch-operativen Sicherungsmaßnahmen zur Aktion "Jubiläum 40" vom 6.10.1989

BSU

000005

EINGANG

chiffriert

TELEGRAMM

(Nichtzutreffendes streichen)

offen

AUSGANG

Dringlichkeit

Flugzeug
Ausgabe

Fu/FS-Nr.: 002458

Absender: BV Halle, OES, Leiter

Empfänger: MfS Berlin, ZOS, Leiter

Halle den 7. 10. 1989

TAGESBERICHT

Über die Wirksamkeit der durchgeführten politisch-operativen Sicherungsmaßnahmen zur Aktion "Jubiläum 40"

Im Ergebnis der weiteren Um- und Durchsetzung der vom Genossen Minister festgelegten Aufgabenstellungen und entsprechend dem Maßnahmenplan des Leiters der Bezirksverwaltung zur politisch-operativen Sicherung der Feierlichkeiten anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der DDR wurden im Bezirk Halle unter Führung der Bezirksleitung der SED im politisch-operativen Zusammenwirken mit der DVP, staatlichen Organen und gesellschaftlichen Kräften die staatliche Sicherheit jeher gewährleistet und die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrecht erhalten.

Die weiteren aus Anlass des Republikjubiläums durchgeführten Kranzniederlegungen, Festveranstaltungen und Volksfeste verliefen ohne Störungen und Vorkommnisse.

Angriffe gegen die Feierlichkeiten durch feindliche Kräfte aus dem Operationsgebiet und ihre legalen Basen und Positionen wurden nicht festgestellt. Im Berichtszeitraum hielten sich keine Vertreter diplomatischer Einrichtungen bzw. akkreditierte Korrespondenten des NSA sowie Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens der BRD und Westberlins im Territorium auf.

Von den in Gruppierungen und Zusammenschlüssen des politischen Untergrundes integrierten feindlich-negativen Kräften und deren Exponenten wurden keine Aktivitäten zur Öffentlichkeitswirksamen Propagierung ihrer feindlich-negativen Zielstellung unternommen.

Durchschläge/Durchschriften: Stck. Geschrieben: *M. Schmidt* Gesehen:

Eingangdatum: Uhrzeit: Anfang: Ende: Nachr.-Sachbearb.:

Dokument 5

Tagesbericht über die Wirksamkeit der durchgeführten politisch-operativen Sicherungsmaßnahmen zur Aktion "Jubiläum 40" vom 7.10.1989

Am 6. 10. 1989 wurden 6 Initiatoren der oppositionellen Bewegung "Neues Forum" in Halle, darunter die Exponentin der PUT

EIGENFELD, Katrin - OV "Inspirator"/Abt. XX,

nach einem Treffen legendierten Kontrollhandlungen und Befragungen auf der Grundlage des VP-Gesetzes unterzogen, wobei bei 5 Personen Material des "Neuen Forum", daß zur Vervielfältigung und Verbreitung vorgesehen war, sichergestellt werden konnte.

In der Nacht vom 6. zum 7. 10. 1989 wurden in 16 Fällen Hetzettel angebracht, Losungen mit feindlich-negativen bzw. herabwürdigenden Charakter oder Sympathiebekundungen für "Neues Forum" angeschmiert bzw. Fahنشmuck beschädigt. Im koordinierten Zusammenwirken mit der DVP wurden 5 dieser Vorkommnisse geklärt.

Diese Vorkommnisse erreichten durch die vorbeugenden Sicherungsmaßnahmen und damit verbundener Feststellung in den Nachtstunden keine bzw. nur geringe Öffentlichkeitswirksamkeit.

Weiterhin came es zu 2 anonymen Anrufen mit Androhung von Gewaltakten gegen Objekte (Kreisleitung der SED, Jugendclub in Wittenberg).

Am Abend des 6. 10. 1989 kam es ebenfalls infolge von Gerüchten über eine beabsichtigte Kundendemonstration in Aschersleben zur Ansammlung von ca. 50 jugendlichen Personen vor der Stephanikirche. Entsprechend der vorbeugenden Maßnahmen zur Einflußnahme des Superintendenten MÜCKSCH über die Abt. Innenangelegenheiten des Rates des Kreises führte dieser die Personen in die Kirche und veranlaßte sie, die Kirche einzutreten, in kleinen Gruppen, ohne zu provozieren, zu verlassen.

Am 7. 10. 1989 gegen 16.00 Uhr versammelten sich erneut auf dem Stephanikirchhof ca. 16 Personen, die sich danach in Richtung Markt bewegten. Darunter befand sich eine Person, die eine abgebrochene DDR-Fahne mit herausgelöstem Emblem mit sich führte. Nach etwa 30 m wurde die Gruppe im politisch-operativen Zusammenwirken mit der DVP aufgelöst und 2 Personen zugeführt.

Bei den übrigen Personen erfolgte Personalienfeststellung. Durch geeignete operative Maßnahmen wurde herausgearbeitet, daß 3 Personen aus Halle am 7. 10. 1989 mit bereits angefertigten Spruchbändern mit den Worten "Menschenrechte" und "Neues Forum" in Leipzig teilnehmen wollten. Die Anreise wurde verhindert.

Am regelmäßigen Wochenendgottesdienst in der Marktkirche in Halle nahmen am 7. 10. 1989 ca. 200 Personen, davon ca. 100 AstA, teil. 8 Personen, die vor Beginn der Veranstaltung außerhalb der Kirche mehrfach "Freiheit" riefen, wurden durch Einsatzkräfte der DVP zugeführt.

000129

VVS Hle 0006-308/89

- . Untergrundgruppen in den sozialistischen Staaten
 - Aufklärung und Bekämpfung der direkten Kontaktpolitik/
Kontakttätigkeit, wie
 - . Ausnutzung polittouristischer Aktivitäten
 - . Mißbrauch von Städtepartnerschaften, Schüler- und
Studentenaustausch, Kulturabkommen, Wissenschafts-
austausch...
 - . Nutzung privater Einreisen und zunehmender Ausreisen
2. Angriffe innerer feindlich-negativer Kräfte zur Organisierung
politischer Untergrundtätigkeit
-

Die politisch-operative Lageentwicklung war im unmittelbaren
Vorfeld des 40. Jahrestages der DDR durch eine Eskalierung
der subversiven Angriffe des Gegners geprägt.
Entsprechend seiner langfristigen Konzeption, eine politische
Destabilisierung in der DDR zu erwirken, und somit Voraus-
setzungen für eine konterrevolutionäre Liquidierung des Sozial-
ismus zu schaffen, erfolgte eine Forcierung der Angriffe
gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen der sozialistischen
Staats- und Gesellschaftsordnung, insbesondere gegen

- die führende Rolle der Partei
- die Staatsmacht
- die Friedens-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik
- die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik

Darüber hinaus sind massive Angriffe und Versuche des Mißbrauchs
der internationalen Dialogpolitik und zum KSZE-Prozeß zu
konstatieren.

Durch zügellose Hetze im Rahmen der politisch-ideologischen
Diversions-, der gegnerischen Kontaktpolitik und -tätigkeit
sowie vielfältiger Mittel und Methoden zur Inspirierung des
ungesetzlichen Verlassens der DDR zielten die Hauptstoß-
richtungen im subversiven Vorgehen vordergründig auf Versuche
zur Schaffung und Legalisierung einer sogenannten inneren
Opposition im Rahmen der politischen Untergrundtätigkeit.
Zur Herbeiführung eines breitgefächerten "inneren Druckpotentials"
zielen die Bestrebungen der Inspiratoren und Organisatoren
aus dem Operationsgebiet sowie der erkannten und langjährig
in der DDR wirkenden Exponenten des politischen Untergrundes
zunehmend auf die Etablierung einer sogenannten oppositionellen
Sammlungsbewegung ab.

Dokument 6

*Politisch-operative Lageeinschätzung für die Jahresplanung
1990 vom 6. Oktober 1989 (Auszug)*

Mit dem Ziel, einerseits eine große Flächenwirkung zu erlangen, breite Kreise der Bevölkerung zu verunsichern, irrezuleiten und in die feindlich-negativen Aktivitäten einzubeziehen, andererseits die Handlungsmöglichkeiten bisherig unter dem Schutz und Deckmantel der Kirche wirkender Gruppierungen wesentlich zu erweitern bzw. zu legalisieren, werden derzeit eine Vielzahl von Aufrufen, Appellen, Gründungspapieren und anderen Pamphleten zur ideologischen Plattformbildung herausgegeben und verbreitet.

Unter Aufgreifung von Parolen und Forderungen nach Demokratisierung, Liberalisierung, politischem Pluralismus und anderem, entsprechend der zu Staatsdoktrin erhobenen Politik der westlichen Hauptmächte, gestaltenen Kurses sowie unter Bezugnahme und Berufung auf widerprüchliche Entwicklungen in einzelnen sozialistischen Ländern soll eine legale Opposition in der DDR in Form von Oppositionsparteien und -bewegungen organisiert werden. Durch ein offeneres Vorgehen, z.B. unter Mißbrauch legaler Möglichkeiten, sowie durch spektakuläre öffentlichkeitswirksame Aktivitäten und die Anwendung raffinierter, verfeinerter Methoden der Demagogie lassen sich aus der Friedens- und Dialogpolitik gerade Möglichkeiten für eine massive und zielgerichtete Beeinflussung unserer Bürger, für die Diskreditierung der DDR und die Herabwürdigung der politischen und ökonomischen Erfolge der DDR genutzt werden.

Dem Mißbrauch der Kirchen und kirchlichen Engagements für Frieden, Umweltschutz und Menschenrechte ist weiterhin ein hoher politisch-operativer Stellenwert im Rahmen der vorbeugenden Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit beizumessen.

Des weiteren stehen nachfolgende Zielstellungen und Vorgehensweisen im Mittelpunkt der feindlich-negativen Aktivitäten:

- zielgerichteter Mißbrauch unterschiedlichster Organisationsformen und öffentlicher Veranstaltungen in Wahrnehmung und Durchsetzung der sozialistischen Demokratie zur Erhebung von Forderungen, "Eingaben" und sog. öffentlichen Protesten
 - . Wahleingaben
 - . demokratischer Block der Nationalen Front
 - . befreundete Parteien
 - . Organisationsformen des Kulturbundes
 - . Freizeitangebote
- Versuche der Herbeiführung eines Dialoges durch spektakuläre Handlungen, um die Dialogpolitik von Partei und Regierung für eine Dialogentwicklung mit oppositionellen Kräften zu mißbrauchen

- Ausbau und Vernetzung der Verbindungen zu analogen Gruppen und Kräften innerhalb der DDR sowie des sozialistischen und westlichen Auslandes, einschließlich einer Mitwirkung/Vernetzung im Rahmen überregionaler Zusammenschlüsse, insbesondere durch Organisation der sog. oppositionellen Sammlungsbewegung
- Versuche des Ausbaus, der Profilierung und Festigung der existenten feindlich-negativen Zusammenschlüsse durch den sog. harten Kern, bei denen es sich um verfestigte Feinde der DDR handelt
- Herstellung und Verbreitung umfangreicher Pamphlete, Forderungen, Materialsammlungen u.a. antisozialistischer Konzeptionen
- Anwendung von Methoden des gewaltfreien Widerstandes, vorwiegend im Rahmen öffentlicher Kundgebungen, Veranstaltungen sowie unter dem Deckmantel der Kirche, zumeist unterhalb der strafrechtlichen Schwelle
- Hinwendung zu bzw. Einbeziehung von kommunalen Problemen, Versorgungsforderungen u.a. eine breite Öffentlichkeit interessierende Probleme, um eine Breitenwirksamkeit zu erzielen
- teilweise Einbeziehung und Nutzung von Antragstellern auf ständige Ausreise als ein auf Provokation und politischen Störfaktor ausgerichtetes Potential.

Im Rahmen der weiteren Qualifizierung der politisch-operativen Abwehrarbeit wurden im Planjahr 1989 unter Führung der Partei und im operativen Zusammenwirken mit den Partnern planmäßig und zielgerichtet umfangreiche Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit realisiert.

Es erfolgte eine weitere Differenzierung und Polarisierung der bekannten operativ bearbeiteten Kräfte der politischen Untergrundtätigkeit, wobei es sich bei den Exponenten um hartnäckige Feinde des Sozialismus handelt, die z.T. unmittelbar gegnerischen Einflüssen unterliegen und mit feindlichen Stellen und Kräften zusammenarbeiten.

Exponenten des politischen Untergrundes organisierten weiterhin im engen Zusammenwirken mit reaktionären klerikalen Kräften solche Zusammenkünfte, wie

- "Nachtgebete"
- Bewegung "Kirche von unten"/"Basisgemeinde"

- "Arbeitskreise Solidarische Kirche"
- Gesprächs-, Friedens- und Umweltkreise

Im Verantwortungsbereich der BV Halle existieren neben den aktuellen Bestrebungen der oppositionellen Sammlungsbewegung insgesamt 17 unter dem Deckmantel der Ev. Kirchen wirkende feindlich-negative Zusammenschlüsse, die in unterschiedlicher Intensität und Stärke wirken. Aufgelösten bzw. zerschlagenen Zusammenschlüssen standen Neubildungen gegenüber. Perioden aktiven Handelns wechselten mit Inaktivität.

Angestrebte republikweite, teilweise internationale Vernetzungen und Koordinierungen konnten überwiegend verhindert werden. Die umfangreich realisierten komplexen Offensivmaßnahmen erzielten des weiteren Ergebnisse der Verunsicherung, Zurückdrängung und Zerschlagung solcher feindlich-negativen Gruppierungen wie

- Arbeitskreis "Christliche Frauen für den Frieden"/Halle
- "Christliche Medien für soziale Verantwortung"/Halle
- Arbeitskreis "Frieden" der ESG
- Öko-Kreis

Zur vorbeugenden Verhinderung, Zurückdrängung und Bekämpfung von Versuchen der weiteren Etablierung der Angriffe oppositioneller Kräfte und Bewegungen, einschließlich dem Mißbrauch kirchlicher Einrichtungen, sind perspektivisch weiterhin komplexe Offensivmaßnahmen unter Führung der Partei und unter Einbeziehung der zuständigen Organe und gesellschaftlicher Einrichtungen mit folgender Zielstellung durchzusetzen:

- Weitere Durchsetzung der DA 2/85 mit dem Ziel der rechtzeitigen Erkennung, Verhinderung und Bekämpfung von Erscheinungsformen politischer Untergrundtätigkeit auf der Grundlage der zu präzisierenden Bearbeitungskonzeption
- Differenzierung und Polarisierung der Inspiratoren/ Organisatoren und der Mitglieder feindlich-negativer Zusammenschlüsse bzw. der teilnehmenden Kräfte. Isolierung führender Exponenten und weiterer Teilnehmer.
- Unterbindung von Versuchen der Vereinnahmung von Personen des öffentlichen Lebens (Wissenschaftler, Funktionäre im Staatsapparat und gesellschaftlicher Organisationen) zur Entwicklung eines angestrebten Dialoges
- Erzeugung von kritischen und ablehnenden Positionen realistischer Kräfte, einschließlich klerikaler Personenkreise, zu den feindlich-negativen Absichten und Aktivitäten

- Verhinderung der Vernetzung, der Etablierung von über-regionalen Zusammenschlüssen und einer oppositionellen Sammlungsbewegung, einschließlich von Bestrebungen einer Internationalisierung
- Schürfung und Nutzung der bestehenden Diskrepanzen, Zerwürfnisse und aufgetretener Konzeptionslosigkeit, die zu weiteren gruppenspezifischen und -internen Auseinandersetzungen führen und einen Aufbau fester Organisationsstrukturen verhindern
- Aufklärung und Zerschlagung existierender bzw. sich anbahnender Verbindungen ins Operationsgebiet und zu oppositionellen Bewegungen und Kräften des sozialistischen Auslandes
- Auswahl geeigneter IM-Kandidaten, Zielgerichtet über einen längeren Zeitraum exponieren politischer Untergrundtätigkeit beauftragt und über einen perspektivisch längeren Zeitraum an diesen Personen arbeiten können (perspektivische IM-Arbeit)
- Zielgerichteter Einsatz der vorhandenen IM-Basis und Schaffung perspektivvoller neuer inoffizieller Voraussetzungen im und nach dem Operationsgebiet
- Bekämpfung aller Versuche des engeren Zusammenschlusses feindlich-negativer Kräfte aus Kreisen der politischen Untergrundtätigkeit, reaktionärer kirchlicher Amtsträger und von AstA
- Zurückdrängung und Verhinderung des Mißbrauchs der Kirche und Religion für antisozialistische Ziele
- Qualifizierung und Mobilisierung staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte unter Führung der Partei zur direkten ständigen und offensiven ideologischen Auseinandersetzung mit feindlich-negativen Kräften und deren Auffassungen
- Konsequente Nutzung aller sich im Prozeß der politisch-operativen Bearbeitung bietenden Möglichkeiten zur nachhaltigen Disziplinierung und Verunsicherung

Nach dem "Abschlußbericht" befanden sich am Nachmittag des 7. Oktober 1989 auf dem halleschen Markt mehrere hundert Polizisten, eine Hundertschaft Kampfgruppen in Zivil (!) sowie über hundert Mitarbeiter des MfS. In "geradezu hysterischer Weise", so der Bericht, wurden Leute "vom Marktplatz weggefangen, unsanft bis gewaltsam auf LKWs verfrachtet und in den 'Zentralen Zuführungspunkt' im Objekt der Transport-Polizei-Schule Reideburgerstraße befördert." Die sich anschließende Schilderung von Zuständen und Verfahrensweisen im Zentralen Zuführungspunkt (ZZP) dürfte exemplarisch sein für alle weiteren sich anschließenden Geschehnisse und Abläufe im Kontext des ZZP. Verhörprotokolle seitens des MfS, aber auch durch die späteren Ermittler gegen Verantwortliche im ZZP im Dezember 1989 geben darüber Aufschluß.

Im ZZP wurden die Betroffenen "in große, hallenartige LKW-Garagen gebracht, deren Stahlblechttore sperrweit offen standen. Es war in dieser Nacht kalt und regnerisch. Diese Räume blieben ungeheizt; eine vorhandene Heizungsanlage war nicht in Betrieb, hätte aber auch von ihrer Leistungsfähigkeit her diese Räume nicht erwärmen können, [...] Dort mußten die Betroffenen stehen, etwa einen Meter vor und mit dem Gesicht zu der Wand, stundenlang und ohne die Möglichkeit, sich etwa zur Erwärmung zu bewegen oder sich hinzusetzen und auszuruhen. Bürger, die sich auf den nackten, ölverschmierten Betonfußboden setzen wollten, wurden daran gehindert, angeblich aus Sorge, sie könnten sich erkälten. Einzelne Betroffene, die gegen diese inhumane Behandlung protestierten, wurden von den Bewachern nach draußen auf den Hof gebracht und mußten dort zur Strafe (nach Aussage des Verantwortlichen Offiziers Frühauf: zur Beruhigung) in sogenannter Fliegerstellung im Regen stehen, nicht nur wenige Minuten, sondern längere Zeit: mit gespreizten Beinen, die Füße etwa einen Meter von der Hauswand, mußten die Hände über Kopfhöhe an die Wand gestützt werden.

Nach stundenlangen Warten wurden die Festgenommenen einzeln in die vorbereiteten Diensträume der Trapo-Schule geführt und durch Angehörige der Kriminalpolizei und des Ministeriums für Staatssicherheit verhört; eine Belehrung über ihre Rechtslage erfolgte im allgemeinen nicht oder nicht korrekt. An mehreren Bürgern wurden erkennungsdienstliche Maßnahmen praktiziert. Ohne das Vorliegen entsprechender Verdachtsmomente wurden Blutproben entnommen. [...] Am Ende dieser Befragungen wurden einige Betroffene genötigt, eine vorbereitete Erklärung (Ormig) zu unterzeichnen, in der sie sich selbst einer Tat bezichtigten, die sie gar nicht begangen hatten: Teilnahme an einer

illegalen Demonstration." Hiernach brachte man die Bürger zurück in die Garagen. Auf die Ereignisse auf dem Markt im Anschluß an den Gottesdienst (18.00 - 18.55 Uhr) geht der "Abschlußbericht" nicht ein.

Wie aus einem IM-Bericht hervorgeht, war dem MfS sehr wohl die Differenziertheit der sogenannten "Zusammenrottung" in den frühen Abendstunden bekannt: Es wurde festgestellt, "daß sich nach Ende des Gottesdienstes ca. 50 bis 60 Personen im Bereich des Marktes konzentrierten, darunter Besucher des Herbstmarktes und des Gottesdienstes sowie Personen, die sich in den Haltestellenbereichen der Straßenbahnen aufhielten [...]", heißt es in einem konspirativen Bericht vom 8.10.89. Die Gruppe, die sowohl

"Wir wollen raus!" als auch

"Wir wollen hierbleiben!" rief, bewegte sich "auf Grund des einsetzenden Regens unter die Überdachung des auf dem Markt befindlichen 'Roten Turmes'." Von hier aus wurden weitere Rufe hörbar, wie:

"Gorbi, Gorbi!"

"Stasi raus!"

"Freiheit, Demokratie!"

Zur "Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit", so ein Bericht über den "Sicherungseinsatz 7.10.89", leiteten die Einsatzkräfte "operative Maßnahmen ein [...]". Neben VPKA-Einsatzkräften handelte es sich um eine Tiefendislozierung von "4 Diensthundeführern mit Diensthunden, eine Kompanie der 6. VP-Bereitschaft, ein Zug der 12. VP-Bereitschaft mit Sonderausrüstung als Reserve des Leiters VPKA". Darüber hinaus "mußten Schlagstöcke und Diensthunde" auch eingesetzt werden, heißt es in dem vor Mitternacht des DDR-Staatsjubeltages beendeten Berichtes zu den Ereignissen in Halle. Über die Anzahl der sogenannten "Zuführungen" gehen die Angaben auseinander; in unterschiedlichen schriftlichen Ausfertigungen ist von 47, 48 und 49 zugeführten Personen die Rede, darunter auch von einer "Kontaktperson" - ein Stasi-Spitzel der MfS-Kreisdienststelle Halle-Neustadt, der bereits telefonisch über Aktivitäten der sogenannten AstA's (Ausreiseantragsteller) dem Staatssicherheitsdienst berichtete.

"Einer der aktivsten Rufer, der auch andere Beteiligte zum Weitermachen aufforderte, war das Mitglied der SED, Lutz T., vermerkt ein Hinweis der "Auswertungs- und Kontrollgruppe" zur "Zusammenrottung am 7.10.89 in Halle am Roten Turm". Ermittlungsverfahren leitete das MfS nach § 215 StGB ("Rowdytum") der DDR gegen acht Personen ein. Dieser Paragraph wurde nach sowjetischem Vorbild 1968 in das neue

Strafgesetzbuch der DDR aufgenommen. Der Rowdy wurde zum Vertreter des Kriminellen schlechthin. Der Strafrechtler Friedrich-Christian Schroeder verweist auf eine Verschärfung sämtlicher Tatbestände nach 1979, darunter auch des § 215. Diese Verschärfung, schreibt Schroeder in "Das Strafrecht des realen Sozialismus" (Opladen 1983, S. 96), "bestätigt einmal die hier vorgenommene Zusammenfassung dieser Tatbestände als Instrument der Bekämpfung der politischen Renitenz. Sie bestätigt zugleich aber auch, daß diese politische Renitenz in der letzten Zeit zugenommen hat. Denn ein Strafgesetz wird ja nicht ohne Grund verschärft."

Nach Beantragung von Haftbefehlen gegen die genannten "acht Rowdys" erfolgte am 8.10.89 gegen 13.00 Uhr die Überführung der zumeist Jugendlichen in die Untersuchungshaftanstalt (UHA) des MfS "Roter Ochse" in Halle. Gegen zwei weitere männliche Personen beantragte das MfS nach erfolgter "Befragung" ebenfalls Haftbefehl gemäß § 215. Diese wurden direkt in die UHA "Am Kirchtor 20" zugeführt, heißt es in einem Dokument der Abteilung IX der MfS Bezirksverwaltung Halle. Den Verhafteten wurde dabei u.a. vorgeworfen, durch Rufen "Wir bleiben hier!" die Stimmung bewußt anzuheizen."

Die Befragungsprotokolle vom Abend des 7. Oktober 1989 und der darauffolgenden Nacht belegen eindrucksvoll sowohl die Ohnmacht des bis dahin allmächtig geglaubten Systems, aber auch die Perfidität, mit welcher das MfS unmittelbar vor ihrem eigenen Abgesang gegen (vermeintliche) Widersacher der SED-Diktatur vorging. (Dokument 7)

Welche Bedeutung den Ereignissen zugemessen wurde, zeigt die Verantwortungsübernahme der Führung seitens der staatlichen Kräfte gegen die Demonstranten durch den "Stellv. des Stabschefs und Leiter des Referates Operativ", die unmittelbar vor Ort mit 115 Angehörigen der Kampfgruppen "als Zivilaufklärer" wirkten.

BSU
060075

KKerf: 1 Stat. 2 LF. 3 4 5 6 7

Meldende DE _____ Meldung aufgenommen am _____
durch _____

1. Name _____ Vorname _____
2. PKZ _____ Geb.-Ort Halle
3.1 Hauptwohnung 4070 Halle, Otto-Wuschke-Str. _____
3.2 Nebenwohnung keine
4.* Staatsangeh. DDR BRD WB andere Staaten _____
5.1 Beruf/letzte Tätigkeit ohne Beschäftigung seit Konditor/Technologe FSR _____ (Technologie d Lebens-
5.2 Arbeitsstelle Backwarenkombinat Halle-Neustadt mit (Industrie))
6. Schulabschl. 10. Kl. 7.* Fam.-Stand led. verh. gesch. verw.
Anzahl der Kinder keine

8. Parteien/Org. FDJ, GST, DSP Funktionen _____
9. Vorstrafen/laufende EV keine
(auch Ordnungsstrafen, Verfehlungen)
(Jahr, Delikt, Strafausspruch)

10. Ergebnis Speicherüberprüfung _____
11.* Besonderheiten zur Personalführung Zeitungsausschnitt Mitteilung des MdI betr. Neues Forum bei sich

1	Entlassung _____ (Jahr)	6	Delegierter/Teilnehmer
2	Ungesetzl. Verlassen DDR _____ (Jahr)	7	Ordnungskraft
3	Übersiedlungersuchen seit _____	8	Mitarbeiter mat.-org. Sicherstellung
4		9	
5		10	

12. Eltern (Vater) _____ Ingenieur Karrosseriewerk Halle SED
(Mutter) _____ Jugendfürsorger Jugend- und Gesundheits-
Name, Vorname Tätigkeit, Arbeitsstelle, Parteizugehörigkeit: SCHUTZ

13. Zuführung am 07.10 89 Uhrzeit _____ durch _____
14. Sachverhaltsprüfung durch _____
15. Ereignistag am _____ Uhrzeit _____
16. Ereignisort/-objekt _____
17.* Alkoholeinwirkung zur Tatzeit stark leicht _____

Zustellendes anerkennen
Form 550

KOPIE BSU

Dokument 7
Befragungsprotokolle des MfS
(Nacht vom 7. zum 8. Oktober 1989)

Halle, d. 08.10.89
Beginn: 07.30 Uhr
Ende: 03.45 Uhr
1. Aufg. 1 Exempl.

Befragungsprotokoll

der Bürgerin.

[REDACTED]
[REDACTED] 68 in Halle
D.-Nuschke-St. [REDACTED] Halle;

BStU
000078

gem. § 12(2) VPG

Frage: Sie haben an einer Zusammenkunft am 07.10.89 gegen 19.00 Uhr in Halle auf dem Markt teilgenommen. Äußern Sie sich dazu!

Antwort: Ich bin am 7.10.89 gg. 15.00 Uhr gemeinsam mit meinem Bruder [REDACTED] sowie weiteren Freunden meines Bruders auf die Peißnitz in Halle gefahren. Wie hielten uns dort auf dem Bierbar auf.

Gegen 19.45 Uhr sind wir, wir waren ca. 10 Personen, mit der Huber-Linie Dk von der Peißnitz zum Markt gefahren. Wir hatten die Absicht hatten, den Studentenklub "Bauern-Klub" der MLU Halle, dessen Pflanzenproduktion, in der Nähe d. Marx-Engels-Platzes zu besuchen. Wir wollten also auf dem Markt umsteigen in eine Straßenbahn, welche dorthin fährt. Deshalb stiegen wir an der Haltestelle (Bismarckstraße d. Marktes aus) aus, und begaben uns zum Haltestellenstand nahe Handel-Denkmal.

Nach dem Aussteigen nahm ich ca. 10 Gruppen zuje 5-6 Personen im Bereich d. Marktes wahr. Wieviel es aber genau waren, weiß ich nicht, da ich nicht darauf geachtet habe.

Frage: Welche Äußerungen haben Sie von den Gruppen bzw. Personen, welche auf dem Markt waren, wahrgenommen?

Antwort: Ich habe diesbezüglich keine Wahrnehmungen gemacht, da wir uns links halten lassen. Mir ist nichts aufgefallen.

Frage: Worüber haben Sie sich unterhalten?

Antwort: Dies ist mir nicht mehr in Erinnerung.

Frage: Wostunden die von Ihnen angeführten Gruppen?

Antwort: In der Nähe d. Roten Turmes bzw. d. Haltestelle, wo wir ausgestiegen sind

Frage: Wurden Sie durch die VP aufgefordert, den angeführten Bereich zu verlassen?

Antwort: Nein.

Frage: Bei ihrer Einführung wurde ein Zeitungsausschnitt bezüglich d. "Neuen Forum" festgestellt! Äußern Sie sich dazu!

Antwort: Dazu kann ich sagen, daß ich bei einem Besuch im "Bauern-Klub" von einer dort Anwesenden, welche ich namentlich nicht kenne, ein Rundschreiben des "Neuen Forum" gelesen habe. Darin kam meine Meinung nach zum Ausdruck, daß diese Organisation für den Sozialismus und Demokratie ist. Also für nichts Unrechtes. Einen Tag später war dann der angeführte Zeitungsartikel in der Zeitung, welchen ich mir herausgeschneiden habe. Meine Meinung nach ist der Zeitungsartikel nicht überausend, da in dem Rundschreiben positive Dinge ausgesprochen worden sind und deren Ziele also meine Meinung nach nicht unrecht sind.

Frage: Welche Angaben können Sie über das Verhalten eines Bürgerin machen, welche Ihnen das Rundschreiben gab?

Antwort: Diese Person mit dem Namen "Juwann", ist in Halle wohnhaft, u. studiert in Halle, jedoch gehört sie nicht zum "Bauern-Klub". Diese Person, fragte im "Bauern-Klub". Sie ist ca. 1,65m groß und hat dunkelbraunes, lockiges, schulterlanges Haar. Sie ist schlank. An weitere Einzelheiten kann ich mich nicht erinnern.

Ich habe das Protokoll meiner Befragung gelesen, meine Klone wurden darin richtig wiedergegeben.

[Handwritten signature]
Ott. d. K.

KOPIE BSTU

BStU
000079

[Large black redaction marks]

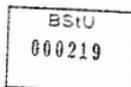
Halle, den 07. 10. 89

Beginn: 4¹⁰ Uhr

Ende: 6³⁰ Uhr

1 Aufz., 1 Exempt.

Befragungsprotokoll



des Landwirtschaftspfleger

[redacted]
[redacted] 1568 Halle
Steinweg [redacted]
PKZ [redacted] 68 [redacted]
PA-Nr. J [redacted]

Frage: Sie haben am 07. 10. 89 gegen 19⁰⁰ Uhr an einer Versammlung auf dem Markt teilgenommen. Woher hatten Sie Kenntnis von dieser Versammlung?

Antwort: Ich habe keine Kenntnis von dieser Versammlung. Ich war mit meinen Bekannten,

wohin ich mit meiner Frau, Frau d. Jungen Pionier [redacted] in der Markthalle. Ich habe gerne Orgelmusik und spiele auch selbst Klavier und spiele in einem Band mit. Diese Band ist offiziell eingetragt und heißt "Revanche". Aus diesem Grund wird weil es regnete bin ich mit meinen Bekannten in die Markthalle gegangen. Ich habe was auch für den Bereich der Kirche, daß die Tür offen stand, denn ich war erkrankung zum Gottesdienst. Ich habe mich dort die Kirche angehört. Auf die Predigt sind die Ausführungen des Pfarrers habe ich mich wenig interessiert. Er erwähnte da auch in christliche Worte und Rituale eingebettet eben über die Situation der Gegenwart in der DDR. Diese möchte auf christliche Wege gelöst werden. Es kann auch sein, daß er Worte gesprochen hat über das "Neue Forum", aber das habe ich aber nicht so konkret Anteil aufgenommen. Es hat mich nicht interessiert. Ich kann es

nicht genau sagen, wann das Jotterdienst würde war. Es
kam so gegen 19⁰⁰ Uhr gewesen sein. Ich war mit meinen
Bekanntem noch bis die meisten Menschen aus der Kirche
raus waren und gingen dann auch. Wir gingen gemeinsam
zu Straßenbahnhaltestelle am Markt. In Folge der Dienst-
leistung gegenüber der katholische stand eine größere Gruppe
von Menschen. Nach meiner Einleitung könnte es mit um
10 Personen handeln, die da laut gerufen haben. Sie riefen
etwas wie „Gotti“, „Frasi“ raus.

BSU
000220

Ich bin mit meinem Bekannten weiter gegangen, weil wir
mit diesen nicht zitiert haben wollten. Wir wollten uns unter
die Kunstgalerie am roten Turm ^{begaben} bewegen hatte, wieder
zu gehen. Als es regnete kam die Gruppe auch angelaufen
und hielten sich unter Kunstgalerie. Unter der Galerie
haben diese weiter ^{gerufen} rufen, was ich schon angab. Es riefen
dann auch noch weitere Leute mit. Ich habe mich mit meinem
Bekanntem, nachdem wir noch kurze Zeit zugehört haben zu
Straßenbahnhaltestelle, trotz Regen, ^{begaben} wir haben wahr, daß
zu dieser Gruppe die Polizei ging. Die Polizei forderte die
Menschenmenge auf, sich aufzulösen und zur Straßenbahn zu
gehen. Die Polizei löste dann die Menschenansammlung
in Richtung Straßenbahnhaltestelle auf. Dabei wurde meine
Bekanntem angestempelt und auch angesprochen zu Straßenbahn-
haltestelle zu gehen. Sie reagierte darauf ~~mit~~ ^{gerührt} „Gott“, indem
sie laut rief, was das sei, sie stehe doch schon an der
Haltestelle. Daraufhin wurde sie von dem Polizist mitgenommen.
Ich wollte meinem Bekannten unterhalten und versuchte auf
den Polizist einzureden, daß sie damit (mit den Rufen) nichts
zu tun hat, worauf auch ich mitgenommen würde.

KOPIE BSU

Treffen?

Frage: Was war der Grund des Zusammen-

BSTU
000221

Antwort: Teil der Klischee waren wir wegen der
Anzahl. Mit den anderen, die da mitstauden sind diese Leute
von mir gehen, haben wir nicht zu tun.

Frage: Haben Sie mich an dem Treffen beteiligt?

Antwort: Nein, das habe ich nicht, ich habe
auch gegen solche eine Abschwärzung. Durch meine Bekannte hat
sich nicht an dem Treffen beteiligt.

Frage: Wie wurde das Treffen organisiert?

Antwort: Wie die mir gefunkt haben, weiß ich
nicht. Mir kam es vor als ob erst mit mir vereinbart worden
sind das dann spontan immer wieder.

Frage: Welche Personen haben an diesem Treffen
teilgenommen?

Antwort: Ich kannte von diesen Leuten niemand.

Frage: Welche Handlungen würden durchgeführt?

Antwort: Die Gruppe hat das gerufen, wer sich schon
gesehen hatte, die Gruppe hat auch gerufen als Klausur oder Wiederhol-
klausur, Neues Forum". Ich selbst habe keine Handlungen mit
nicht in dieser Gruppe vorgenommen. Das trifft auch auf meine
Bekanntes zu. Keinerlei eines anderen Treffens von solchen
Personen habe ich nicht vorgenommen.

Auf eine Zwischenfrage muß ich sagen, daß ich aus der tiefsten
Gruppe keinen kannte und auch keine Person beobachtet oder
wiedererkennen würde, ich habe darauf weiter nicht geachtet.

Ich habe das Befragungsgespräch gelesen. Das trifft auf mich
meiner Aussagen. Keine Worte nicht richtig wiedergegeben.

[Handwritten signature]
Van der

[Redacted area]



*Montags-Demo; Markt in Halle; Oktober/November 1989
Foto: Wagner*



*Montags-Demo; Markt in Halle;
Oktober/November 1989; Foto: Wagner*

Am 8. Oktober 1989 gab Generalmajor Schmidt, Chef des MfS im Bezirk Halle, ein Resümé der entstandenen "operativen Lage" und schätzte ein, daß mit einer Zuspitzung der Konflikte gerechnet werden müsse. In Bezug auf die geplanten Demonstrationen in Leipzig am 9.10.89 zog Schmidt vorausblickend in Erwägung, daß auch aus dem Bezirk Halle zahlreiche Menschen sich in Leipzig "mit schwerwiegenden Ausschreitungen bzw. einer Massendemonstration" beteiligen würden, natürlich "inspiriert durch die Berichterstattung westlicher Medien". Schmidt forderte von seinen Mannen vor allem "allergrößte Wachsamkeit" und wies in acht Punkten an, auf welche Weise "die Gewährleistung einer hohen staatlichen Sicherheit und Ordnung [...]" sowie eine "wirksame vorbeugende Verhinderung jeglicher Provokationen" realisiert werden könne. (Dokument 8)

Noch in der Nacht vom 8. zum 9. Oktober 1989 berichtete der "Operative Einsatzstab" des MfS in Halle an den stellv. Minister in Berlin, Generaloberst Mittag (Leiter der HA XX) über 7 Vorkommnisse, die sich in der Saalestadt zugetragen hatten. (Dokument 9)

TF

EINGANG

chiffriert

TELEGRAMM
(Nichtzustreffendes streichen)

AUSGANG

Dringlichkeit Flugzeug

Fu/FS-Nr.: 00246

Absender: BV Halle, Leiter

VVS Hla. 0049-31

19. 10.

Empfänger: alle Diensteinheiten

Halle den 19. 10. 1989

Durch feindlich-negative Kräfte wurden in den letzten Tagen in massierter Form Aktivitäten unternommen, um die Öffentlichkeit Angriffe gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR, gegen die führende Rolle der Partei und ihre führenden Repräsentanten zu inszenieren und so breiten Bevölkerungskreisen eine Massenbasis zu verschaffen.

Die im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Kampagne gegen die DDR sowie den Entwicklungen in sozialistischen Staaten entstandene Situation auszunutzen gelang es inneren Feinden, insbesondere Jugendliche und jugendliche Erwachsene für ihre Ziele zu gewinnen und zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen aufzuwecken.

Infolge dessen kam es in den letzten Tagen, insbesondere am 7. Oktober, in mehreren Städten der DDR zu Zusammenrottungen und zu teilweise gewalttätigen Ausschreitungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und rowdyhaften Ausschreitungen. Derartige Ereignisse wurden zum Beispiel auch im Bezirk Halle festgestellt.

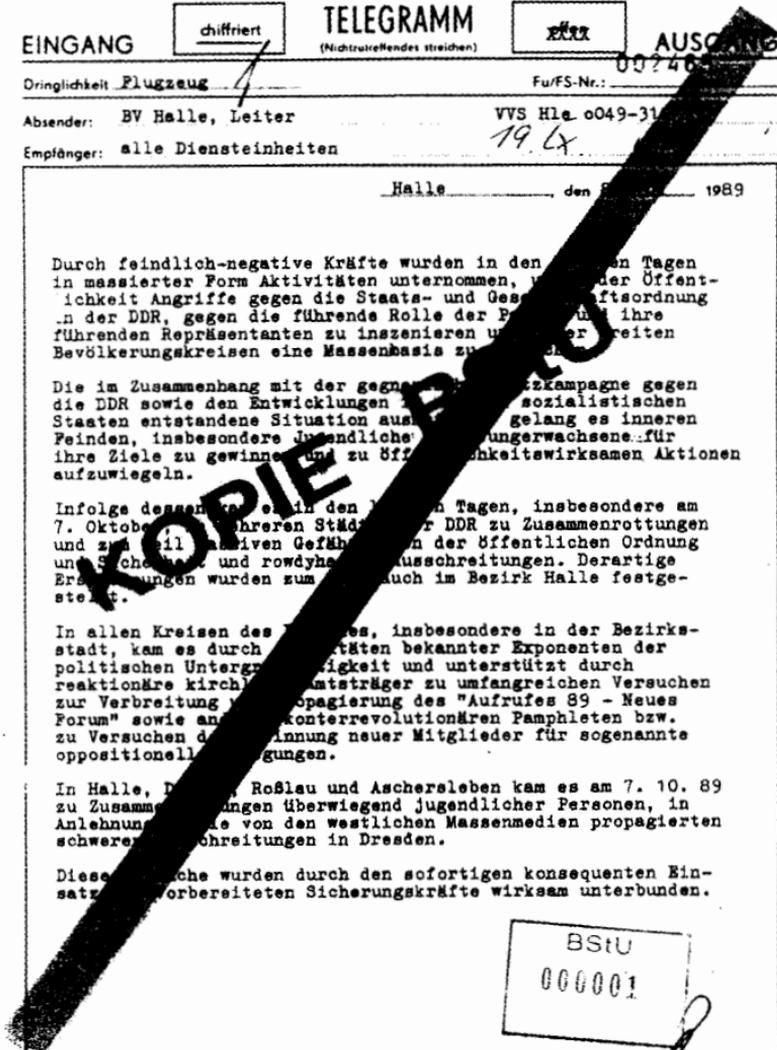
In allen Kreisen des Landes, insbesondere in der Bezirksstadt, kam es durch die Aktivitäten bekannter Exponenten der politischen Untergrundbewegung und unterstützt durch reaktionäre kirchliche Amtsträger zu umfangreichen Versuchen zur Verbreitung und Propagierung des "Aufrufes 89 - Neues Forum" sowie anderer konterrevolutionären Pamphleten bzw. zu Versuchen der Gewinnung neuer Mitglieder für sogenannte oppositionelle Organisationen.

In Halle, Dessau, Roßlau und Aschersleben kam es am 7. 10. 89 zu Zusammenrottungen überwiegend jugendlicher Personen, in Anlehnung an die von den westlichen Massenmedien propagierten schweren Ausschreitungen in Dresden.

Diese Ausschreitungen wurden durch den sofortigen konsequenten Einsatz vorbereiteter Sicherungskräfte wirksam unterbunden.

Durchschläge/Durchschriften: Stck. Geschrieben: Gesehen:

BStU
000001



Dokument 8
Telegramm der BV Halle MfS vom 8.10.1989 (Auszug)

Im Anschluß an den Sonnabendgottesdienst in der halleschen Marktkirche rotteten sich ca. 50 Jugendliche, darunter eine Anzahl angetrunkenen Personen auf dem Marktplatz zusammen. Durch einzelne Personen wurden Parolen gerufen, wie

"Wir wollen raus!"
 "Stasi raus!"
 "Gorbi"
 "Neues Forum"
 "Wir bleiben hier!"

BStU
 000002

und andere.

Insgesamt wurden 47 Personen zugeführt, gegen 8 Personen werden gegenwärtig strafrechtliche Maßnahmen geprüft.

Seit dem 1. 10. 1989 kam es zu einem erheblichen Anstieg der Verbreitung von Gerüchten über angebliche Demonstrationen sowie von Vorkommnissen der Hetzsattlerverbote, Beschamschmierens von Losungen, der Beschädigung von öffentlichen und gesellschaftlicher Symbole sowie herabsetzenden Äußerungen gegen die Partei- und Staatsführung in der Öffentlichkeit.

Des weiteren ist eine Zunahme anonymer Gewaltandrohungen zu verzeichnen.

In zunehmendem Maße richteten sich derartige Angriffe auch gegen die Stasi sowie die anderen Schutz- und Sicherheitsorgane.

Aus den vorliegenden Erkenntnissen muß geschlossen werden, daß zahlreiche Personen des Bezirkes mit schwerwiegenden Ausschreitungen bzw. einer Massendemonstration am 9. 10. 1989 in Leipzig rechnen, in Erwägung ziehen, sich daran zu beteiligen und inspiriert durch die Berichterstattung westlicher Medien grundsätzlich davon ausgehen, daß es in den nächsten Tagen in der gesamten DDR zu weiteren Demonstrationen gegen die Partei- und Staatsführung kommen werde.

Ausgehend von der Entwicklung der letzten Tage muß mit einer weiteren Zuspitzung der operativen Lage gerechnet werden, die in allen Verantwortungsbereichen allergrößte Wachsamkeit erfordert.

Mit dem Ziel der konsequenten Gewährleistung einer hohen staatlichen Sicherheit und Ordnung, der rechtzeitigen Aufdeckung und wirksamen vorbeugenden Verhinderung jeglicher Provokationen, öffentlichkeitswirksamer Störungen und anderer Angriffe gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR sind alle durch mich zur Durchführung der Aktion "Jubiläum 40" festgelegten Maßnahmen konsequent weiter zu führen.

3

BSU

000003

3

Dazu

weise ich an:

1. Die festgelegte Einsatzstufe "Volle Dienstbereitschaft" bleibt bestehen.

Die Leiter der Diensteinheiten haben zu gewährleisten:

- die durchgängige Besetzung der Diensteinheit mit einem von mir für Leitungsdienste bestätigten Kader
- in Abhängigkeit von den spezifischen operativen und fachlichen Aufgaben ist durch die Leiter in eigener Zuständigkeit über die Stärke der in der DE stationierter Einsatzgruppen zu entscheiden
- über die Anzahl der in ständiger Bereitschaft zu versetzende Angehörige ist ebenfalls zu entscheiden.

Die Leiter der operativen Diensteinheiten haben die ständige und höchste Führung aller operativen Aufgaben und Maßnahmen zu gewährleisten.

Auf der Grundlage einer exakten Analyse der konkreten Lage und Situation in jedem Verantwortungsbereich, insbesondere

- der vorliegenden Pläne, Absichten der feindlich-negativen Kräfte im Verantwortungsbereich
- der gemäß meiner Weisungen unter ständiger Kontrolle zu stellenden Personen
- der aus zurückliegenden Vorkommnissen/Aktivitäten zu angefallenen Personen noch durchzuführenden Maßnahmen
- der im Verantwortungsbereich aufgetretenen Vorkommnisse und negativen Erscheinungen sowie
- der ständigen Einschätzung der Stimmung/Reaktion der Bevölkerung zur gegenwärtigen Klassenkampf-situation

sind die im Rahmen der Aktion "Jubiläum 40" eingeleiteten Aufgaben- und Maßnahmekomplexe zu präzisieren und zu ergänzen.

A

BS:U

666669

EINGANG

chiffriert

TELEGRAMM

(Nichtzuteilendes streichen)

offen

AUSGANG

Dringlichkeit: Plugzeug

Fu/FS-Nr.: _____

Absender: BV Halle, Operativer EinsatzstabEmpfänger: Stellv. des Ministers, Generaloberst Mittig, Leiter HA XX,Leiter HA IX, Leiter ZAIG, ZOS Halle, den 10.10. 1989

Tagesbericht
zur Entwicklung der politisch-operativen Lage im Bezirk Halle
am 9. 10. 1989

In konsequenter Durchsetzung der vom Genossen Minister ange-
wiesenen Maßnahmen und auf der Grundlage der von der BEL und
den KEL beschlossenen Hauptaufgaben wurden in allen Verant-
wortungsbereichen der BV sowie der KD/OD die Hauptanstrengungen
darauf konzentriert, Pläne/Absichten und Aktivitäten feindlich-
negativer Kräfte zur Organisierung bzw. Inspirierung öffentlich-
wirksamer Störungen und Provokationen rechtzeitig zu erkennen
und konsequent zu unterbinden.

Zur Unterstützung der von der Partei realisierten politischen
Maßnahmen wurde durch den Leiter der BV eine ständige unmittel-
bare Informationstätigkeit an den stellv. Leiter der BL der SED
und an die 1. Kreissekretäre angewiesen und durchgesetzt.

Die im politischen Bereich zusammenwirken mit der DVP, den
staatlichen Organen und unter Einbeziehung gesellschaftlicher
Kräfte realisierten Maßnahmen zur konsequenten Gewährleistung
der staatlichen Sicherheit und zur Aufrechterhaltung der
öffentlichen Ordnung erwiesen sich insgesamt als wirksam.

Der differenzierte schwerpunktmäßige Einsatz von Sicherungs-
kräften in ausgewählten Territorien und Objekten des Verantwortung-
bereiches zur Verhinderung von Vorkommnissen der staatsfeind-
lichen Netze wurden fortgesetzt.
Dennoch kam es in den Nachtstunden vom 8. zum 9. Oktober 1989
zu insgesamt 7 Vorkommnissen.

- Durch bisher unbekannte Täter wurde am Eingangstor
des VEB Hydrierwerk Zeitz ein Schild mit der Aufschrift
"Streik" angebracht. Das Vorkommnis blieb ohne öffent-
lichkeitswirksamkeit.
- In 5 weiteren Fällen erfolgten mittels Anbringen von
Zeteln bzw. Losungen Sympathiebekundungen zum
"Neuen Forum" (3 Studentenwohnheim der MEU Halle, Hettstedt,
Kombinat Chemische Werke Buna, Aken/Kros. KÜthen und
Roßlau)
- In Hettstedt wurde ein 25-jähriger Maler als Täter ge-
nannt, der aus persönlicher Verärgerung wegen einer
Verkehrskontrolle der VP den Schriftzug "Neues Forum"
anbrachte.

In Roßlau wurden 3 männliche Personen (22, 20 und 16 Jahre
alt) gestellt, als sie an einer Mauer im Stadtgebiet
mit Nitro-Farbe SED angstrichen und anschließend
durchgestrichen.

Eingangsdatum: _____ Uhrzeit: _____ Anfang: 10.10.1989 Nachr.-Sachbearb.: _____

Dokument 9

Telegramm der BV Halle MfS an Genraloberst Mittig,
Leiter HA XX und Stellv. des Ministers für Staatssicherheit
vom 10.10.1989

In den späten Nachmittagesstunden, zwischen 16.45 und 18.00 Uhr, kam es zu einer Personenansammlung von zuletzt ca. 400 Personen vor der Marktkirche in Halle, um an einer von kirchlichen Gruppen und kirchenleitenden Kräften organisierten Andacht teilzunehmen. Gegen 17.15 Uhr wurden durch ca. 15 Personen Kerzen angezündet. Anschließend wurde ein Transparent mit den Losungen:

"Gewaltloses Widerstehen", "Schweigen für Leipzig"
"Schweigen für Reformen", "Schweigen für Hierbleiben"

entfaltet.

Gegen 17.40 Uhr wurde am Schaukasten der Kirche ein Plakat in der Größe 50 x 70 cm mit der Aufschrift "Wir schweigen, obwohl wir viel zu sagen haben" angebracht. Darauf hin wurden 17.45 Uhr die anwesenden kirchlichen Mitarbeiter durch verantwortliche Mitarbeiter der Abteilung Innere Angelegenheiten aufgefordert, für einen ordnungsgemäßen Ablauf der kirchlichen Veranstaltung zu sorgen, die Personenansammlung aufzulösen und die Transparente zu entfernen.

Auf Grund des Nichtbefolgens dieser Forderung wurden gegen 18.15 Uhr entsprechende Auflagen durch uniformierte Kräfte der DVI erteilt. Darauf hin begaben sich ca. 200 Personen in die Marktkirche, wo bis gegen 19.00 Uhr die geplante kirchliche Veranstaltung durchgeführt wurde. Das Transparent mit den vorgenannten Losungen wurde in die Kirche mitgeführt. Ebenso wurde das am Schaukasten angebrachte Plakat entfernt.

Die vor der Marktkirche verbliebenen ca. 30 Personen, vorwiegend Jugendliche wurden durch entsprechende Aufforderungen sowie konzentriert eingesetzte VP-Kräfte abgedrängt, woraufhin sich die Mehrzahl der Personen entfernte und in der Folgezeit nicht wieder in Erscheinung trat.

Ca. 70 Personen blieben erst nach mehrmaligen Aufforderungen durch die Sicherheitskräfte den erteilten Auflagen, wobei auf Grund des hartnäckigen Nichtbefolgens insgesamt 37 Personen angeführt wurden. Davon wurden 33 Personen nach entsprechender Belehrung wieder entlassen. Gegen 4 Personen laufen gegenwärtig Prüfungshandlungen wegen Beschimpfung von Sicherheitskräften bzw. gegen eine dieser Personen wegen Tätlichkeiten gegenüber einem VP-Angehörigen. Die Personennamen und konkreten Sachverhalte werden nachgemeldet.

Ab ca. 19.30 Uhr war die öffentliche Sicherheit im Bereich des Marktes Halle wieder voll gewährleistet. Die Personen, welche die Veranstaltung in der Marktkirche besucht hatten, verließen bis gegen 19.10 Uhr ohne weiteren Vorkommnisse den Handlungsraum.

Am Abend des 9. Oktober 1989 sollte an der Marienkirche in Halle eine Kundgebung unter der Losung: "Gewaltlos widerstehen - Schweigen für Leipzig - Schweigen für Reformen - Schweigen für das Hierbleiben" stattfinden. In einer Leiterinformation der Abteilung VI der BV Halle des MfS machte Oberstleutnant Romanowski auf die besondere Spezifität und Gefährlichkeit der Gruppe "Neues Forum" aufmerksam. Wie aus dem Bericht hervorgeht, konnte sich der Stasi-Offizier auf die Zuträgerschaft von Spitzeln, also Inoffizieller Mitarbeiter (IM) verlassen. (Dokument 10)

Gegen 17.00 Uhr nachmittags füllte sich der Marktplatz mit hundert Demonstranten, viele mit Blumen oder Kerzen in den Händen. Indessen riegelten die Einsatzgruppen des Staatssicherheitsdienstes und Hundertschaften der Polizei den gesamten Marktplatz ab. Es drohte eine Eskalation der Gewalt in Halle. Die Uniformierten standen bereit - ausgerüstet mit Helmen und Schlagstöcken. Hans-Peter Löhn beschreibt den Ablauf der Ereignisse in Halle w.f.: "Ein Polizeioffizier forderte barsch über ein Megaphon, die nicht genehmigte Versammlung sofort aufzulösen, andernfalls werde Polizeigewalt eingesetzt. Zu den kirchlichen Amtsträgern traten Herren in Zivil, die sich als Mitarbeiter der Abteilung Inneres beim Rat der Stadt vorstellten und die Pfarrer ermahnten, für einen ordnungsgemäßen Ablauf der kirchlichen Veranstaltung zu sorgen. Darüber hinaus sollten sie bei der Auflösung der 'Personenansammlung' helfen und das Transparent entfernen lassen. Als nichts dergleichen geschah, näherten sich Polizeiketten Knüppel schwingend den Teilnehmern. Daraufhin nahmen die Demonstranten ihr Transparent herunter und zogen sich in die Marktkirche zurück." (a.a.O., S. 11-12, wobei sich Löhn auf den "Abschlußbericht" bezieht) Alle eingesetzten Kräfte waren darauf orientiert, "eine drohende Konterrevolution zu verhindern", heißt es im "Abschlußbericht". Pfarrer Körner, "der im Talar auf die Einsatzkräfte zuing, mit ihnen verhandeln und Sie bitten wollte, den Gläubigen einen Zugang zur Andacht zu ermöglichen, wurde brutal zu Boden geworfen. Nur das schnelle, beherzte Eingreifen seiner Kollegen", so Löhn, "bewahrte ihn vor weiteren Tätlichkeiten."

Die Einsatzkräfte gingen schließlich gewaltsam gegen die Demonstranten vor und trieben diese mit Hunden und Knüppeln über den Marktplatz. Wegen des doppelten Einschließungsrings konnte das zur Falle gewordene Terrain nicht verlassen werden. Wer nicht entkam, wurde ergriffen und auf bereitstehende LKWs gestoßen und - "zugeführt". Im ZPP hatten sich die Zustände gegenüber dem 7. Oktober nicht geändert. "Am Abend des 9. Oktober", stellt der "Abschlußbericht" fest, "befanden sich diese

Garagen also im gleichen menschenunwürdigen Zustand wie zwei Tage zuvor."

Eine vom MfS auf dem halleschen Marktplatz durchgeführte Aktion zur Installation von Video-Überwachungskameras sollte strafrechtliche Beweise für ein späteres Vorgehen der Untersuchungsorgane im Bild festhalten. Die heute noch vorhandenen, zum Teil jedoch gesäuberten Videobänder zeigen jedoch vor allem eines: die praktizierte Gewalt durch Sicherheitskräfte. In den digitalen Zeiteinblendungen findet man heute keine Nachweise mehr über den Ablauf der Ereignisse zwischen 19.22 Uhr und 20.26 Uhr - eine ganze fehlende Stunde also, über die Betroffene übereinstimmend von staatlichen Übergriffen berichten. Auch Unbeteiligte, die zufällig auf den Marktplatz kamen, um beispielsweise in eine andere Straßenbahn umzusteigen, wurden von den bewaffneten Einsatzkommandos auf die Transportfahrzeuge getrieben. Unter den "Zugeführten" befanden sich auch Minderjährige, denen, so der "Abschlußbericht", keine Gelegenheit gegeben wurde, mit den Eltern über ihren Verbleib zu sprechen.

Im ZZP wurden alle Festgenommenen unter Druck gesetzt, "eine vorbereitete Erklärung zu unterschreiben, in der sie sich selbst einer Teilnahme an staatsfeindlichen Aktionen bezichtigten und sich gleichzeitig verpflichten sollten, nie wieder bei derartigen Aktionen mitzumachen." (Löhn, a.a.O., S. 13)

Diese Verhöre (Dokument 11) und "Belehrungen" wiederholten das Muster vom 7. Oktober 1989. (Dokument 12)

Einen Tag nach dem 9. Oktober 1989 wurden die Ereignisse auf einem Info-Blatt in der Georgen-Gemeinde Halle zusammengefaßt. "Die Besonnenheit der Versammelten", heißt es hier, "hat diesmal noch eine Eskalation der Gewalt verhindert." Die Verfasser des Papiers besaßen allerdings zu diesem Zeitpunkt noch keine genauere Kenntnis über das Ausmaß des Vorgehens der Einsatzkommandos. Allein die Sorgen, Ängste und Hoffnungen der Menschen wurden nur zu deutlich - "Ängste und Hoffnungen im Zusammenhang mit dem Leben in unserem Land."

BStU

000046

LEITERINFORMATION

Inoffiziell konnte die durch unsere Dienstseinheit am 08. 10. 1989 erarbeitete Leiterinformation zur geplanten Demonstration von ASTA und Anhängern der oppositionellen Gruppierung "Neues Forum" am 09. 10. 1989 gegen 17.00 Uhr vor der Marktkirche in Halle am heutigen Tag bestätigt werden.

Ziel dieser geplanten Demonstration soll eine Solidaritätsbekundung mit den Demonstranten und "Opfern" der Demonstrationen in Berlin, Leipzig, Dresden und anderen Städten der Republik am 07. 10. 1989 sein. Zur Durchführung dieser geplanten Aktion wurde bekannt, daß vor der Marktkirche durch ca. 100 Personen (können auch mehr sein!) Kerzen angezündet werden sollen. Gleichzeitig wurde darauf orientiert, daß es auf jeden Fall zu vermeiden ist, provokatorische Haltung und Meinungsäußerungen gegenüber auftretenden Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane zu tätigen.

Zum beteiligten Personalkreis wurde bekannt, daß eine größere Anzahl von Personen aus der evangelischen "Georgengemeinde", aus der "Gesundheitsgemeinde", aus anderen evangelischen Kirchengemeinden der Stadt Halle, ASTA sowie Anhänger und Sympathisanten der oppositionellen Gruppierung "Neues Forum" an dieser Demonstration beteiligt sein werden.

In weiteren konnte herausgearbeitet werden, daß die DDR-Person

██████████ (errf. für unsere Dienstseinheit)

- siehe Information vom 07. 10. 1989 zu Aufklärungsergebnissen o. g. Person - diese Information der geplanten Demonstration auch in seinem Betrieb, des VEB Pumpen und Verdichter Halle, publiziert hat.

Im Zusammenhang der o. g. geplanten Aktion am 09. 10. 1989 wurde durch ein persönliches Gespräch des ██████████ und der Quelle beim Aufsuchen der DDR-Person

EIGENFELD, Frank
(Personalien bekannt)

am 08. 10. 1989, welcher aber nicht erreicht werden konnte und des dadurch stattgefundenen Gesprächs mit einem Ehepaar, welches in gleichen Haus (Diesterwegstr. 1) wohnhaft sind,

Personenbeschreibung: - weibliche Person
 . ca. Ende 30
 . schulterlanges lockiges Haar
 . rundliches Gesicht
 . ca. 1,58 m
 . trug sehr einfache Kleidung

Dokument 10

Leiterinformation der Abteilung VI der BV Halle MfS
vom 9.10.1989

000047

- männliche Person
 - . ca. 40 Jahre
 - . Vollbart
 - . glattes nach hinten gekämmtes Haar,
 - . gepflegt
 - . machte sehr intellektuellen Eindruck

folgendes bekannt:

Derzeitig wurde ein neues Argumentations- bzw. erläuterndes Material zur weiteren Vorgehensweise bzw. zur Organisation der oppositionellen Gruppierung "Neues Forum" erarbeitet, was auch bereits in der Endfassung vorliegt. Aus dem Gespräch mit der o. g. weiblichen Person wurde auch ersichtlich, daß sie dieses Material bereits ausführlich studiert hatte. Folgende Aussagen können vorerst zusammengefaßt werden:

- das Material orientiert darauf, daß in der Perspektive auf keine übergreifende Dechorganisation der oppositionellen Gruppen zurückgegriffen werden kann. Es wird verstärkt die oppositionelle Arbeit von "unten" gefördert werden muß. D. h. Bildung von "Betriebsgruppen" bzw. "Interessengemeinschaften, welche die oppositionelle Arbeit in ihrem Territorium bzw. in ihrem Umgangskreis organisieren.
- weiterhin wird darauf verwiesen, daß eine Spezialisierung des intellektuellen Potentials der Opposition vorgenommen werden soll, d. h. Zusammenführung von berufsspezifischen Spezialisten (Ökologen, Chemiker, Physiker, Mediziner...), die entsprechend ihres zusammengeschlossenen Wissens und Könnens, zielgerichtet gesellschaftliche Probleme, Mängel und Schwierigkeiten publik machen.

Dieses o. g. Material soll nach Aussagen der weiblichen Person in den nächsten Tagen vervielfältigt und nur im Rahmen "vertrauenswürdiger Personen" der oppositionellen Gruppen ausgegeben werden. Nach bisher unbestätigten Informationen soll die Vervielfältigung in der evangelischen "Gesundbrunnengemeinde" vorgenommen werden. Wer dieses Material erarbeitet bzw. verfaßt hat, konnte bisher noch nicht erarbeitet werden.

Leiter der Abteilung


 Romanowski
 Oberstleutnant

Halle, den 09.10.1989

BStU
000028

E i n g a b e

Am Sonnabend, dem 07. Oktober 1989, gegen 20.00 Uhr wurde mein Sohn [REDACTED] auf dem Marktplatz in Halle von der Volkspolizei festgenommen. Er wartete dort, von Weimar kommend, auf eine Straßenbahn in Richtung Heide. Die auf dem Marktplatz ablaufenden Vorgänge hatte er bis dahin nicht beobachtet, weil er aus der Schmeerstraße kommend, einer Straßenbahn der Linie 4 hinterhergerannt war, die er aber knapp verpaßte. Als mein Sohn die zweimalige Aufforderung eines Angehörigen der VP, den Platz sofort zu verlassen, mit der Erwiderung, er warte auf die Straßenbahn, nicht befolgte, wurde er unter ~~W~~ dem Zugriff auf ein Fahrzeug der VP gesetzt und abtransportiert. Die Nacht verbrachte er zusammen mit anderen festgenommenen Personen in einer ungeheizten Garage, an der er stand. Er wurde im Verlaufe seiner Festnahme ärztlich untersucht, vernommen und es wurde eine Blutprobe entnommen, obwohl keine Anzeichen auf vorangegangenen Alkoholgenuß hindeuteten. Am Morgen des 08. Oktober wurde er gegen 8.30 Uhr entlassen. Mein Sohn dient zur Zeit bei der NVA, und zwar als Unteroffizier in der Dienststelle Tautenhain (PF 19320). Er hat vom 28.09. bis 11.10.89 seinen Jahresurlaub in Halle verbracht. Am 07.10.89 hatte er seine Freundin in Weimar besucht. Für den 08. Oktober hatten wir ein Familientreffen mit unserem älteren Sohn und dessen Familie in Wittenberg geplant, das durch die Festnahme von [REDACTED] nunmehr ausfallen mußte. Ich verahre mich gegen die geschilderte Behandlung meines Sohnes auf das entschiedenste und erwarte, daß

1. eine offizielle Zurücknahme des Vorgefallenen erfolgt,
2. alle diesbezüglichen Vorgänge aus den Akten der VP entfernt werden,
3. im Einvernehmen mit seiner Dienststelle der NVA Ersatz für einen entgangenen Urlaubstag gewährt wird.

Dokument 11

Aus den MfS-Verhörakten: Eingabe vom 9.10.1989

Halle/S., den 10.10.1989
Beginn: 00.30 Uhr
Ende : s.Schluss
.....Ausf.....3 Exempl.

BStU
000348

Befragungsprotokoll

des Beschäftigungslosen

geb.: [REDACTED] 1970 in Halle
wh.: Halle/S., Thomasiusstr. [REDACTED]
FA lag nicht vor

Mit dem Gegenstand meiner Befragung wurde ich vertraut gemacht. Ich bin bereit entsprechend meinen Kenntnissen wahrheitsgemäße Aussagen zu machen.

Frage: [REDACTED] haben am 09.10.1989 gegen 19.00 Uhr im Bereich des [REDACTED] Halle an einer Zusammenkunft teilgenommen. Nehmen Sie dazu Stellung?

Antwort: Am gestrigen Tag traf ich mich gegen 16.45 Uhr im [REDACTED] Krennoff hinter der Rannischen Straße unmittelbar [REDACTED] dem Brillengeschäft in der Höhe des Cafe "Hopfarten" mit meinem Kumpels

- [REDACTED], wh. Halle, weiteres nicht bekannt
- [REDACTED], wh. Halle, weitere nicht bekannt und
- [REDACTED], weiteres nicht bekannt (wohnt in der Nähe des Redlecks)

Der [REDACTED] machte mir am Sonntag, den 9.10.1989 den Vorschlag zu diesen Treff zu kommen, da diese drei sich dort öfters treffen.

Nachdem wir uns kurzzeitig über einige Mädchen unterhalten hatten, machte der [REDACTED] den Vorschlag zum Markt zu gehen. Diesen Vorschlag willigten alle ein. Wir begaben uns also anschließend durch die Rannische Straße in Richtung Markt.

Bereits am Ende der Schmeerstraße sah ich eine größere Menschenmenge auf dem Markt, sowie eine größere Anzahl von VP-Angehörigen. Da wir annahmen, daß auf dem Markt noch etwas los ist begaben wir uns zu dieser größeren Menschenansammlung, die sich vor der Marktkirche befand. Hierzu möchte ich noch sagen, daß uns der [REDACTED] sagte, daß hier am heutigen Tag eine "Demo" stattfindet. Nachdem sich der größte Teil dieser Menschen in Marktkirche begab, sind wir alle vier ebenfalls hinein gegangen. In der Kirche nahmen wir uns alle vier eine brennende Kerze, so wie auch die anderen. Das Thema dieser Veranstaltung in der Kirche war mir nicht bekannt. Ich konnte auch kaum etwas hören, weil die Person die sprach sehr leise sprach. Nach ca. 1. Stunde,

[REDACTED]

als diese Kirchenveranstaltung Schluß hatte, verließen wir die Kirche mit der brennenden Kerze. Am Ausgang der Kirche sagten uns mehrere Personen im schwarzen Gewand, daß wir die Kerzen ausmachen sollen, damit uns die Polizisten nichts anhaben können. Kurz vor den Stufen in Richtung Hallmarkt haben wir dann auch die Kerzen gelöscht. Von hieraus erkannten wir eine größere Anzahl von Polizisten, die auf der Straße vor den Hallmarkt standen. Mit der Kerze in der Hand liefen wir alle vier an den Polizisten vorbei in Richtung Oleariusstraße. In der Oleariusstraße befindet sich an der rechten Seite ein Tabakladen, dahinter befindet sich ein Cafe. Hinter dem Cafe befindet sich eine Toreinfahrt. Als wir hier vorbei liefen, erkannten wir vier Kinder, deren Alter ich auf ca. 12 Jahren schätzen würde. Alle vier hatten jeder eine Fackel in der Hand. Hierbei ging der [REDACTED] zu einem der vier Jungen und fragte ob er eine Fackel bekäme. Nachdem dieser die Frage mit nein beantwortete rannte dieser mit einem zweiten Jungen davon. Anschließend ging ich zu einem der zurückgebliebenen Jungen und fragte ob ich denn eine Fackel bekäme, worauf er mir Jaes gab. Ich nehme an, daß der Junge mir die Fackel gab. Von den zweiten Jungen erhielt der [REDACTED] später. Beide Fackeln brannten. Anschließend liefen wir weiter die Oleariusstraße entlang und gingen die nächste Querstraße rechts hoch. In dieser Querstraße kamen uns mehrere Personen vorbei, davon haben uns mindestens 4 Personen den Rat gegeben die Fackeln zu löschen. Sie sagten, daß sie sich von der Polizei verhaften werden wollen. Trotz dieses wahrscheinlichen gut gemeinten Rates machten wir die Fackeln nicht aus. Wir liefen weiter am "Guten Buch" vorbei und von dort in Richtung Markt. In der Höhe des Händel-Denkmal wurde [REDACTED] dann von zwei männlichen Personen in Zivil, wovon einer eine Krawatte trug, aufgefordert die Fackel zu löschen. Da [REDACTED] keine Anstalten dazu machte wurde von einer Person die Fackel weggenommen und [REDACTED] wurde anschließend zu einem Polizeiauto geschafft. Hierzu möchte ich noch sagen, daß ich dabei noch zum [REDACTED] sagte, daß er der Person, welche ihn wegschaffte, eins auf die Presse hauen soll. Kurze Zeit später wurde dann von einer anderen Person meine Fackel aus der Hand gerissen und von einer anderen männlichen Person wurde ich ebenfalls zum Polizeiauto geschafft.

Frage: Aus welchem Grund haben Sie nicht auf den Rat der Personen gehört, welchen Ihnen sagten, daß sie die Fackel löschen sollen um Auseinandersetzungen mit der Polizei zu vermeiden?

Antwort: Ich wollte dabei ein wenig angeben. Wahrscheinlich wollte ich auch ein bißchen Mut beweisen und meinen Kumpels zeigen, daß mir die Polizisten nichts anhaben können.

Frage: War Ihnen bekannt, daß am gestrigen Tag auf dem Markt ein Zusammentreffen stattfinden sollte?

Antwort: Das war mir nicht bekannt. Auf Grund der großen Anzahl der Personen konnte ich mir das dann aber denken.

Halle/D., den 10.10.1989

BSU
000351

B e l e h r u n g

Dem staatlichen Organ ist bekannt, daß Sie im Rahmen einer provokatorisch-demonstrativen Handlung von mehreren Personen in der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten sind. Die Teilnahme an derartigen Handlungen stellt eine Zusammenrottung von Personen dar und ist nach § 215 StGB und § 217 StGB strafrechtlich verwertbar.

Sie können auch nach § 4, Absatz 1, Ziffer 3 und 6 OStVO mit einer Ordnungsstrafe bis zu 500,- Mark und im schweren Falle bis zu 1.000,- Mark geahndet werden.

Sie werden deshalb aufgefordert, sich nicht mehr an derartigen Zusammenschlüssen zu beteiligen.

Sie werden deshalb aufgefordert, sich nicht mehr an derartigen Zusammenschlüssen zu beteiligen.

Desweiteren wird Ihnen mitgeteilt, daß sie sich innerhalb von 14 Tagen um eine Arbeitsstelle zu bemühen haben, da Sie ansonsten wegen Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch asoziales Verhalten zur Verantwortung gezogen werden können.

Ich habe die Belehrung verstanden und zur Kenntnis genommen.

.....

Dokument 12

Belehrung vom 10.10.1989

Kriminalpolizei

BSU

000383

Protokoll der Befragung

[REDACTED] 1961 in Magdeburg
 HW: Berlin-Weißensee, Lindenallee [REDACTED]
 NW: Halle-Süd, Gagarinallee [REDACTED]
 DPA-Nr: J [REDACTED]
 PKZ: [REDACTED] 61 [REDACTED]
 Schauspielerin
 Landestheater Halle

Frage: Am.09.10.1989 wurden Sie Ansammlung von Personen festgestellt. Wie kamen Sie dazu?

Antwort: Ich kam mit Kollegen, dem [REDACTED] und [REDACTED] aus dem Theater. Wir wollten die Gaststätte "Weinstuben" in der Rathausstr. aufsuchen.
 Wir kamen aus der Straße, in der das Kaufhaus mit den Rolltreppen ist. Den Namen dieser Straße kenne ich nicht.
 Als wir am Markt ankamen sah ich eine große Menschenmenge. Ich muß sagen, daß diese Menschen in Gruppen Drumstehen. Zu diesen Leuten kann ich nichts besonderes sagen, ich hatte lediglich den Eindruck, daß sie auf etwas warteten wahrscheinlich auf die Straßenbahnen. Ich sah auch Polizisten und Kampfgruppenangehörige, die ich an den gestreiften Uniformen erkannte. Sie trugen die gleichen wie die, die ich hier auf der Dienststelle sah.
 Die Polizei und die Kampfgruppen sperrten die Straße neben dem Roten Turm in Richtung des Gardinengeschäftes, das auf der Ecke ist und sie standen über die Straßenbahnschienen.
 Wir gingen in Richtung des Händeldenkmales [REDACTED] und blieben dort stehen. Die Kette der Polizei und der Kampfgruppen kamen langsam in Richtung des Denkmals und es kam von Seiten der Volkspolizei die Aufforderung, den Platz zu räumen. Wir gingen auch noch ein Stück zurück.
 Dann hörte ich ein Kommando was bedeutete, daß die Gummiknüppel gezogen werden sollen. Ich kann den Befehl nicht mehr richtig wiedergeben aber meiner Meinung nach war es ähnlich wie: "Knüppel frei".
 Ich muß noch sagen, daß alles sehr schnell ging und als wir merkten, daß die Polizei und die Kampfgruppen näher kamen rannten wir weg. Im gleichen Moment kam der Befehl, die Knüppel anzuwenden und im Laufen drehte ich mich um. Dabei sah ich, wie auf einen Zivilisten mit dem Knüppel eingeschlagen wurde. Darüber war ich sehr erschrocken und in Gedanken sah ich Bilder aus der Nazizeit vor mir. Ich war sehr verwirrt über das, was ich da sah und rief dann; "Das ist wie bei den Nazis".
 Plötzlich waren zwei Männer in Zivil auf mich zu, d.h., sie waren plötzlich bei mir und diese brachten mich zu einem LKW. Ich bin wenig der Meinung, daß diese Leute in Zivil waren, aber ich kann mich auch irren. Ich war sehr erschrocken und eben verwirrt, über das, was ich sah.

Frage: Wie hat es Sie Ihre Äußerung gemeint?

Antwort: Ich meinte damit, daß sich die Polizei verhält, wie es die Nazis gemacht haben. Zu dieser Erkenntnis war ich aus der Tatsache [REDACTED]

Blatt - 2 - der Befragung [REDACTED]

heraus gekommen, daß ich sah, wie Menschen in Uniform auf Zivilisten einschlugen.

Frage: Haben Sie derartige Situationen schon mal gesehen?

Antwort: Ja, im Fernsehen. Ich muß aber gleich sagen, daß ich dabei nicht zu dieser Meinung gekommen bin, bisher wenigstens nicht. Ich bin der Meinung daß das daran liegt, daß es im Fernsehen immer nur eine Aufzeichnung ist, die also weit weg ist und mich nicht persönlich berührt. Gestern war ich selbst Augenzeuge und das hat mich zu dieser Meinung gebracht.

Frage: Haben Sie gesehen, was vor dem Schlagen des Volkspolizisten war?

Antwort: Nein, das habe ich nicht gesehen. Wir waren ja im Weglaufen und ich drehte mich eigentlich nur deshalb um, als der Befehl kam, die Knüppel frei zu machen. Da sah ich das und ich ließ meinen Gedanken freien Lauf und ließ mich zu dieser Äußerung hinreißen.

Frage: Hatten Sie den Eindruck, daß diese Zusammenkunft am 09.10.1989 organisiert war?

Antwort: Nein, den Eindruck habe ich nicht. Die Gruppen die dort standen waren höchstens drei Personen, oder mal vier. An eine Gruppe kann ich mich erinnern die aus Jugendlichen bestand und das waren meiner Meinung nach Kommunisten. Diese standen vor dem Schaukasten am Kinderkaufhaus. Ich habe nichts wahrgenommen, was einer Organisation gleich käme.

Frage: Können Sie Namen von Personen nennen, die sich zu diesem Zeitpunkt ebenfalls auf dem Markt aufhielten?

Antwort: Nein, ich habe niemand gesehen, den ich kenne.

Frage: Haben Sie Feststellungen getroffen zu Handlungen oder Äußerungen die dort gemacht wurden?

Antwort: Nein, ich habe derartige Handlungen nicht wahrgenommen.

Frage: Nach der Zuführung wurde bei Ihnen ein Druckerzeugnis festgestellt, was inhaltlich ein Aufruf zur Einmischung in eigenen Sache darstellt und zwei Drucke in Form von Geldscheinen. Woher stammen diese Erzeugnisse?

Antwort: Dieses Schreiben DIN A 4 fand ich heute im Theater. Ich sah es liegen und nahm es an mich. Es lag nur ein Exemplar da. Den Inhalt kenne ich noch nicht, weil ich noch keine Zeit hatte, mir das Schreiben durchzulesen. Ich fand es beim Betreten des Hauses am gestrigen Vormittag, also noch vor 10.00 Uhr. Die beiden Drucke in Form von Geldscheinen bekam ich in der Gethsemanie-Kirche in Berlin-Prenzlauer Berg. Ich besuchte diese Kirche vor 1 1/2 Wochen, also am Wochenende 30.09. oder 01.10.1989. Ich hatte mit meinem Freund die Kirche aufgesucht, weil wir uns mal anhören wollten, was die Kirche zum derzeitigen Geschehen in der DDR meint. Da wurden diese Drucke verteilt, aber nicht in der Kirche, sondern nach dem Gottesdienst vor der Kirche. Das machten jüngere Leute, die ich aber schlecht irgendwo zuordnen kann. Vielleicht waren es auch Anhänger des



BSW
000385

Neuen Stimmung. Ich kann das aber nicht behaupten. Ich habe mir über diese Leute aber auch keine Gedanken gemacht. Diese Scheine habe ich noch in meiner Tasche.

Frage: Wer kann die Äußerung: "Das ist wie bei den Nazis" gehört haben

Antwort: Das kann ich nicht sagen. Auf jeden Fall könnten es meine Kollegen gehört haben, wenn sie noch neben mir waren. Ich sah sie plötzlich nicht mehr. Ich hatte diesen Ausruf auf jeden Fall laut gemacht und es müßten demnach einige Leute gehört haben, die ich aber nicht benennen kann.

Ich kann nur noch mal sagen, daß es mir leid tut, daß ich mich zu dieser Äußerung hinreißen ließ, zumal ich mich in Vorkommnissen in anderen Städten nicht einverstanden mit dem Verhalten der Leute ab, die dort offensichtlich die Volkspolizei provozieren und sogar angreifen. Daran habe ich aber in dem Moment am gestrigen Abend nicht gedacht.

Mehr kann ich zum Sachverhalt nicht sagen.

Mir wurde gesagt, daß die Druckerzeugnisse, die ich bei mir hatte ungenehmigte Reproduktionen sind, also dazu keine Druckerlaubnis vorliegt und daß der Inhalt der Einziehung unterliegen.

Ich habe vorstehendes Protokoll selbst gelesen. Es stimmt mit dem von mir gemachten Angebot Überein. Meine Worte wurden richtig wieder gegeben.

Geschlossen: 3.15 Uhr

Becker, Oes. d. K

SECRET

BSU
000386

B e l e h r u n g

Dem staatlichen Organ ist bekannt, daß Sie im Rahmen einer provokatorisch-demonstrativen Handlung von mehreren Personen in der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten sind. Die Teilnahme an derartigen Handlungen, die eine Zusammenrottung von Personen dar und kann nach § 215 StGB oder § 217 StGB strafrechtlich verfolgt werden. Sie kann auch nach § 4 Abs. 1 Ziffer 3 und 6 OWStG mit einer Ordnungsgeldstrafe bis zu 500,- M. und im schweren Fall bis zu 1.000,- M. Geldstrafe bestraft werden.

Sie werden aufgefordert, sich deshalb nicht mehr an derartigen Zusammenrottungen zu beteiligen.

Ich habe die Belehrung zur Kenntnis genommen und sie verstanden.

~~.....~~

Halle, den 10.10.1989

Beginn: 09.05 Uhr

Ende: Uhr

BStU 000442

Befragungprotokoll

des [REDACTED]
geb. [REDACTED] 1971 in Halle
wh. Halle, Würmlitzer Str. [REDACTED]
ohne Beschäftigung

Frage: Sie hielten sich am 9.10.1989 in Halle gegen 19.30 Uhr im Bereich des Marktes auf und leisteten Forderungen der VP, den Bereich zu verlassen und eine brennende Fackel auszumachen, keine Folge.
Warum hielten Sie sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Marktplatz auf?

Antwort: Ich war am Abend des 9.10.89 in Halle in der Marktkirche. Die Veranstaltung dort muß so gegen 17.00 Uhr oder 18.00 Uhr begonnen haben.
Da war wie eine Diskussion und jeder durfte reden.
Ich gehe schon kaum in die Kirche, nur ab und zu mal und meist in die Marktkirche. Heute habe ich mal geguckt, ob in der Marktkirche etwas ist und da war die Veranstaltung.
Ich kann nicht sagen, wann in der Marktkirche Schluss war.
Ich wollte dann zum Markt laufen, da waren aber überall Polizisten.
Ich habe nicht versucht, an den Polizisten vorbeizukommen und bin zum Hauptmarkt runter.
Da standen aber auch Polizisten.
Ein Stück weiter habe ich in einem Haas von Kindern eine Fackel bekommen. Das waren vielleicht 13- oder 14-jährige.
Von der Kirche hatte ich eine Lampe mit einer Kerze bekommen.
Ich bin dann hoch auf den Markt. Ich war immer mit 5 oder 6 Kumpeln zusammen, die ich nicht namentlich kenne. Ich kenne davon nur den [REDACTED], der ist auch hier.
Die Fackel habe ich schon brennend von den Kindern bekommen.
Sie brannte noch, als ich auf den Marktplatz kam.
Das andere Ding, die Lampe mit Kerze, war aus.
Ich wollte über den Marktplatz laufen und nach Hause gehen.
Mir sagte dann ein Kriminalpolizist in Zivil, daß ich die Fackel ausmachen soll. Das sagte er zwei mal. Ich hörte aber nicht und da hat er mich mitgenommen.
Ich war nur auf dem Marktplatz, weil ich da langgelaufen bin.
Ich hatte da nichts vor.

Frage: Warum leisteten Sie den Aufforderungen auf dem Marktplatz nicht Folge?

Antwort: Der Mann hat einfach zu mir gesagt, daß ich die Fackel ausmachen soll. Er hat nicht gesagt, daß er von der Kriminalpolizei ist. Das habe ich mir nur gedacht.

Warum ich die Fackel nicht ausgemacht habe, weiß ich nicht. Ich habe mir denken können, daß der Mann von der Kriminalpolizei ist, als er mich gegriffen hatte. Vorher habe ich das nicht gewußt und mir nicht denken können. Deshalb habe ich auch die Fackel nicht ausgemacht. Da kann mir ja jeder was sagen. Als ich den Markt verlassen so ll. hat mir keiner gesagt. Der Mann hat mich dann der VP übergeben.

Frage: Warum führten Sie auf dem Markt eine brennende Fackel mit sich?

Antwort: Ich hatte Langeweile. Ich wollte da mit herumstreunern.

Frage: Hat Ihnen jemand gesagt, die brennende Fackel mit sich zu führen?

Antwort: Nein. Ich habe das von mir aus gemacht. Ich habe die Fackel auch einem jungen weggenommen. Der wollte sie nicht hergeben und hat sie ihm weggenommen. Ich wollte auch mal ein Wort mit ihm haben.

Frage: Haben Sie gewußt, daß auf dem Markt eine Zusammenkunft stattfinden würde?

Antwort: Wenn die Kirche aus ist, sind mehr Menschen auf dem Markt. Ich habe von nichts gewußt.

Frage: Warum haben Sie in der Kirche ein rotes Wändlicherthalten?

Antwort: Das habe ich nicht erhalten, das habe ich mir in der Kirche einfach genommen. Ich wollte es einfach haben.

Frage: Warum gingen Sie in die Marktkirche?

Antwort: Ich habe es gerne, wenn Leute sprechen. Ich wollte mir Langeweile vertreiben.

Ich habe das Protokoll meiner Befragung gelesen. Es entspricht meinen Aussagen.

2.
Olt n.d. K

.....
.....

Protokoll

Björn Hopfgarten (damals 17) über den 7. bis 13. Oktober 1989 in Halle

40. Gründungstag der DDR Samstagnachmittag, Markt

Soweit ich mich erinnern kann, wollten wir in die Schorre, weil dort ein Konzert war.

Es hatte sich rumgesprochen, daß am 7. auf dem Markt irgendwas los ist. Das wollten wir noch vor dem Konzert mitmachen, dann zum Konzert gehen und Party machen.

Wir sind dann mit ein paar Kumpels runter und da stand vor dem Roten Turm ein ganz kleines Grüppchen. Wir haben uns dazugestellt und irgendwann kam dann aus der Kirche eine Menschenmenge.

Das war so ein kunterbuntes Gemisch von Leuten. Langhaarige, Oppositionelle – oder was weiß ich wie man die nennt – ein paar Betrunkene waren auch darunter,

die haben dann angefangen ein paar Trinklieder zu singen. Es war eine schöne Mischung. Mich hat das nicht gestört, ob die Demonstration politisch korrekt gewesen ist oder nicht. Ich fand's einfach lustig.

Dann waren da noch ein Mann und eine Frau, die sagten, wir sollen uns formieren und irgendwie so eine Demonstration machen. Wir waren aber bloß so wenig und da hab ich mir gesagt, was soll das, da werden wir nur in irgendeine Seitenstraße abgedrängt – auf dem Markt hat man wenigstens noch so ein bißchen Schutz durch die Leute und noch eine Chance wegzufitzen. Außerdem sind hier ein Haufen Leute, die das sehen. Da können sie nicht so prügeln.

Und dann fing das an mit den Rufen. Die einen haben gerufen "Wir wollen raus!" und die anderen "Wir bleiben hier!", "Gorbi, Gorbi" und "NEUESFORUM".

Dann ist die Polizei gekommen, hat zweimal was durchgesagt, da hat sich aber so keiner drum gekümmert.

Die "Zuführung"

Ja, dann wollte ich irgendwann gehen, aber da wollten sie ein Mädchen verhaften, was geweint und schon ziemlich hysterisch rumgeschrien hat. Da haben wir dann mit denen diskutiert, warum sie die nicht laufen lassen und haben so ein bißchen an dem Mädchen gezogen – das ging immer so hin und her. Dann hat mich einer in Zivil aufgefordert, ich sollte gehen, aber ich war da schon ein bißchen in Rage und hab mir nichts sagen lassen. Dann haben sie gesagt, wenn ich jetzt nicht aufhöre, würden sie mich auch mitnehmen und dann haben sie an mir gezogen und mein Kumpel hat versucht, mich wegzuziehen. Ich habe gesagt, sie sollen mich loslassen und dann haben sie mich auf den Polizei-LKW geworfen, der schon da stand.

Dann sind wir aus der Stadt rausgefahren und konnten natürlich nicht sehen wohin, nur wenn die Plane so wegging konnte ich sehen, daß wir schon so ein bißchen außerhalb waren, irgendwo in Reideburg.

Die Garage

Dann haben sie uns abgeladen. Wir mußten uns in eine Garage stellen mit dem Gesicht zur Wand, durften nicht reden und mußten Abstand zueinander halten. Es gab nichts zu trinken, nichts zu essen und wir durften nicht auf die Toiletten gehen. Die sind mit Hunden und Maschinengewehren davor auf und ab gelaufen, es sah schon sehr militärisch aus.

Dann haben sich ein paar Leute aufgeregt, die mußten dann draußen in Fliegerstellung stehen – mit ausgebreiteten Armen und Beinen und Gesicht zur Wand. Dann waren Leute dabei, die offenbar verletzt waren, die wurden nicht versorgt.

Aber als dann ein Polizist weg war, der besonders scharf war, haben sich alle rumgedreht. Da ist dann so ein bißchen Protest aufgekommen. Einer wollte eine Schmerztablette haben, der hatte eine Verletzung am Wangenknochen, ein anderer hatte eine Knieverletzung. Da wurde dann gerufen, gebt denen eine Tablette, aber dann kam der scharfe Polizist zurück und wir mußten uns wieder rumstellen.

Bei den einfachen Polizisten, da war einer drunter, der wenigstens gesagt hat, wo wir sind.

Zwischen den Leuten herrschte so ein kleines Mißtrauen. Man hat sich zwar mal so ein paar Worte gesagt, aber auch nicht groß – warum bist du hier, was hast du gemacht. Die Leute waren ja auch ganz unterschiedlich: ein, zwei Betrunkene, die sie da vom Markt weggekascht haben und ein paar Oppositionelle oder was weiß ich, wie man sie bezeichnen möchte.

Dann wurden die einzelnen Leute zum Verhör geschafft. Ich kam gegen 2 Uhr dran, bis etwa 4:20. Ein Kripomann hat mich verhört.

Da habe ich meine Geschichte runtergespult und der Kripomann hat gesagt, es ist alles okay, das ist geregelt.

Dann kam noch ein anderer dazu und es kam mir so vor, als ob der mehr zu sagen hatte. Der war auch im Ton wesentlich schärfer und der hat gesagt: Jetzt geht's anders rum.

Da hat der von der Kripo auch nichts mehr gesagt.

Das Protokoll, das ich bei der Kripo gemacht habe, wurde ignoriert, sie haben gesagt: Da haben sie aber schöne Geschichten aufgetischt.

Dann mußte ich mich zurück in die Garage stellen.

Wir haben nicht geschlafen, nicht gegessen, nichts zu trinken kriegt.

Roter Ochse

Am nächsten Tag, um Mittag rum, wurde der Ton viel schärfer.

Dann sind wir mit 7 oder 8 Mann losgefahren. Es hieß, daß irgendwelche Leute am Thälmannplatz rausgelassen werden. Wir sind aber eine andere Strecke gefahren und am Roten Ochsen rausgekommen. Da mußten wir uns dann mit Fliegerstellung, Gesicht zur Wand, hinstellen und durften überhaupt nicht mehr reden.

Im Roten Ochsen wurden wir einzeln zum Verhör vorgeführt.

Da mußte man sich auf einen Stuhl setzen, das ist mir noch so in Erinnerung, da mußte man sich so richtig ordentlich grade hinsetzen.

Da habe ich mich erstmal beschwert, ich habe Durst und Hunger, dann begann so langsam die Befragung. Ich habe was zu essen und zu trinken bekommen. Das hat sich dann alles hingezogen, mit Rechtsanwalt und so war nichts, man war denen ausgeliefert, das haben sie einen auch spüren lassen – wir können auch anders.

Es war auch immer eine Androhung von körperlicher Gewalt.

Irgendwann ist auch mal ein Zweiter dazugekommen, manchmal war ich auch alleine mit Einem. Das muß irgendwo im Keller gewesen sein.

Ich weiß nicht, ob ich erst in diese Asservatenkammer mußte und meine Sachen abgeben und neue Sachen bekommen habe, aber ich glaube da noch nicht.

Dann war da so was wie eine Tauglichkeitsuntersuchung, Fingerabdrücke, auch Geruchsproben, so ein Mulltuch unter den Arm.

Verhöre

Die Verhöre waren zermürend, immer wieder dasselbe, von vorne nach hinten, irgendwann hat man einfach nur noch abgeschaltet und hat gesagt: ja, schreib's auf, macht euern Mist, ich will meine Ruhe haben.

Es waren auch Verhöre kurz vor dem Essen, man hat das Essen bekommen und mußte stattdessen zum Verhör.

Ich sollte sagen, was wir gerufen haben und Leute benennen, die gerufen haben sollen.

Dann haben sie mir ein paar Leute beschrieben. Ich habe gesagt, kenne ich nicht. Dann habe ich meine zwei andern Kumpels erwähnt, die haben auch irgendwas gerufen, aber was, wußte ich nicht. Dann haben sie gesagt: Na dann erinnern Sie sich doch einfach mal, und sagen Sie einfach mal ein paar Sachen. Also so, daß ich die praktisch damit belaste.

Man sollte ja immer im ungewissen gehalten werden, es hieß ja immer, ja ihre Freunde haben schon gegen sie ausgesagt, man hat aber nie was gesehen, daß die was gesagt haben.

Sie wollten wissen, woher ich das wußte, daß da was am Markt ist, mit wem ich da war. Sie haben mich komischerweise nicht nach dem gefragt, der mich wegziehen wollte. Das waren meine engsten Freunde, die heute noch meine Freunde sind. Die waren nicht im Roten Ochsen. Sie sind in der Straßenbahn geflüchtet.

Ich glaube ich mußte dann auch eine Entschuldigung für meine Tat schreiben, daß ich jetzt wieder ein nützliches Mitglied der sozialistischen Gesellschaft bin.

Ich hatte das Gefühl, daß ständig ein Tonband lief.

Es wurden Protokolle gemacht. Das sind so vorformulierte Sachen, also, ich würde mich nie so ausdrücken. Ich hab gefragt, warum man das so schreiben muß und warum ich nicht meine eigenen Worte verwenden konnte um das darzustellen, warum ich diese vorformulierten Sachen reinnehmen muß.

Sie haben gesagt, das muß man so schreiben für den Richter, es ist besser für Sie, lassen Sie uns das mal machen, wir tun das schon so für sie.

Irgendwo hat man nur noch diese Machtlosigkeit gesehen, der wird das eh so schreiben, wie er das will, also kann man nur versuchen das abzuschwächen, was er da aufschreibt, aber man hatte das Gefühl, daß alles schon feststand.

“Wir können auch anders” und immer dieses Einschleichen: Wir können ja auch was für sie machen, aber sie müssen mitmachen, ansonsten können wir das auch anders rundrehen, dann gibt’s eben auch Haue, und hier drinnen sieht sie ja keiner. Wie so ein rechtsfreier Raum, so haben sie sich auch gebärdet und aufgeführt.

Man mußte auch so viele Sachen unterschreiben, ich verpflichte mich da zur Verschwiegenheit, da äußere ich mich nicht. Als ich rausgekommen bin, mußte ich auch noch was unterschreiben, daß ich mich verpflichte, über meine Haftzeit nicht zu reden und darüber, wie die Verhöre abgegangen sind.

Am Anfang hatte ich Angst. Dann ist so was wie ein Selbstschutz eingetreten. Ich war dann auch sehr provozierend und hatte einen großen Mund, auch wenn ich von den Verhören gekommen bin, mußte ich an was anderes denken, sonst macht man sich verrückt. Ich hatte Schiss, Angst vor körperlicher Gewalt, vor allem vor der psychischen Gewalt, die da abgelaufen ist. Ich war eigentlich neben mir, habe alles verdrängt, habe versucht, mich freizumachen, meine Gedanken, meine kleine Welt aufzubauen, meine kleine Freiheit, die man mir da gelassen hat.

Nachdem ich dann herausgekommen bin, habe ich erstmal alles verdrängt, vollkommen. Ich habe 1, 2 Jahre gar nicht dran gedacht.

Einzelhaft

Am Montag wurde ich aus der Zelle geholt und war dann in Einzelhaft.

Am Anfang habe ich mich beschwert, daß ich immer alleine war, dann als ich mit zwei anderen zusammen war, habe ich mir gesagt, die stellen manchmal komische Fragen, dann wollte ich wieder alleine sein.

Ich hatte eine Stunde Hofgang in einem Tigerkäfig, wo sie oben bewaffnet rumgelaufen sind. Das habe ich aber irgendwann nicht mehr wahrgenommen, weil ich zu müde war. Ich habe meistens nur geschlafen.

Zu Anfang hatte ich noch verschärfte Haftbedingungen. Da durfte man sich nicht aufs Bett legen, da mußte ich immer auf einem Hocker sitzen. Es war eine Dreimannzelle, die anderen Betten waren leer. Ich war mal kurz in einer engen Einmannzelle, da mußte ich zum Arzt.

Immer nur Nummer zu sein, das hat mich angekotzt, man ist nicht mit Namen angesprochen worden, man mußte sich auch mit Nummer melden, am Anfang haben sie gesagt, welche Nummer man ist und man soll sich bitte schön dranhalten, was anderes wollen sie nicht hören.

Man hat ja da auch nichts mitgekriegt. Einmal habe ich meinen Kumpel gehört, der muß beim Arzt gewesen sein, als ich in einer Einzelzelle war, da hab ich ihn mal kurz sprechen hören, ansonsten hat man ja da nichts gehört, man durfte nicht klopfen, da haben sie immer gefragt, wer klopft da und aus welcher Zelle und was wollten die sagen?

Na, ich war das erste mal drin, woher soll ich denn wissen, was da geklopft wird. Irgendwann hat man auch mitgeklopft.

Nach dem Alphabet habe ich mir gedacht, man klopft halt nach den Buchstaben, man wußte ja nicht, ob das stimmt.

In den Büchern, die man ausleihen konnte, waren auf bestimmten Seiten mit dem Fingernagel, Buchstaben, -gruppen, Wörter unterstrichen.

Mir ist dann aufgefallen, daß da irgendwas ablaufen mußte. Hinterher habe ich mich mit Leuten die Knasterfahrung hatten, unterhalten, die haben das auch gesagt, na klopfen und in den Büchern unterstreichen – so lief Zellenkommunikation.

Und ständig Drohungen, die Schließer gingen immer noch, die, die Verhöre geleitet haben, die waren schon echt heftig.

Die haben auch keine Namen gesagt, man wußte ja nicht, mit wem man es zu tun hatte. Die haben sich auch untereinander nicht mit Namen angesprochen, auch die Leute, die sich auf der Treppe getroffen haben.

Das Urteil

Ich hatte die Hoffnung aufgegeben, daß ich in die Freiheit komme. Ich habe dann gesagt, wenn, dann will ich einen ordentlichen Prozeß haben und einen Rechtsanwalt, wo ich mich dann auch frei vor Gericht äußern kann, nicht immer diese vorgeschriebenen Protokolle.

Sie haben gesagt, je kooperativer Sie sind, umso weniger bekommen Sie.

Sie haben zu mir auch gesagt: wenn sie sich einen RA nehmen und vor Gericht kommen, wird's mehr. Wir haben schon das Minimalste für Sie rausgeholt. Da habe ich mir gesagt, daß muß ich in Kauf nehmen und ich hätte dann auch einen Ausreisantrag gestellt.

Dann habe ich irgendwann mein Urteil bekommen.

Ich war eine Woche drin und habe 8 Wochen Gefängnis bekommen. Das wurde dann zur Bewährung ausgesetzt.

Es gab keine Verhandlung und nichts Schriftliches. Sie haben mir gesagt, daß ich wegen Rowdytum verurteilt bin.

Jetzt habe ich das Urteil in den Akten gefunden:

Tatbestand war: §215 Abs 1 Strafgesetzbuch, §65 und 66 Strafgesetzbuch, unterschrieben von Wahn, Oberstleutnant, Schmitt, Generalmajor und Stänker, Oberstleutnant, untersucht hat mich Obermedizinalrat Dr.med. Herrmann, 8 Wochen verurteilt und auf Bewährung 2 Jahre, der Vorsitzende war Neugebauer

Die Familie

Da waren 2 Mann bei meiner Mutter. Wir waren am nächsten Tag bei der Oma zum Essen verabredet. Ich weiß nicht, ob sie es da schon gewußt haben.

Meine Mutter mußte auch zur Vernehmung. Sie hat mir geschrieben, daß sie mich unterstützt und daß ich machen kann was ich will.

Meine Mutter stand unter Psychopharmaka. Sie war fix und fertig. Wir haben uns mal drüber unterhalten, ich habe gesagt, daß ich in den

Westen ausgereist wäre, drüben haben wir einen Haufen Verwandte und sie hat gesagt, sie wäre irgendwann in der Klapper gelandet.

Mein Bruder war zu der Zeit bei der Armee. Er hat mir mal erzählt, die hätten sich auch geweigert, sie wären nicht ausgerückt.

Die Freiheit

Als ich wieder raus war, habe ich ein bißchen triumphiert.

Ich habe meine Mutter auf der Arbeit angerufen, habe gesagt, daß ich draußen bin und daß ich abends in die Disko will.

Dann bin ich zur Mahnwache gegangen und habe dort meine Aussage gemacht. Ich weiß nicht, ob mein Name dort schon stand. Auf der Arbeit wußten sie es nicht.

Auf die Mahnwache bin ich aufmerksam geworden, weil der, der mich entlassen hat, gesagt hat: Halten Sie sich von der Georgenkirche fern !

Draußen hatte sich die Situation verändert. Es war freier.

Die Leute waren entschlossener, daß was passieren mußte. Als ich in der Georgenkirche war, haben sich alle ziemlich frei bewegt. Ich hatte den Eindruck, die Leute sind mutiger geworden, daß mehr der Zusammenhalt der Leute da war.

In der Garage kannten wir uns alle nicht. Jeder hatte ein Mißtrauen - wir mußten ja noch zum Verhör.

Wir sind dann montags immer nach Leipzig gefahren, um da weiter zu demonstrieren, da waren immer mehr Leute. Da waren die Leute viel entschlossener. Später sind wir auch in Halle mitgelaufen, das ging aber erst später los.

(aus einem Gespräch vom 28.Juni 1999,
aufgeschrieben von Heidi Bohley)



Dokumente zum Protokoll

- I Zuführung vom 7.10.1989
- II Befragungsprotokoll vom 8.10.1989
- III Festnahmeanordnung vom 8.10.1989
- IV Effektenaufstellung vom 8.10.1989
- V Haftbefehl vom 9.10.1989
- VI Strafbefehl vom 9.10.1989
- VII Urteil vom 13.10.1989
- VIII Entlassungsverfügung vom 13.10.1989
- IX Anzeige Hopfgarten vom 20.11.1989

BStU
000136

KKerl 1 Stat 2 LF 3 4 5 6 7

Meldende DE _____ Meldung aufgenommen am _____
durch _____

1. Name Hopfgarten Vorname Björn
2. PKZ 050572415762 Geb.-Ort Walle/Seale
- 3.1 Hauptwohnung 407a Walle, Paul--Suhr-Str. 31
- 3.2 Nebenwohnung keine
4. Staatsangeh. DDR BRD WB andere Staaten _____
5. Beruf/letzte Tätigkeit ohne Beschäftigung seit Student Arhättahygiene
- 5.2 Arbeitsstelle Medizinische Fachschule Kötten
6. Schulabschl. 10. Kl. 7. Fam.-St.

led.	verh.	gesch.	verw.
------	-------	--------	-------

 Anzahl der Kinder keine
8. Parteien/Org. DTSB, PDJ, GST, DSP Funktionen keine
9. Vorstrafen/laufende EV (auch Ordnungsstrafen, Verurteilungen) (Jahr, Delikt, Strafausspruch) _____
10. Ergebnis Speicherüberprüfung _____
- 11.* Besonderheiten zur Personenzugeführt

KOPIE BStU

1	Entlassung Staatsbürg _____ (Jahr)	6	Delegierter/Teilnehmer
2	Ungesetzl. Verlassen DDR _____ (Jahr)	7	Ordnungskraft
3	Übersiedlungersuchen seit _____	8	Mitarbeiter mat.-org. Sicherstellung
4	<u>provokierend überheblich</u>	9	
5		10	

12 Eltern (Vater) [redacted] PH Kröllitz wiss. Mitarbeiter
(Mutter) [redacted] wiss. Mitarbeiterin Perirksakademie
Name, Vorname _____ Tätigk., Arbeitsstelle, Parteizugehörigkeit _____

- 13 Zuführung am 07.10.89 Uhrzeit _____ durch _____
- 14 Sachverhaltsprüfung durch _____
- 15 Ereignistag am _____ Uhrzeit _____
- 16 Ereignisort/-objekt _____
- 17.* Alkoholeinwirkung zur Tatzeit stark leicht

* Zutreffendes ankreuzen
Form 55c

Zuführung vom 7.10.1989

Zuführungsgründe/Sachverhalt

Ansammlung Marktplatz

BStU

000137

KOPIE BStU

19. Name von Mittätern/Beweismittel/Bemerkungen

Entscheidungen

20.1* EV eingeleitet am _____ durch _____ mH oH

20.2 Rechtsgrundlage §§ _____

21.* 1 Urteil §§ _____ durch wen _____

Strafausepruch

- 2 Einstellung des EV _____
- 3 Ordnungsstrafe (Art und Höhe) _____
- 4 Erziehungsmaßnahme (welche) _____
- 5 sonstige Maßnahme (welche) _____
- 6 Ausweisung/Rückführung von Ausländern am _____ nach _____
- 7 keine Maßnahme (Grund) _____

* Zurechnendes ankreuzen

Halle, den 8.10.1989

Beginn: 2.00 Uhr

Ende: 4.20 Uhr

Befragungsprotokoll

BStU

000139

des Rikun Hopfgarten
geb. 5.5.1972 in Halle/S.
w. Halle, Paul-Suhr-Str. 31
besch. Medizinische Fachschule Ktthen
Student Arbeitshygiene

Frage: Sie haben am 7.10.1989 gegen 19.00 Uhr in Bereich des Marktes Halle an einer Zusammenkunft teilgenommen. Woher hatten Sie davon Kenntnis?

Antwort: Ich hatte von keiner Zusammenkunft am 7.10.89 auf dem Markt in Halle Kenntnis.
Ich war am 7.10.1989 gegen 18.00 Uhr am Jugendklubhaus in der Ph.-Müller-Straße in Halle, weil das Fanz sein sollte.
Um diese Zeit war dort aber noch nichts los und so bin ich zum Markt gelaufen. Ich dachte, daß ich dort Kumpels treffe und wir dann gemeinsam wieder ins Klubhaus gehen, wie wir das normalerweise immer machen.
Ich habe nicht auf die Uhr gesehen und es kann gegen 18.30 Uhr gewesen sein, als ich auf dem Obermarkt ankam.
Ich saß dort etwas und unterhielt mich noch mit 2 Kumpels.
Dann schlenkerte ich allein in Richtung der Marktkirche, weil dort immer mehr Menschen standen.
Sie standen davor und daneben.
Es kamen dann noch Menschen aus der Kirche dazu, die riefen "wir wollen raus". Die Menschen zogen dann zum Roten Turm und das Gelände davor.
Da es regnete, stellte ich mich am Roten Turm unter.
Unter den Menschen war auch eine Gruppe von Assis, die begannen herumzugröhlen. Sie schrien "Stasi raus", "Bullen raus", "wir bleiben hier" und "neues Forum". Sie waren betrunken.
Ich kann nicht sagen, ob die Gruppe Assis schon an der Kirche dabei waren.
Es wurde vielleicht 10 Minuten gerufen, bis die Polizei kam.
Die größte Zeit war aber Ruhe und es wurden auch Sautlieder gesungen.
Unter dem Roten Turm hatte ich einen Kumpel getroffen, den ich nicht namentlich kenne.
Alle Menschen, die unter dem Roten Turm waren und davor wurden dann durch die VP aufgefordert, den Bereich zu verlassen. Das geschah mehrfach, ich habe es 2 Mal gehört.
Nach der 2. Aufforderung bin ich mit etwas Verspögerung in Richtung Straßenbahnhaltestelle der Linie 3 gelaufen.
Ich hatte dann noch einen kleinen Disput mit Polizisten zusammen mit anderen Leuten, die ein weinendes Mädchen mitnehmen wollten und sagte zu den Polizisten, daß man keine friedlichen Leute mitnehmen soll. Dann wurde ich auch mitgenommen.

Frage: Welche Handlungen führten Sie in der Ansammlung durch?

Hopfgarten

Befragungsprotokoll vom 8.10.1989

BStU
000170

Antwort: Ich habe mich nicht an den Rufen beteiligt, ich stand weiter weg als zwischen den Menschen, da es regnete und weil es mich außerdem interessierte, was die Leute dort machen und rufen.

Frage: Kennen Sie Personen, die sich an den Rufen beteiligten?

Antwort: Nein, davon kenne ich niemand.

Frage: Sind Ihnen andere Personen aus dieser Ansammlung bekannt?

Antwort: Ich habe dann, als ich unter dem Turm stand, dort ein paar Bekannte gesehen. Es handelt sich um den ~~_____~~ und ~~_____~~. Die wurden auch alle durch die Polizei mitgenommen. Ich kann nicht sagen, ob die sich an den Rufen beteiligt haben.

Frage: Warum leisteten Sie keine Aufforderung durch die VP, den Bereich der Ansammlung zu verlassen, nicht Folge?

Antwort: Ich bin erst ~~_____~~ gegangen, weil mich interessierte, was da los ist.

Frage: Dem Untereziehungsorgan wurde bekannt, daß Sie sich an Handlungen von ~~_____~~ in der Ansammlung auf dem Markt in Halle am 7.10.1969 beteiligten. Außern Sie sich dazu!

Antwort: Es ist richtig, daß ich mich an Handlungen dieser Personen beteiligte.

Als ich mit unter dem Roten Turm stand, hatten etwa 10 - 15 Personen gerufen "Stasi raus", "Ballen raus" und "wir wollen raus". Ich weiß nicht genau, ob das nur durch die angetrunkene Personen-Gruppe, die Assis, gerufen wurde. Die riefen auf jeden Fall am lautesten. Man konnte das auch sehr schlecht sehen, da die Leute unter dem Turm dichtgedrängt standen. Als dann gerufen wurde "wir bleiben hier", habe ich das einmal mitgerufen. Ich stand dabei mit bei der Gruppe, die das rief. Ich habe vielleicht 5 - 6 Mal hintereinander gerufen. Das habe ich gemacht, weil ich für Stimmung machen bin. Ich meine Witze machen und lachen. Außerdem habe ich das gemacht, weil ich meine, daß man bei uns nur etwas verändern kann, wenn man im Land bleibt. Mir gefällt einiges an den Verhältnissen bei uns nicht und deshalb muß man etwas verändern. Ich meine damit die Bevormundung, manche Menschen 2 Meinungen haben, das Herumgelüge in den "situngen, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Versorgungslage.

Ich möchte meine Aussagen in einem Punkt noch berichtigen.

Meine bereits genannten Kumpels ~~_____~~ und ~~_____~~

~~_____~~ haben sich auch an den Rufen unter dem Roten Turm beteiligt. Ich konnte sie schlecht sehen und sie standen mitten unter den Leuten, die riefen.

Ich habe zwar immer mal gesehen, daß sie auch riefen, kann aber zu den einzelnen nicht sagen, an welchen Rufen im einzelnen sie sich beteiligt haben.

Andere Personen, die gerufen haben, kenne ich nicht und kann sie auch nicht beschreiben.

b.w. !

Ich habe das Protokoll meiner Vernehmung gelesen. Es entspricht
meinen Aussagen.

2;
Oltm.d. K

Hopfgarten
.....
Björn Hopfgarten

KOPIE BSTU

BStU
000141

Bezirksverwaltung für
Staatsicherheit Halle
Untersuchungsabteilung

Halle, 8.10.89

RS 1
009024

Festnahmeanordnung

Gemäß § 122 Abs. 2 StPO wird ab 8.10.89
UM 16.05 Uhr die

vorläufige Festnahme

der/des HOPFORTEK, Zjörn
geb. am 05.05.1972 in Halle
Stadtpark Paul-Suder-Str. 31

wegen dringenden Verdachts

des Forderungswahrschaffens
gemäß §§ 215 R6s 1516B

angordnet, da gemäß § 122 (1) 3, 123
StPO die Voraussetzungen eines Haftbefehls
vorliegen und Gefahr im Verzuge ist

Leiter der Abt.

Stenker
Oberstleutnant

KOPIE BStU

Festnahmeanordnung vom 8.10.1989

Kalle 9.10.1979

Protokoll

Über Maßnahmen gemäß Haftfürsorgeverordnung

1009
070025

I. Der Beschuldigte

HOPFGARTEN, Jörn 05.05.1972 Kalle
Name, Vorname geb. am

erklärt:

Ich wurde am 8.10.1979

- darüber befragt, ob und welche Fürsorge- und Schutzmaßnahmen notwendig sind,
- über meine Rechte und Pflichten gemäß § 1 Haftfürsorgeverordnung vom 08. November 1979 (HFVO) belehrt und
- mit mir wurden die weiteren zu ergreifenden Maßnahmen besprochen.

Ich halte die unten nachfolgend genannten * Fürsorge- und Schutzmaßnahmen für erforderlich:

1. Maßnahmen zur Fürsorge für minderjährige oder pflegebedürftige Personen (§§ 4, 5 HFVO)

erhält

2. Maßnahmen zum Schutz der Wohnung (§ 6 HFVO)

erhält

3. Maßnahmen zum Schutz des Vermögens (§§ 6, 7 HFVO)

erhält

Björn Kersting
Unterschrift des Beschuldigten

* Nichtzutreffendes streichen

25 *72*

VPKA Halle
Kriminalpolizei

Halle, d. 10.89

BSU
000138

Effektenaufstellung des Hopfgarten, Björn
Geb. 05.05.72 in Halle
Woh. Paul-Suhr-Str. 31, Halle

1. PA J 1876504
2. Postholerausweis 3782-4 -761505
3. eine Armbanduhr Montine
4. ein Schlüsselbund mit zwei Schlüsseln und Anhänger.
5. ein Halstuch weiß mit blauen Punkten
6. ein Betriebsausweis V.N. c 00781
7. ein Studentenausweis der Medizinischen Hochschule Karl-Marx
8. Bargeld 22,11 M
9. ein Brustbeutel mit Tierrauten
10. ein brauner Gürtel

KOPIE BSU

Björn Hopfgarten

Übergeben:

Übernommen: _____

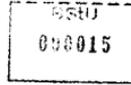
Effektenaufstellung vom 8.10.1989

BSU
000013

Effektenaufstellung

Von dem Beschuldigten Hopfsarten, Björn geb. am 5.5.1972 wurden
bei seiner Einlieferung in die Untersuchungshaftanstalt folgende Effekten in Verwahrung genommen:

Lfd. Nr.	* Genaue Beschreibung der Gegenstände und Bekleidung
1.	1 Anorack grün
2.	1 Stoffhose braun grau gemustert
3.	1 Pullover blau defekt
4.	1 Pullover beige defekt
5.	1 T-Shirt blau
6.	1 Paar Socken
7.	1 Unterhose kurz
8.	2 Taschentücher
9.	1 Tuch blau
10.	1 Gürtel
11.	1 Brustbeutel
12.	1 Paar Arbeitsschuhe schwarz
13.	2 Schlüssel am Ring mit Kette und Anhänger
14.	1 PA der LDR Nr.: J 1876306
15.	1 Postabholerausweis Kto. Nr.: 3782-47-761505
16.	1 Studentenausweis
17.	1 Betriebsausweis
18.	2 Einzahlungsbelege



Untersuchungshaftanstalt Helle

Halle, 9.10. 1989

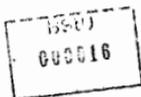
Wertsachenaufstellung

Dem Beschuldigten Hopfgarten, Björn geb. am 0.6.1972 wurden bei seiner Einlieferung in die Untersuchungshaftanstalt folgende Wertsachen und Geldmittel in Verwahrung genommen:

Lfd. Nr.	Genauere Beschreibung der Sache
1.	1 Quarzuhr weißes Metall MORETIME mit weißen Metallarmband
2.	1 Scheinbetrag von 22,11 Mark
4.	Diese Aufstellung endet mit der Position 2.

Lfd. Nr.

Genoue Bezeichnung der Sache

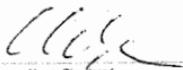


KOPIE BSTU

Die Richtigkeit des Verzeichnisses erkenne ich an.

Die unter Position 1-2 aufgeführten Sachen sind - ~~nicht~~ - mein Eigentum.

Abgenommen durch:


Name, Dienstgrad


Unterschrift des Beschlüssigten

Name, Dienstgrad

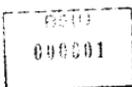
* Nichtzutreffendes streichen

Das Kreis gericht der Stadt Halle/S.

Aktenzeichen: RS 282/89
(Die Angaben sind anzuführen)

Halle, den 9. 10. 1989
Fernruf

Haftbefehl



Der Student Björn HOPFGARTEN, geb. am 5. 5. 1972, wh.: Halle,
Paul-Suhr-Str. 31

ist in Untersuchungshaft zu nehmen.

Er wird beschuldigt, als Jugendlicher mit Schuldfähigkeit handelnd, die staatliche Ordnung der DDR durch Rowdytum angetrffen zu haben, in dem er sich in den Abendstunden des 7.10.89 auf dem Marktplatz in Halle an einer Zusammenrottung von Personen beteiligte, die aus Missachtung der öffentlichen Ordnung grobe Beleidigungen beging und im Rahmen dieser Zusammenrottung mehrfach die gegen die staatliche Ordnung gerichteten Losungen "Stasi raus" und "Bullen raus" rief.

KOPIE BStU

Vergehen ~~Verbrechen~~ gem. § 215 Abs. 1 StGB

Er/Sie ist dieser Straftat dringend verdächtig.

Die Anordnung der Untersuchungshaft ist gemäß § 122, Abs. 1 Ziff. 4 StPO

gesetzlich begründet, weil

die Tat, die den Gegenstand des Verfahrens bildet mit Haftstrafe bedroht und im konkreten Fall eine Strafe mit Freiheitsentzug zu erwarten ist.

Aufgrund des Charakters und der Schwere der Tat ist die Anordnung der Untersuchungshaft zur Durchführung des Verfahrens unabweisbar.

Wulz
.....
Richter

Gegen diesen Haftbefehl ist das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig (§ 127 StPO).

Sie ist binnen einer Woche nach Verkündung des Haftbefehls bei dem unterzeichneten Gericht zu Protokoll der Rechtsantragstelle oder schriftlich durch den Beschäftigten oder einen in der DDR zugelassenen Rechtsanwalt einzulegen (§§ 305, 306 StPO).



220 16 Haftbefehl - §§ 124, 127 StPO Vordruckverlag Demos Osterwack Ag 305/89 604 250.0

Haftbefehl vom 9.10.1989

010002

Der Haftbefehl des Kreisgerichts der Stadt Halle/S.
vom 9. 10. 1989 wurde am 9. 10. 1989 um Uhr
verkündet. Auf das Rechtsmittel der Haftbeschwerde
wurde hingewiesen.

b. l. o.
.....
Richter

Strafbefehl

In der Strafsache

gegen den Student Björn HOPFGARTEN
PKZ: 050572 4 15762; w/h.: Halle, Paul-Suhr-Str. 31

bstj
000003

beschuldigt Sie der Bezirke Staatsanwalt

als Jugendlicher mit Schuldfähigkeit handelnd, die staatliche Ordnung der DDR durch Rowdytum angegriffen zu haben. Sie haben sich in den Abendstunden des 7. 10. 1989 auf dem Marktplatz in Halle an einer Zusammenrottung von Personen beteiligt, die aus Mißachtung der öffentlichen Ordnung grobe Belästigungen beging. Im Rahmen dieser Zusammenrottung haben Sie mehrmals die gegen die staatliche Ordnung gerichteten Losungen "Staat raus", "Bullen raus" und wiederholten diese nach Ihren Aussagen 5 bis 6 Mal.

Vergehen gemäß 215 Abs. 1, 65, 66 StGB

Beweislast

Ihre Aussagen vor dem Untersuchungsorgan vom 3. 10. 1989

Auf Antrag des Kreis Staatsanwalts wird gegen Sie wegen der obigen Beschuldigung eine

~~XXXXX~~ von acht (8) Wochen festgesetzt.

Weiterhin werden Sie verpflichtet, an

Schadenersatz zu leisten.
Zugleich werden Ihnen die Auslagen des Verfahrens auferlegt.

Strafbefehl vom 9.10.1989

HSDJ
000004

Dieser Strafbefehl wird rechtskräftig, wenn Sie nicht binnen einer Woche nach Zustellung bei dem unterzeichneten Gericht zu Protokoll der Rechtsantragstelle oder schriftlich selbst oder durch einen in der DDR zugelassenen Rechtsanwalt Einspruch erheben.

Die Geldstrafe ist binnen einer Woche nach Eintritt der Rechtskraft auf das unten angegebene Konto zu zahlen, andernfalls werden gegen Sie Vollstreckungsmaßnahmen eingeleitet.

Im Falle der Nichtzahlung kann das Gericht gemäß § 36 Abs. 3 des Strafgesetzbuches die Umwandlung einer Geldstrafe in eine Freiheitsstrafe anordnen.

Bei der Einzahlung ist das Aktenzeichen anzugeben.

Konto:

KOPIE BSTU

Halle, den 9. 10. 89
Das Urteil gericht der
Hoch Wahl
Prof Gamm -
G. Gessel
- Richter -

Ausgefertigt:



den
Sekretär

An Björn Hopfgarten
UHA Halle, Am Kirchtor 20 a

Kreisgericht der Stadt Halle
- Strafkammer -

Halle, den 13.10.1989

S 745/89

221-178-89

BSHJ
000027

B e s c h l u ß

In der Strafsache

g e g e n Björn Hopfgarten,
PKZ: 05 05 72 415 762,
wohn. Paul-Suhr-Str. 31, Halle, 4020
z.zt. UHA Halle, Am Kirchtor 20 a

w e g e n Rowdytums

wird dem Verurteilten nach § 45 Abs. 1 StGB aus dem Strafbefehl
des Kreisgerichts der Stadt Halle vom 9.10.1989 für die Restfrei-
heitsstrafe mit Wirkung vom

13. 10. 1989

Strafaussetzung auf Bewährung gewährt.

Die Bewährungszeit wird auf zwei Jahre festgesetzt.

G r ü n d e :

Vom Kreisgericht der Stadt Halle wurde der Verurteilte
wegen Rowdytums Verg. gem. § 215 Abs. 1, 65, 66 StGB
zu einer Haftstrafe von 8 Wochen verurteilt.
Aus der bisherigen Führung ist ersichtlich, daß der Strafzweck
erreicht wurde, so daß ihm in Übereinstimmung mit dem Antrag
des Staatsanwaltes, Strafaussetzung auf Bewährung zu gewähren
war.

gez. Heugebauer
Vorsitzender

Der Beschluß ist rechtskräftig.



Ausgefertigt
Halle, den 13.10.89
Justizsekretär

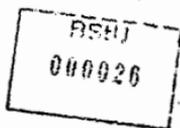
Urteil vom 13.10.1989

Das Kreis gericht
der Stadt Halle

Halle, den 13.10.89

Fernruf: 8670

Aktenzeichen: S 745/89
221-178-B9



An die
Untersuchungshafenanstalt/
Strafvollzugseinrichtung

Halle

Am Kirchtor 20a

Entlassungsverfügung N. U

008077

Auf Grund des obliegenden Beschlusses des

Kreis gericht der Stadt Halle

13.10.1989 ist Björn Hopfgarten

(Vor- und Familienname)

geboren am 5.5.1972 am 13.10.1989

zu entlassen.

KOPIE BSU




Vorsitzender

1 Anlage

Vordruck-Nr. 220 82 Entlassungsverfügung
Vordruckbetrieb Damos Osterwieck

Ag 305-DDR 88 (V.27-13) O

Entlassungsverfügung vom 13.10.1989

FSHJ
000023

15
Zelle, Nr. 13.10. 1983

Erklärung

Mit wende an heutigen Tag mitgeteilt, das das gegen mich erlassene Haftbefehl aufgehoben und das Ermittlungsverfahren ohne Haft weiterverfolgt ist wird. Mit wende mitgeteilt, das ich mich nach an heutigen Tage bei der St. Inmann zu melden habe. Am 14. 10. 1983 habe ich meine ~~FSHJ~~ Bildung voraussetzt. Ich werde mich bemühen mich entsprechend der angelegten und gerichtlichen ~~FSHJ~~ entsprechend zu verhalten. Ich werde demnach vorerst ~~FSHJ~~ auf gezielte Weise Verständigung mit-
teilen zu lassen.

Kyjan Hoffmann

BDVP Halle
Kriminalpolizei

6242/89 vom Halle
1106/17 BDVP

Halle
07.55 Uhr

20.11.89

BSU
000001

Björn

Hopfgarten

05.05.1972

g 1876504

Beleidigung

§§ 137, 139 StGB

4070 Halle, Paul Suhr Str. 31
XXXX 42043

keine

Student

Medizinische Fachschule, Kreis Krankenhaus
Köthen 2371/ 5952

25 und 31

07.10.89, 19.15 Uhr
bis 13.10.89, 12.30 Uhr

Erzochschule Halle und
und UHA des MfS Halle

unbekannte Angehörige
des MfS

Björn Hopfgarten

Siehe Anzeige-
erstatter

Ich wollte am 07.10.89 ins Jugend-
klubhaus Philipp Müller zur Ver-
anstaltung gehen. Dafür hatte ich
Karten. Als ich auf den Marktplatz
von Halle kam, sah ich, daß sich dort
eine Gruppe von ca 200- 300 Leuten
zu einer Demonstration zusammenge-
funden hatten. Da ich auch für Vere-
änderungen bin, habe ich mich dieser
Demonstration angeschlossen.
Gegen 19.30 Uhr wurde durch einen
Polizisten aufgefordert den Bereich
zu verlassen.

Hopfgarten

Anzeige Hopfgarten vom 20.11.1989

Ich ging daraufhin zur Garagentür und wurde von einem Polizisten empfangen. Ein anderer Polizist stand noch in der Nähe. Dieser sagte dann zu dem ersten, der im Tor stand "Jetzt sieh ihm eine über". Der erste Polizist hörte dies und ich auch.

Der Polizist der dies sagte hat mich nicht begleitet, nur der erste und dann kam noch ein Polizist von draußen. Es handelt sich hierbei bei allen drei Polizisten um Wachtmeister.

Als wir dann zur Toilette sind, handierte der eine Polizist, welcher anfangs im Tor stand immer mit dem Gummihüpfel. Er hat mich aber nicht geschlagen.

Ich hatte zu diesem Zeitpunkt große Angst, weil ich nicht wusste, was passieren würde. Ich hatte Angst, daß ich wirklich geschlagen werde. Der Polizist, welcher vor draußen zu meiner Begleitung dazu kam, hat sich völlig unbeteiligt gehalten.

Danach mußte ich wieder in der Garage stehen bis ich gegen 03.00 Uhr zum Verhör geholt wurde. Dies war gegen 03.00 Uhr am 08.10.69.

Diese Verhör verlief ruhig und sachlich. Ich konnte meinen Sachverhalt schildern und ein Protokoll unterschreiben. Danach mußte ich auf dem Gang warten. Nach einer Viertelstunde mußte ich erneut zum Verhör. Hier wurde ich unsanft auf einen Stuhl gesetzt, sodaß ich nach hinten gegen die Wand kippte über nicht umfiel.

Diesmal waren zwei Männer im Zimmer. Es war der Mann, welcher mich verhört hat und ein Sweiter. Gestoßen hat mich der Mann, der später dazukam. Es wurde nur ein Protokollausatz gemacht, da ich auch beim zweiten mal nichts weiter sagen konnte.

Ergänzend möchte ich noch sagen, daß mir der Sweit Herr sagte, daß ich mir genau überlegen sollte, was ich sage, sonst "

Auch dies habe ich als Drohung aufgefaßt.

Danach mußte ich wieder in die Garage, wo ich bis 12.30 Uhr stehen mußte. Danach wurde ich in die Untersuchungshaftanstalt am Kirchtur gebracht.

Vor dem Transport gab es durch einen Offizier der VF eine Drohung, in dem er sagte, "Auf dem Transport wir nicht gesprochen, sonst lernt ihr mich von einer anderen Seite kennen"

Am Kirchtur in der UHA mußten wir uns draußen hinstellen und wurden dann gleich zum Verhör gebracht. Dort bekam ich erstmals etwas zu essen und fragte, ob meine Eltern verständigt werden. Dort wurde mir gesagt, daß dies wohl bereits erfolge.

Ich möchte hier noch sagen, daß ich in der UHA unzureichend über mein Recht belehrt wurde bin. So erfuhr ich nicht, daß ich das Recht hatte innerhalb von 24 Stunden jemanden zu sprechen und meinen Eltern wurde

16061

0820
000004

es nicht erlaubt mich in der UHA zu besuchen.

Frage: Sind Sie während der Einführung, der Vernehmung oder in der UHA geschlagen wurden ?

Antwort: Nein, ich wurde nicht geschlagen. Ich fühlte mich aber durch die Äußerungen der Polizisten bedroht und hatte Angst.

Frage: Mit welcher Begründung wurden Sie in die UHA gebracht ?

Antwort: Am Sonntag habe ich nur erfahren, daß ich in Untersuchungshaft bin. Am Montag wurde mir dann der Haftbefehl vorgelesen. Er lief alles auf Rowdytum und Zusammenrottung hinaus. Gleichzeitig wurde mir mitgeteilt, daß ich eine Haftstrafe von 8 Wochen erhalten habe. Dies sollte ich unterschreiben, was ich jedoch nicht tat. Ich legte Beschwerde ein und habe dann einen Rechtsanwalt angeschrieben.

Ich möchte hier ergänzend noch sagen, daß ich verlange, daß alle Unterlagen, die über meine Person angelegt wurden in diesem Zusammenhang unbedingt vernichtet werden. Ich möchte mich auch gegen die Anschuldigungen verweigern, daß ich gegen den Staat und den Sozialismus bin. Ich bin nur auf die Strafe gegangen, weil ich Veränderungen wollte. Ich betrachte mich auf keinen Fall als Staatsfeind.

Ich weigere mich die Bedrohung durch die Polizisten in der Trappenschule und die unmenschlichen Haftbedingungen in der UHA an.

Frage: Was verstehen Sie unter den unmenschlichen Haftbedingungen ?

Antwort: Ich wurde in der UHA als Nummer behandelt.

Ich bin jedoch ein Mensch und keine Nummer. Weiterhin durfte ich keinen Besuch empfangen, obwohl ich das Recht dazu hatte.

Außerdem empand ich es als unmenschlich, daß ich so lange auf Antworten warten mußte. Dieses zermürbende Warten ist schlimm. Außerdem empfand ich die Zelle als herabwürdigend. Man hätte die Toilette wenigstens durch einen Vorhang von der Zelle trennen können.

Ich möchte hier noch ergänzend sagen, daß ein Mann, welcher mit mir angeführt wurde am 07.10.89 eine Verletzung am Knie hatte und nicht stehen konnte. Er mußte sich auf dem Knie kalten Boden in der Garage setzen und wurde erst viel später einem Arzt vorgestellt. Dies fand ich sehr unmenschlich. Den Mann kenne ich aber nicht.

Hopfgart

Blatt 5 der Anzeige HOPFGARTEN

BSU
000005

Weitere Angaben zum Sachverhalt kann ich nicht machen. Ich habe das Protokoll meiner Anzeige selbst gelesen. Der Inhalt entspricht den von mir gemachten Angaben und der Wahrheit.
geschlossen: 10.05 Uhr


Itn. der K

KOPIE BSU
M. Hopfgarten
BSU Hopfgarten

15. Oktober 1989 Paulus-Kirche

Während Angehörige der "Kampfgruppen der Arbeiterklasse" bereits nach den Ereignissen vom 7.-9.10.1989 ihre für die Herrschenden überraschenden Austrittserklärungen aus der bewaffneten Formation damit erklärten, daß sie nicht gewillt waren, gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt zu werden, bereitete sich die Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit in Halle auf eine neue "feindliche Provokation" vor. Noch am 12. Oktober 1989 war die "volle Dienstbereitschaft" auf unbestimmte Zeit verlängert worden.

Hauptgewicht in der Taktik der tschekistischen Zersetzungsstrategie bildete der Einsatz von "Zivilaufklärern" unter der Bevölkerung, die die Lage "unter Kontrolle" halten sollten. Die befürchtete Eskalation der Gewalt, die man ausgehend von den "Provokateuren und Aufrührern" vermutete, blieb aus. Hingegen plante das "Neue Forum", eine Freie Bürgerversammlung durchzuführen, die zugleich unter dem Motto der Gewaltlosigkeit stand.

Daß die am 15. Oktober 1989 in der Pauluskirche versammelten Menschen vom Prinzip der *Gewaltlosigkeit* - eine bestimmende Losung des Volksaufstandes während des Herbstes 1989 - nicht abgingen, bestätigt einer der sogenannten "Zivilaufklärer", der Inoffizielle Mitarbeiter (IM) des MfS, "Timur". In der Pauluskirche, wird in einem konspirativen Stasi-Treff mit IM "Timur" am 17.10.89 vermerkt, "wurde während der Veranstaltung [...] zur Disziplin und Gewaltlosigkeit aufgerufen." (Dokument 13)

Der Ruf nach Gewaltlosigkeit begleitete die Montagsdemonstrationen von Anfang an. In der Bürgerversammlung am 15.10.1989 in der Paulus-Kirche wurde das Prinzip eindrucksvoll bekräftigt. Folgt man IMS "Timur", war es gerade das friedliche, aber nicht weniger wirkungsvolle Aufbegehren der Bevölkerung, das zu einem immer größeren Zulauf von freien Bürgern führen sollte - ein Zulauf, der auf der Basis eines Bürgerprotestes gegen Willkür und Parteidiktatur, für einen (zunächst noch) besseren Sozialismus erfolgte.

Die Veranstaltung am 15. Oktober 1989 in der Paulus-Kirche wurde wesentlich durch Mundpropaganda popularisiert, darüber hinaus verteilten die Initiatoren auch Handzettel. Aushänge informierten die Bevölkerung. Die Etablierten der Macht, darunter Halles Oberbürgermeister und Repräsentanten der Stadt, erreichten Einladungen in die Paulus-Kirche. Die Staatsmacht unter Leitung der Abteilung Inneres beim Rat des Bezirkes Halle reagierte auf die von der Kirche mitverantwortete

Freie Bürgerversammlung mit Drohungen und Einschüchterungen und erklärte das Begehren schließlich für illegal. Herr Pöhnert, von der Abteilung Inneres, so der "Abschlußbericht", drohte sogar mit Strafverfolgung und Gewalt. Die SED-Pressestimme "Freiheit" berichtete verzerrt und in der ihr eigenen staatshörigen Weise von den Vorbereitungen zur Freien Bürgerversammlung in der Paulus-Kirche.

Am Nachmittag des 15. Oktober 1989 strömten ca. 1.000 "feindlich-negative Kräfte" in die Paulus-Kirche, notiert Generalmajor Schmidt, Chef der MfS-Bezirksverwaltung Halle, in einem Bericht über die Veranstaltung nach Berlin. (Dokument 14) Während der Veranstaltung wurde eine 6-Punkte umfassende Deklaration fast einstimmig (mit nur 1 Stimmenthaltung) mit großem Beifall angenommen, die von 15 unabhängigen Bürger/Innen der Stadt dem Oberbürgermeister Pratzsch überbracht werden sollte. Die eingeladenen Machträger waren (noch) nicht zu den Bürger/Innen in die Pauluskirche gekommen. Ebenfalls 15 von ihnen hatten sich zum ersten "Dialog" mit den 15 Bürgervertretern im Ratshof entschieden. Die auf den Tisch gelegte Deklaration zur Gewaltfreiheit in der Stadt wurde allerdings von ihnen nicht in die Hand genommen.

"Gewalt ist kein Mittel zur Lösung von gesellschaftlichen Konflikten", heißt es in der Deklaration. "Angesichts der Situation in unserer Stadt halten wir jetzt für das Wichtigste:

1. Selbstverpflichtung zur strikten Gewaltfreiheit.
2. Keine Gewalt der Sicherheitsorgane gegen Teilnehmer friedlicher Zusammenkünfte.
3. Keine Diffamierung und Kriminalisierung von reformengagierten Personen und Gruppen.
4. Offene und wahrheitsgetreue Berichterstattung in den Medien.
5. Versammlungs- und Redefreiheit.
6. Bereitstellung von Räumen und Plätzen zur öffentlichen Diskussion (z.B. in Klubhäusern, Jugendclubs und auf städtischen Freianlagen)."

Von einer Bürgerin, stellt Stasi-Offizier Schmidt weiter fest, wurde eine "sogenannte Karl-Marx-Städter Erklärung abgegeben." Die wesentlichen Punkte der Erklärung, die im Bericht aus Halle nach Berlin mitgeteilt wurden, beinhalten Rechte und Pflichten der Bürger im Kontext eines weiteren Vorgehens zur Veränderung der eingetretenen Zustände. Mit Beifall quittierten alle Anwesenden nach den Darlegungen des Generalmajors die geäußerten Zielstellungen, darunter auch die "Pflicht [...], den Sozialismus so zu definieren, daß er unseren Vorstellun-

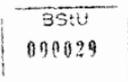
gen entspricht." Gewaltlosigkeit und Dialog mit den Regierenden - daran sollte mehr denn je festgehalten werden.

Trügerisch jedoch war die von den Demonstranten nun vermutete, allerdings nicht praktizierte Gewaltfreiheit in Halle. Nach dem "Abschlußbericht" aktivierten hochbezahlte Sicherheitskräfte ihre geheimdienstliche Tätigkeit. "Noch immer gab es anonyme Anrufe, Drohungen, fingierte Post, gefälschte Telegramme, das ganze Geflecht der gezielten Verunsicherungen war noch wirksam."

Zu einem moralischen Zentrum des gewaltlosen Widerstandes wurden die auf dem Gelände der St. Georgenkirche abgehaltenen Mahnwachen. Tag und Nacht brannten dort Kerzen für die Entwürdigten und zu Unrecht Verhafteten. Vorbeifahrende Autos lieferten ein, wie es im "Abschlußbericht" heißt, "nicht enden wollendes Hup-Konzert. Die Volkspolizei stellte daraufhin Hupverbotsschilder auf und kassierte Straf gelder." Schmidt stellte heraus, daß nach den Worten von Pfarrer Hanewinkel die Mahnwachen in der Georgengemeinde als "Mahnwachen für die Würde der Geschlagenen" bezeichnet werden. Für den 16.10.1989, so IMS "Timur" in einer internen Schätzung, müsse man bereits mit einer Teilnehmerzahl von bis zu 2.000 Menschen rechnen.

Die Montagsdemo am 16.10.1989 in Halle sowie die sich anschließenden Gottesdienste standen ganz im Zeichen der auf eine gewaltfreie Dialogführung abzielenden Toleranzpolitik, in der Demokratie, Frieden und Bürgernähe zu tragenden Eckpfeilern der Massendemonstrationen wurden. Superintendent Buchenau verlas in der Moritzkirche einen Bericht zum am Vortag stattgefundenen Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Halle.

Dennoch durchdrang den Bericht, den Stasi-Chef Schmidt am 17.10.1989 nach Berlin schickte, vordergründig die Arroganz der Macht. Die Gesprächsangebote der staatlichen Seite sah Schmidt "generell positiv beurteilt". Auch schienen in der Retrospektive "Demonstrationen dieser Art sinnlos" zu sein, perspektivlos und ohne Zukunft, stellt der MfS-Offizier unter Berufung auf vermeintlich gewaltbereite Jugendliche fest. Das "Neue Forum", das als führende "feindlich-negative Kraft" auf trete, befürchtet Schmidt, wird "künftig stärker in das Blickfeld der westlichen Massenmedien" gelangen. Für Schmidt besteht kein Zweifel, daß sowohl der friedliche Dialog als auch die Massendemonstrationen fortgesetzt werden. (Dokument 15) In diesem Punkt täuschte sich der Geheimdienstler aus Halle nicht.



AKTENVERMERK
Zum durchgeführten Treff mit dem IMS "Timur"

Datum: 15. 10. 1989
 Zeit: 19.00 Uhr bis 19.45 Uhr
 Ort: IMK "Springer"
 MA: Hptm. Ehrlich/Oltn. Laue

Im Mittelpunkt des Treffs mit dem IM standen nachstehende
 Schwerepunkte:

1. Detaillierte Einschätzung der Zusammenkunft der Vereinigung
 "Neues Forum", anderer oppositioneller Gruppierungen und
 kirchlicher Gemeinden am 15. 10. 1989, 17.00 Uhr in der
 Pauluskirche.
2. Erarbeitung bzw. Präzisierung vorliegender Erkenntnisse im
 Zusammenhang mit der geplanten Demonstration am 16. 10. 1989,
 17.00 Uhr in und an der halleischen Marienkirche (Marktplatz).

zu 1.

Entsprechend der vorgegebenen Instruierung nahm der IM an der
 Zusammenkunft am 15. 10. 1989 in der Pauluskirche teil.
 Nach Einschätzung des IM wurde diese Veranstaltung von ca.
 1.000 Teilnehmern besucht (restlos überfüllt, mehrere Personen-
 gruppen fanden keinen Einlaß mehr).
 Detaillierte Einschätzung über Ablauf der Veranstaltung in der
 Pauluskirche (siehe Leiterinformation vom 16. 10. 1989).

zu 2.

Im Zusammenhang mit der geplanten Demonstration ("Mahnwache")
 am 16. 10. 1989 in der halleischen Marienkirche (Marktplatz)
 wurde während der Veranstaltung in der Pauluskirche zur Disziplin
 und Gewaltlosigkeit aufgerufen. Es ist mit einem Zulauf von
 1.000 bis 2.000 Teilnehmern am 16. 10. 1989 zu rechnen.
 Weiterführende Aktivitäten wurden nicht bekannt.

Im Zusammenhang mit den Regimeverhältnissen in der "Georgengemeinde"
 in Halle wurden durch den IM operativ-bedeutsame Hinweise zu statt-
 findenden Gesprächen bzw. Aufenthalt eines westlichen Filatsons
 bekannt (siehe Information vom 16. 10. 1989).

Dokument 13

*Aktenvermerk der Abteilung VI der BV Halle MfS:
 Treff mit IMS "Timur" vom 15.10.1989*

BStU
000030

2

Neuer Auftrag

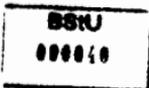
- Teilnahme des IM an der Demonstration am 16. 10. 1989 in der Marienkirche (Verhaltensweise - passive Teilnahme) und Einschätzung über Ablauf der Veranstaltung.
 - . Ziel - und Aufgabenstellungen
 - . Gesprächsinhalte
 - . beteiligter Personenkreis und mögliche Personifizierung
 - . neue Erkenntnisse im Zusammenhang mit Zielstellungen und Aktivitäten der Vereinigung "Neues Forum" und anderer oppositioneller Gruppierungen in Halle
- Informationsarbeit zu weiteren Zielstellungen und Verhaltensweisen der Personen und im Zusammenhang mit der Vereinigung "Neues Forum" in Halle.

Neuer Treffpunkt

17. 10. 1989, 19.00 Uhr - IMK "Springer".

Ehrich
Hauptmann

KOPIE BStU



XXXXXX

002990

Flugzeug

BV Halle, Leiter der Bezirksverwaltung
Halle Berlin, Stellv. des Ministers, Gen. Generaloberst. Mittig,
Leiter der HA XX, HA IX, ZAIG, ZOC
Halle 15. 10. 1989

Bericht
Über Inhalt und Verlauf der Veranstaltung in der Paulus-Kirche
in Halle am 15. 10. 1989

Am 15. 10. 1989 fand in der Zeit von 17.00 Uhr bis 18.42 Uhr
in der Paulus-Kirche Halle die von dem "Neuen Forum" angeleitete
und von feindlich-negativen Kräften und kirchlichen Amtsträgern
organisierte Veranstaltung statt, an der ca. 1000 Personen teil-
nahmen.

Wie bereits im Tagesbericht vom 15. 10. 1989 gemeldet, wurden
im Vorfeld der Veranstaltung durch den Oberbürgermeister von
Halle die von der Bezirkseinsatzleitung festgelegten Gespräche
mit beteiligten kirchlichen Amtsträgern und Organisatoren der
Veranstaltung durchgeführt und kirchlicherseits eine Korrektur
der inhaltlichen Gestaltung der Veranstaltung sowie die Ein-
nahme auf die Verhinderung öffentlichen bewirkungsvoller Provo-
kationen zugeleitet.

Auch die Organisatoren wurden in den Vormittagstunden des
15. 10. 1989 erneut wie im Tagesbericht vom 14. 10. 1989
genannten Gesprächs mit der Bezirkseinsatzleitung, die Vorsitzenden
der Bezirksverbände der Blockparteien sowie an verschiedenen
Stadtverordneten und die Chefredaktionen der Lokalpresse Ein-
ladungen zugestellt, in denen auf die Bezeichnung "Neues Forum"
verzichtet und die Veranstaltung als "Bürgerversammlung" zum
Thema "Gewaltfreiheit in unserer Stadt" deklariert wurde.

Die Veranstalter fungierten nach bisher vorliegenden Informa-
tionen der Gemeindegemeinderat der Paulus-Gemeinde und der
Pfarrer der Evangelischen Gemeinde Halle-Beesen, [REDACTED]

[REDACTED] eröffnete die Veranstaltung unter Verweis auf das ge-
nannte Thema und gab die Namen der an der Vorbereitung betei-
ligten Personen (identisch mit den bereits am 14. 10. 1989
schriftlich übermittelten Unterzeichnern der Einladung,
bekannt.

Danach erfolgte durch den Dechanten Herold und Superintendent
Bucheneu eine Darstellung der Ereignisse nach dem 7. Oktober
in Halle. Beide versuchten, das Vorgehen der Sicherheitskräfte
während der am 9. 10. 1989 auf dem Markt in Halle durchgeführ-
ten Demonstration in einer sachlichen Form darzustellen, wobei
unterschwellige Kritik am Vorgehen der DVP geübt wurde.

Dokument 14
Bericht der BV Halle MfS über Inhalt und Verlauf der
Veranstaltung in der Paulus-Kirche in Halle am 15.10.1989
an Generaloberst Mittig, Leiter HA XX und Stellv. des Ministers
für Staatssicherheit vom 15.10.1989

BSU
000041

Kreuzer Hanewinkel informierte über die Durchführung der sogenannten Mahnwache in der Evangelischen Georgengemeinde, die er als "Mahnwache für die Würde der Geschlagenen" bezeichnete. Er sprach zur Fortsetzung der Mahnwache auf, solange eingeleitete Sühnungsstrafverfahren bzw. Haftstrafen nicht ausgesetzt werden.

Nach der Information über das für 18.30 Uhr angebraunte Gespräch beim Oberbürgermeister der Stadt Halle (dardüber wird gesondert berichtet) erfolgte die Verlesung einer "Petition", die den Bürgermeistern übergeben werden sollte.

Als wesentlichster Inhalt wurde bekanntgegeben, daß Gewalt kein Mittel zur Lösung von gesellschaftlichen Konflikten sei. Angehts der aktuellen Situation in der Stadt sei jetzt das wichtigste:

1. Selbstverpflichtung zur strikten Gewaltfreiheit
2. keine Gewalt der Sicherheitsorgane gegen die Teilnehmer friedlicher Zusammenkünfte
3. keine Diffamierung und Kriminalisierung von reformengagierten Personen und Gruppen
4. offene und wahrheitsgemäße Berichterstattung in den Medien
5. Versammlungszug und Redefreiheit
6. Bereitstellung von Räumen und Plätzen zur öffentlichen Diskussion (z. B. in Klubhäusern, Jugendklubs und auf städtischen Freianlagen).

Über diese Petition erfolgte eine Abstimmung, der außer 3 Enthaltungen alle anwesenden Personen zustimmten.

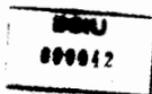
Am unmittelbaren Anschluß an diese Abstimmung verließen 15 Personen als Vertreter der sogenannten Bürgerinitiative die Pauluskirche und begaben sich zum Oberbürgermeister. Die Fortsetzung der Veranstaltung erfolgte in Form einer Diskussion, bei der mehrere der Anwesenden das Wort ergriffen.

Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang folgende Beiträge pers. qualifizierter Teilnehmer:

- Frank Eigenfeld - OV "Passion", Abteilung XX

Er sprach als Vertreter des "Neuen Forum". Er verwies darauf, daß die geplante Diskussion zum "Neuen Forum" nicht stattfinden konnte und daß auch der Oberbürgermeister der Stadt Halle nicht zu einem Dialog mit dem "Neuen Forum" bereit war. Er versicherte, daß die Arbeit des "Neuen Forum" dennoch weitergeht, und fordert auf, daß jeder in seinem Arbeits- und Tätigkeitsbereich für eine Legalisierung und Unterschriftensammlung des "Neuen Forum" eintritt.

...
in der Verantwortung
in der ...



3

- [REDACTED] - KK-Material der KD Halle

[REDACTED] verwies auf angeblich vorhandene gesellschaftskranke Strukturen in der DDR, die es zwingend erforderlich machen, auf die Straße zu gehen, um zu demonstrieren.

- Pfarrer [REDACTED] - OV "Privileg", KD Halle

[REDACTED] rief zur Durchführung einer gewaltlosen Zusammenkunft am 16. 10. 1989, 17.00 Uhr für ca. 30 Minuten mit Blumen und Kerzen vor der Marktkirche Halle auf, worauf Zustimmung durch die Anwesenden erfolgte.

- [REDACTED]

[REDACTED] stellte sich als CDU-Mitglied sowie als Stadtverordneter der Stadtbezirksleitung Halle-West vor. Er sprach sich dafür aus, daß man Demokratie und politisches Denken erst erlernen muß, um damit umgehen zu können. Die Schlußfolgerung zog er aus einem Gespräch mit einer ... Marxismus-Leninismus im Rahmen seines gegenwärtigen ... Der Diskussionsbeitrag des Schreiber wurde mehrfach durch Zwischenrufe und Unmutsäußerungen gestört.

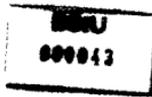
- Die Mutter ... ehemaligen Bereitschaftspolizisten sprach sich gegen Demonstrationen aus. Sie begründete dies damit, daß Angehörige der DVP z. T. selbst nur ihre Wehrpflicht ableisten und ebenfalls bei ihren Einsätzen Angst hätten.

- Durch eine weibliche Person wurde eine sogenannte Karl-Marx-Städter Erklärung abgegeben. Bei dieser Person kann es sich um

[REDACTED], geb. [REDACTED], [REDACTED]
geb. am [REDACTED]. 1961
Zwickau, Fr.-Mehring-Str. [REDACTED]

handeln, die am 13. 10. 1989 den Mitunterzeichner des Gründungsaufrufs des "Neuen Forum", Dr. Eigenfeld, Frank, in dessen Wohnung aufsuchte. Wesentlicher Inhalt der sogenannten Erklärung:

- Die Parteiführung hat die Prinzipien der Brauchbarkeit ihrer Politik nicht beweisen können.
- Das Volk, das ständig unterdrückt wurde, wird zwangsläufig gewalttätig, um diesen Zustand zu ändern.
- Wir lassen uns unser Land nicht kaputtmachen.



Wir haben das Recht auf:

1. eine Nation
2. den Dialog
3. freies Denken
4. Pluralismus
5. Widerspruch
6. Reisefreiheit
7. Möglichkeiten der Überprüfung staatlicher Leiter.

Wir haben die Pflicht:

1. diejenigen, die die jetzige Situation verschuldet haben, zu benennen
2. den Dialog zwischen Volk und Partei zu erzwingen
3. den Sozialismus so zu definieren, daß er unseren Vorstellungen entspricht.

Seitens der Veranstaltungsteilnehmer wurden alle Beiträge mit Beifall quittiert.

Zum Abschluß der Veranstaltung wurde durch Pfarrer [REDACTED] aufgerufen, Ruhe und Ordnung zu bewahren, keine Demonstrationen am heutigen Tag durchzuführen, um den Dialog mit dem Oberbürgermeister nicht zu gefährden.

Die Absicherung der Veranstaltung erfolgte gedeckt und ohne jegliche demonstrative Präsenz uniformierter Kräfte.

Der Abmarsch der Teilnehmer erfolgte in kleinen Gruppen und verlief ohne Zwischenfälle.

Leiter der Bezirksverwaltung

Schmidt
Generalmajor

74/709
BStU
000050

XXXX

003068

Flugzeug

BV Halle, Leiter

MfS Berlin, Stellv. d. Ministers, Gen. Generaloberst Mittig,
HA XX/Leiter, HA IX/Leiter, ZAIG/Leiter, ZOS
Halle 17. 10. 89

Ergänzung
zum Bericht über die am 16. 10. 1989 auf dem Marktplatz
von Halle durchgeführte Demonstration

Über den inhaltlichen Verlauf der im Anschluß an die Demonstration auf dem Marktplatz Halle durchgeführten Gottesdienste in der Moritzkirche und der Elisabethkirche sowie über Meinungsäußerungen von Organisatoren und Teilnehmern an der Demonstration liegen folgende Erkenntnisse vor:

1. Anbittgottesdienst in der Moritzkirche

Der Gottesdienst wurde durch den amtierenden Pfarrer [redacted] unter ausdrücklicher Auszeichnung des kirchlichen Charakters dieser Veranstaltung eröffnet.

Nach dem "Vater unser" und dem kirchlichen Liedgesang hielt Pfarrer [redacted] die Predigt, welche inhaltlich auf die Bergpredigt aufbaute. Er brachte dabei Aussagen, z. B. wie

- Versöhne dich mit deinem Bruder
- Liebe deinen Feind, wie dich selbst.

Im Anschluß daran verlas Sup. Buchenau einen Bericht zum gestrigen Gespräch beim Oberbürgermeister der Stadt Halle. Dem Verlesen dieses Berichtes wurde wechselseitig durch einen Teilnehmer am Gespräch beim OB kommentiert. Inhaltlich kam dabei zum Ausdruck, z. B.

- Der Bezirk Halle produziert 16 % des Nationaleinkommens, aber was kommt davon nach Halle zurück?
- Der Machtapparat, den wir finanzieren, schlägt auf uns nieder (starker Beifall).

Beschließend wurde durch Sup. Buchenau der heutige Ablauf auf dem Markt als "Wunder" bezeichnet. Er betonte in diesem Zusammenhang, daß sich der 9. 10. 1989 nicht wiederholen dürfe.

Zukunftsorientierend brachte er zum Ausdruck, daß man jetzt nicht warten dürfe, was das Zentralkomitee vorschreibt.

KOPIE BStU

Dokument 15

Ergänzung der BV Halle MfS zum Bericht über die am 16.10.1989 auf dem Marktplatz von Halle durchgeführte Demonstration an Generaloberst Mittig, Leiter HA XX und Stellv. des Ministers für Staatssicherheit vom 17.10.1989

Stattdessen muß man auf allen Ebenen das Gespräch organisieren, um Forderungen durchzusetzen. Verschiedene Fragen durch Veranstaltungsteilnehmer, wie etwa nach den Verhafteten, beantwortete Buchenau gesammelt mit dem Verweis auf das Kontakttelefon, wo alle Informationen zusammenlaufen müßten.

Sup. Buchenau beendete seinen Beitrag mit der Orientierung darauf, daß beide Seiten zukünftig lernen müßten, um Geschehnisse zukünftig zu vermeiden.

Die angestrebten spontanen Fürbitten wurden durch den gastgebenden kath. Pfarrer unterbunden. An dieser Stelle forderte er zur Verlesung der vorbereiteten Fürbitten mit ausdrücklichem religiösem Inhalt auf.

Es wurde unverbindlich auf eine evtl. Fortsetzung der gottesdienstlichen Veranstaltung am Montag, den 23. 10. 1989 verwiesen.

2. Fürbittgottesdienst in der Elisabethkirche

Durch die gastgebende Gemeinde wurde diese Veranstaltung als Rosenkranzgebet bezeichnet.

Zur Teilnehmerstruktur wurde eingeschätzt, daß ein großer Teil der Propsteigemeinde einschließlich Mitglieder der "Grauen Schwestern" am Charakter der Veranstaltung wesentlich prägen.

Die Veranstaltung wurde mit dem Glaubensbekenntnis durch den gastgebenden kath. Propst eröffnet und anschließend Rosenkranzgebet eröffnet. Im Anschluß daran wurde durch den Dechanten Dr. Herold ein Informationspapier zum Gespräch beim Oberbürgermeister der Stadt Halle am 15. 10. 1989 mit der Abordnung von 15 Personen aus dem kirchlichen Bereich verlesen. Wahrscheinlich wurde dieses Papier durch den Sup. Buchenau bearbeitet. Es beinhaltete im wesentlichen:

- eine positive Beurteilung des begonnenen Dialogs und die Forderung, diesen auf allen Ebenen fortzusetzen,
- die Bitte an die Anwesenden, Toleranz "für die Verbitterung verschiedener Staatsorgane" zu zeigen sowie
- die Mahnung an alle Anwesenden, sich friedlich zu verhalten und keinerlei Provokationen gegenüber den staatlichen Organen zu begehen.

Danach wurde durch die Pastorin Hanewinkel und den kirchlichen Laien das Friedensgebet gesprochen.

Am Schluß des Gottesdienstes wurden die Anwesenden durch Herold nochmals aufgerufen, sich jeglicher Tätlichkeiten und Provokationen gegenüber den Sicherheitskräften zu enthalten, die Demonstration friedlich zu beenden und nach Hause zu gehen, um zur Arbeit zugehen.

3. Erkenntnisse über Reaktionen und Meinungsäußerungen von Organisatoren und Teilnehmern der Demonstration

Ersten bekanntgewordenen Reaktionen zufolge wurden der Verlauf und die Teilnehmerzahl der Demonstration sowie der anschließenden kirchlichen Veranstaltungen durch die bekannten kirchlichen Amtsträger sowie die Führungskräfte oppositioneller Gruppierungen als "Erfolg" ihrer beharrlichen Bemühungen gewertet.

Positiv beurteilt wird von diesen Personenkreisen, daß keinerlei Drängerei staatlicher Organe bzw. von Sicherheitskräften erkennbar war und es zu keinerlei Gewalttätigkeit oder anderen Auseinandersetzungen kam.

Abt. Superintendent Buchwald und Dechant Herold nutzten die Gelegenheit eines Gesprächs mit dem Mitarbeiter für Kirchenfragen beim Amt für Stadt Halle, Gen. Hante, um den Dank für die Zurückhaltung der Sicherheitsorgane auszusprechen, die maßgeblich zu einer Beruhigung der Atmosphäre unter den Teilnehmern der Demonstration beigetragen habe.

In Gesprächen mit der Teilnehmern der Demonstration wurden über den Sinn und Zweck der Demonstration unterschiedliche und zum Teil gegensätzliche Meinungen vertreten.

Während die bekanntgewordenen Gesprächsangebote der staatlichen Organe generell positiv beurteilt wurden, vertraten mehrfache Personen den Standpunkt, daß Demonstrationen dieser Art sinnlos seien und zukünftig keines Wegs zur Lösung bestehender Probleme darstellen können.

Unter anderem jugendlichen Personenkreisen wurde Verwunderung und zum Teil eine offenkundige Enttäuschung über das Nichteingreifen der Sicherheitsorgane zum Ausdruck gebracht. Eine Demonstration ohne Konfrontation mit der Polizei sei sinnlos und langweilig. Durch diese Personen wird beziehungsweise den politischen Aspekten der gegenwärtigen Situation wenig Interesse entgegengebracht. Vereinzelt wurde geschlußfolgert, sich künftig an "derartigen Demonstrationen" nicht mehr zu beteiligen.

Hervorgehoben wurde, daß sich viele Teilnehmer der Demonstration gegenseitig agitierten bzw. dazu aufforderten, jegliche provozierende Verhaltensweisen zu vermeiden.

BSU
000053

Zugleich wurde jedoch auch die Entschlossenheit bekundet, Demonstrationen fortzusetzen, falls die angekündigten weiteren Gespräche mit staatlichen Organen und die eingeschlagene innenpolitische Entwicklung nicht zu schnellen und sichtbaren Veränderungen führen sollten.

Es wird jedoch "bemängelt", daß seitens des "Neuen Forum" zu wenig "programmatische Initiative" ausgehe, um sich als politische Kraft wirklich stabilisieren zu können.

Seitens bekannter Mitinitiatoren des "Neuen Forum" im Bezirk wurden im Verlauf des Abends Aktivitäten unternommen, um die von westlichen Massenmedien (ZDF) verbreitete Meldung über eine angebliche Demonstration von 1000 Bürgern in Halle am 19. 10. 1989 zu korrigieren.

Zugleich wird jedoch das Bestreben dieser feindlich-negativen Kräfte deutlich, auch die ständige Übermittlung von Lage- und Situationsberichten an berliner Kontaktadressen des "Neuen Forum" zu fördern in das Blickfeld der westlichen Massenmedien zu gelangen.

Aktuelle Informationen über Meinungsäußerungen bzw. über weitere Pläne und Absichten der bekannten Mitunterzeichner des Gründungsaufrufs liegen gegenwärtig noch nicht vor.

Ersten Hinweisen zufolge muß jedoch von deren Absicht ausgegangen werden, künftig ähnliche Aktionen in Anlehnung an die Ereignisse in anderen Bezirksstädten, insbesondere in Leipzig regelmäßig an jedem Montag zu inszenieren.

Leiter der Bezirksverwaltung

Schmidt
Generalmajor

KOPIE BSN

26. Oktober Volkspark

Am 18. Oktober 1989 erfolgte auf der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED die Entmachtung Erich Honeckers; dessen langjähriger "Kronprinz", Egon Krenz, übernahm die Initiative zu der von ihm selbst so bezeichneten "Wende". Wenige Tage später führte Mielke in einem internen streng geheimen Papier aus, daß "der Gegner" an Einfluß in der Bevölkerung gewinne, eine pluralistische Opposition in der DDR entstehe und das "Neue Forum" sogar auf Wohngebietsebene strukturell organisiert sei. Am 11. Oktober 1989 erhielt Willi Brandt, Mielke zufolge, eine schriftliche Antragstellung zur Aufnahme der zu bildenden Sozialdemokratischen Partei in der DDR in die Sozialistische Internationale. Der Chef der Staatssicherheit schätzt ein, daß allein vom 16.-22. Oktober 1989 "an Veranstaltungen ausschließlich politischen Charakters", wie es heißt, "in Kirchen und kirchlichen Räumen, in denen Kräfte antisozialistischer Sammlungsbewegungen ungehindert auftreten konnten, weit über 100.000 Personen" beteiligt gewesen waren. "Das Machtmonopol", urteilt M. Geisin in der "tageszeitung" vom 25.10.1989, "ist nicht mehr zu retten. [...] Zu offenkundig ist die Strategie der SED, die gesellschaftliche Diskussion von der Straße in die Säle und von den Sälen in die vorhandenen Gremien und Institutionen zu kanalisieren." Die "Kanalisation der gesellschaftlichen Diskussion" in Halle führte die Beteiligten am 26. Oktober 1989 in den Volkspark, der rund achzig Jahre zuvor, am 13. Juli 1907 in sozialdemokratischer Verortung eröffnet worden war.

"Hart ringen in unserer großen Zeit zwei gewaltige Kräfte miteinander: Die eine dieser Kräfte strebt nach vorwärts, sie stützt sich auf das organisierte, zum Zielbewußtsein erwachte Proletariat. [...] Noch steht zwischen den zielbewußten proletarischen Ringern und ihren Gegnern eine unendliche zahlreiche Schar von Teilnahmlosen, Unklaren und darum Unsicheren. Sie bilden, das dürfen wie uns nicht verschweigen, noch die Mehrheit. Sie wissen noch nicht, auf welche Seite sie sich schlagen sollen. [...]" Aufgabe des Volksparkes solle es sein, die "Hall-eschen Arbeiter zu einer großen und einigen Familie zu machen", heißt es im ersten Schriftdokument zur Eröffnung des Volksparkes im Jahre 1907. Der Geist der Gründerzeit lebte in den Oktobertagen 1989 am historischen Ort erneut auf, wenn auch in sehr abgewandelter und modifizierter Form.

Egon Krenz hatte noch einen Tag zuvor selbst dazu initiiert, den "ständigen offensiven Dialog mit den Menschen" zu suchen. Kommuni-

sten hätten sich hier zu bewähren. Ein Kommunist, so Krenz, "darf nicht zurückschrecken und gegnerischen Kräften keinen Spielraum geben." Die Worte des Wendepolitikers waren unmißverständlich und sprachen eine bekannte Sprache - die der Unverzichtbarkeit in Fragen der Macht, die Sprache der tschekistischen Taktik, letztlich alle "feindlich-negativen Kräfte" zu "zersetzen" - oder, wie Krenz es ausdrückt, "bei besonderen Vorkommnissen die entsprechenden Maßnahmen" einzuleiten.

Zur "Zersetzung" der Bürgerversammlung im Volkspark am 26. Oktober in Halle waren auch zahlreiche IM der Staatssicherheit eingetroffen. Diese Podiumsdiskussion, urteilt Löhn, war wohl die bedeutendste in Halle, deren Anfänge von der Freien Bürgerversammlung in der Paulskirche ausgingen. "Aus diesen Diskussionsrunden ging schließlich der 'Runde Tisch' im Bezirk hervor" - und spätestens damit kam den Montagsdemonstranten eine gewisse bislang ausgewiesene Homogenität abhanden, eine Homogenität, die allerdings selbst eine innere Dynamik und Differenziertheit aufwies.

Löhn verweist darüber hinaus auf den Umstand, daß erst Ende Oktober 1989 auf den Losungen und Transparenten der Montagsdemos die Staatssicherheit ins Visier der Bürgerbewegungen geriet. "Bis zum 23. Oktober finden sich keine Parolen über die 'Stasi' in den Berichten. Gewaltfreiheit, Reformen sowie die SED und ihre Bezirksfunktionäre standen bis zu diesem Zeitpunkt im Mittelpunkt des Interesses. Während der Montagsdemonstration am 23. Oktober in Halle konnte man, laut Stasi-Bericht, unter den 42 Losungen nur einmal die Forderung lesen: "Stasi in die Volkswirtschaft!". Erst danach gab es in Halle und auch in den Kreisen zahlreiche Transparente und Sprechchöre gegen die "Stasi". Immer häufiger forderten von nun an Redner eine öffentliche Kontrolle der Sicherheitsorgane sowie die Einstellung jeglicher Überwachung", schreibt Löhn.

Nach der Montagsdemo am 23.10.1989 versammelten sich "auf dem Marktplatz ca. 4.000 - 5.000 Personen [...]." Der Vorschlag zum Dialog wurde an diesem Abend, so ein MfS-Bericht, vom Oberbürgermeister der Stadt Halle unterbreitet. Austragungsort sollte der Volkspark sein. Teilnehmer der Montagsdemo forderten hingegen, den Dialog auf der Rennbahn bzw. im Stadion zu führen. Noch am Abend, vermerkt der Stasi-Bericht, einigten sich der Oberbürgermeister und "bekannte feindlich-negative Kräfte" auf "das Volkshaus" als Austragungsort. (Dokument 16)

Einen Tag vor der Volksparkveranstaltung informierte ein Werktätiger aus Buna die Mahnwache an der Georgenkirche über geplante Gegenmaß-

nahmen seitens der SED-Bezirksleitung Halle. Von staatlicher Seite, heißt es in dem Bericht, sei für Montag, den 30. Oktober 1989 eine Gegendemonstration unter der Losung "Rote Fahnen gegen weiße Kerzen" vorgesehen. Ob eine damit provozierte Eskalation der Gewalt tatsächlich auch beabsichtigt war, bleibt Spekulation, ist jedoch nach den Verlautbarungen des "Gen. Melchert von der SED-Bezirksleitung" Halle vor den Werktätigen in Buna eher anzunehmen. Zur "Behandlung" von jugendlichen Plakatträgern des friedlichen Aufbegehrens vermerkte dem Bericht zufolge "Genosse Melchert" folgendes: "Der Arbeiter geht hin, haut ihm eine drauf und nimmt ihm das Plakat weg." (Dokument 17)

Am 27.10.1989 berichtet der Stasi-Informant IMS "Knack" an die Abteilung XX der BV Halle des MfS über die Volksparkveranstaltung. In den Hinterlassenschaften des MfS befindet sich hierüber die Niederschrift von einer Tonbandaufzeichnung. (Dokument 18)

"Knack" berichtet dabei nicht zuletzt auch vielfach über schon längst wirksame Verhaltensmuster, etwa im Falle einer Beurteilung des antifaschistischen Widerstandskampfes. Der Vorsitzende der VVN wurde, schreibt "Knack", ausgelacht. Hierbei ist zu bemerken, daß die VVN bereits 1952 auf staatliches Betreiben in der DDR aufgelöst worden war, aber wohl auf Grund nicht zuletzt von personellen Kontinuitäten im hiernach gebildeten Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR die Bezeichnung "VVN" in der Bevölkerung erhalten blieb. Der Redner erhielt dennoch dann eine Beifallsbekundung; also "im grundgenommen doch Dankbarkeit gegenüber Widerstandskämpfern", wie der inoffizielle Stasi-Mitarbeiter feststellt. "Knack" weiß darüber hinaus zu berichten, daß der "VVN-Redner" allerdings "nicht mehr so recht versteht, was um ihn vorgeht." Diese Replik am Ende des "antifaschistischen Arbeiter- und Bauernstaates", über dessen fragliche Inhalte erst Jahre später die Offenlegung von Aktenmaterial in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR vielfache Verwunderung, aber auch Enttäuschung bei so manchem Gegner der Hitler-Diktatur beförderte, war wohl nicht nur im Kreise von inoffiziellen Stasi-Mitarbeitern ausgeprägt. So, wie Antifaschisten - wie ehrlich gemeint auch immer - pauschale Propaganda-Parolen verkündeten, meldeten sich auch Wortführer der arbeitenden Klasse der Bauern oder solche der Gerichtsbarkeit zu Wort. Ein Bauer, der zur Arbeit aufruft und ein Staatsanwalt, der verkündet, von Wahlbetrug nichts gewußt zu haben, werden gleichermaßen mit Pfiffen bedacht. IMS "Knack" vom MfS hat hierfür kein Mitleid übrig. Voller Hohn - vielleicht wußte er es besser - spricht er von

"blumigen Worten" (gemeint war: das "Brot des Volkes", so die Worte des Bauern aus Querfurt), und da hat eben "der gesamte Platz gepfiffen." Das "Schild und Schwert der Partei" nahm die offiziellen Verkündigungen in den Verlautbarungen der Führungsspitze so ernst nicht.

In einer mit der Dringlichkeitsstufe "Flugzeug" bezeichneten Telegramm zum Podiumsgespräch im Volkspark am 26.10.1989 an den Leiter der Berliner MfS HA XX, Generaloberst Mittig, ist von ca. 5.000 Menschen die Rede, die sich allein "auf dem Vorplatz des Objektes" versammelten. In den Räumlichkeiten zählte die Staatssicherheit etwa 1.300 Bürger. Für eine "politisch-operative Sicherung" der Veranstaltung sorgten mehrere hundert Parteimitglieder der SED. Als besonders erwähnenswert betrachtete Generalmajor Schmidt, Chef der BV Halle des MfS, die Redebeiträge von Matthias Augustin und Manfred Jendryschik (Dokument 19). Jendryschiks Anliegen wurden in drei Punkten zusammengefaßt:

a) Falschheit der SED-Presseberichterstattung und ein damit verbundener Vorwurf der 'Volksverhetzung'. "Dagegen sollte der Staat mit allen Mitteln vorgehen", schreibt Schmidt unter Bezugnahme auf Jendryschik.

b) Zensur durch das SED-Presseorgan "Freiheit" in Halle.

c) Erwartung des Rücktritts des gesamten SED-Politbüros.

Die Forderungen Jendryschiks in der Wiedergabe durch das MfS beinhalten offensichtlich einen Zirkel. Der Staat der SED sollte gegen Ungereimtheiten entschieden vorgehen - doch dies hatte einen Preis, nämlich den der Selbstaufgabe, den Verzicht auf das staatliche, und das heißt eben SED-Machtmonopol. Der Staat, der gegen sich selbst vorgeht, würde abgeschafft und nicht nur in der Bedeutungslosigkeit, sondern auch in der Überflüssigkeit verschwinden. Jendryschiks zweiter Schritt nach "diesem Schritt", die Errichtung "prinzipiell neuer, eben sozialistischer Strukturen", erscheint bereits im Kontext des MfS-Berichtes eher als optimistische, kaum mehr als realistische Perspektive.

Die kurzzeitige Losung des Volkes Wille ("Wir sind *das* Volk!") wird auch in den Darlegungen von Katrin Eigenfeld, "Mitunterzeichner Gründungsaufruf 'Neues Forum'" verdeutlicht. Schmidt hebt in seinem Stasi-Bericht Eigenfelds Forderung heraus, daß nunmehr ein "wahrhafter Dialog" unter "erforderlichen juristischen Rahmenbedingungen" zu schaffen sei, ein "Verzicht auf Gewalt bei Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der DDR auf dem Boden der Verfassung." Auch Katrin Eigenfeld geht es um die SED-Medienpolitik - ein inhaltlicher Schwerpunkt, der sich neben Fragen zur

Kommunalwahl und zur ökologischen Situation in der Stadt Halle durch zahlreiche Redebeiträge zieht.

Die Doppelzüngigkeit der Staatsmacht stand im Volkspark zur weiteren Diskussion, als ein Redner über demonstrative Kampfvorbereitungen der SED-Bezirksleitung in Halle berichtete: "[...], die Partei würde einen Bürgerkrieg provozieren." Gemeint waren die Planungen der SED zur Gegendemonstration, einem "Sternenmarsch auf Halle" für den 30.10.1989. Die im Volkspark anwesenden Agitations- und Propagandakader der SED wiesen die genannten Inhalte "eindeutig als Gerücht" zurück. Dennoch verweist der Stasi-Bericht darauf, daß "bereits in den Abendstunden des 25.10.1989 an die Kontaktadressen des 'Neuen Forum' in der Hauptstadt der DDR" [...] "die vermeintliche Absicht einer Gegendemonstration von Partei und Kampfgruppen [...]" übermittelt worden sei.

Nach dem ersten Podiumsgespräch dieser Art im Volkspark in Halle mobilisierte das MfS seine konspirative Tätigkeit gegen die Opponenten des Staates. "Maßnahmen zur Erarbeitung konkreter Informationen über die Reaktion der teilnehmenden Vertreter oppositioneller Gruppierungen auf den Inhalt und Verlauf der Podiumsdiskussion", schreibt Generalmajor Schmidt abschließend, "wurden eingeleitet."



Reprint:

Titelblatt "Zur Eröffnung des Volksparkes Halle/S. am 13. Juli 1907

Halle den 23. 10. 19 89

Bericht
über den Verlauf der am 23. 10. 1989 auf dem Marktplatz in Halle
durchgeführten Demonstration

Entsprechend der Vorankündigung bekannter Exponenten des "Neuen Forum" und reaktionärer kirchlicher Amtsträger im Zusammenhang mit den kirchlichen Veranstaltungen am 23. 10. 1989 in den Halleschen Kirchen eine Demonstration durchzuführen, erfolgte analog der Vorwoche eine demonstrative Ansammlung von ca. 5.000 Personen auf dem Marktplatz in Halle.

In Übereinstimmung mit den zentralen Orientierungen und entsprechend den Festlegungen der BEL wurden die Sicherungskräfte der DVP und des MFS in Halle zum Einsatz gebracht.

Die Entwicklung der operativen Lage im Stadtgebiet von Halle nahm folgenden Verlauf:

Beginnend ab 16.45 Uhr erfolgte aus unterschiedlichen Richtungen des Stadtgebietes ein verstärkter Personenzulauf auf dem Marktplatz in Halle. Gegen 16.55 Uhr wurden aus dem Gemeindehaus der Marktkirche etwa 12 Transparente getragen.

Die Anzahl der Teilnehmer der Ansammlung wuchs bis 17.15 Uhr auf ca. 5.000 an. Etwa 25 % der Teilnehmer trugen brennende Kerzen. Im gleichen Zeitraum wurden 34 Transparente bzw. Plakate entfaltet (Losungen siehe Anlage)

Gegen 17.25 Uhr formierte sich auf dem Markt ein Demonstrationzug von ca. 2.000 Personen, der sich über den Boulevard zum Leipziger Turm bewegte. Hier teilte sich der Demonstrationzug. Eine Marschsäule begab sich über den Hanse-Ring, Joliot-Curie-Platz, Große Steinstraße zum Markt zurück. Der andere Marschzug bewegte sich über die R. -Breitscheid-Straße zur BL der SED.

Wie inoffiziell bekannt wurde, bekannte sich die Person WASCHITSCHKA als Initiator dieses Marsches. (bekannter Exponent der PUT; Mitorganisator des "Neuen Forum" im Bezirk Halle)

Durchschläge/Durchschriften: Stck. Geschrieben: Gesehen:

Eingangsdatum: Uhrzeit: Anfang: Ende: Nachr.-Sachbearb.:

Dokument 16

Bericht über den Verlauf der am 23.10.1989 auf dem Marktplatz
in Halle durchgeführten Demonstration vom 23.10.1989 (Auszug)

Der planmäßige Einsatz von Genossen der Stadtleitung Halle am Leipziger Turm, mittels Gesprächsführung den Demonstrationzug aufzuhalten, erwies sich als wirkungslos.

Gegen 17.50 Uhr erreichte der Marschzug das Gebäude der BL der SED, welches durch Kampfgruppen gesichert wurde.

An der Treppe vor der BL wurden unmittelbar vor den eingesetzten Kampfgruppenangehörigen brennende Kerzen abgestellt.

In Sprechchören wurde gerufen:

"Wir sind des Volk!"

"Wir bleiben hier!"

"Neues Forum zulassen!"

"Weg mit den Kampfgruppen!"

"Schließt Euch an!"

"Wir verdienen Euer Geld!"

"Schnitzler in den Ruhestand!"

Gegen 18.10 Uhr löste sich dieser Marschzug auf und wanderte in Richtung Philipp-Müller-Straße ab.

Die Mehrzahl dieser Personen begab sich auf den Markt zurück bzw. suchte die gegen 18.00 Uhr geöffneten Moritzkirche, Probsteikirche und Marktkirche auf.

Zu den "Gebeten für unser Land" versammelten sich gegen 19.00 Uhr in den Kirchen ca. 3.000 Personen, davon

Moritzkirche	1.500 Personen
Moritzkirche	900 Personen
Probsteikirche	600 Personen

In der Georgengemeinde kam es zum gleichen Zeitpunkt im Zusammenhang mit der seit dem 10. 10. 1989 durchgeführten "Mahnwache" zu einem ständigen Ab- und Zulauf von ca. 200 Personen.

Gegen 19.00 Uhr konzentrierten sich auf dem Marktplatz mit anhaltendem Zulauf aus Richtung BL der SED ca. 2.000 Personen. Aus dieser Personensammlung wurde in Sprechchören gerufen:

"Schnitzler in den Ruhestand!"

"Stasi in die Volkswirtschaft!"

sowie die "Internationale" gesungen.

Im Zusammenhang mit der Beendigung der Veranstaltungen, in den Kirchen konzentrierten sich gegen 19.30 Uhr auf dem Marktplatz ca. 4.000 - 5.000 Personen und riefen die bereits genannten Losungen.

Der Oberbürgermeister der Stadt Halle unterbreitete vor diesen Personen den Vorschlag am kommenden Donnerstag im "Volkspark" den Dialog zu führen.

Dieses Angebot wurde nicht akzeptiert und das Stadion oder die Rennbahn als Dialogort gefordert.

Durch die bereits als Organisator des Marsches zur BL in Erscheinung getretene Person Waschitschka wurden bei einem im Anschluß geführten Gespräch beim OB, an den insgesamt 3 bekannte feindlich-negative Personen teilnahmen, die Forderungen durchgesetzt, daß beim geführten Dialog im "Volkshaus" Halle

- alle Räume des Volkshauses beschallt werden, eine großen Personenzahl das Zuhören zu ermöglichen sollte
- freier Zutritt für Presse gewährleistet wird.

Nach Verkündung des Dialogs durch Waschitschka und dessen Aufforderung die Ansammlung aufzulösen, erfolgte gegen 20.00 Uhr eine allmähliche Auflösung der Personenkonzentration ohne weitere Vorkommnisse.

Ab ca. 22.50 Uhr wurde der Markt und im ganzen Stadtgebiet Halle wieder ein normaler, der Tageszeit entsprechender Personenverkehr zu verzeichnen.

Zum Inhalt der Veranstaltungen in den Kirchen wird gesondert berichtet.

Leiter der Bezirksverwaltung

Al. 2

BStU

000095

Zur Demonstration am 23. 10. 1989 mitgeführte Losungen

1. Rehabilitation aller politische Verfolgten seit 1945
2. Wir fordern die verfassungsmäßig (garantierten Versammlungs-,
Presse- und Vereinsfreiheiten
3. Bildungsreformen ohne Mergot
4. Mehr Sozialismus - wenig Mut
5. Neues Forum zulassen
6. Weg mit den Funktionärsprivilegien
7. Ja zur Demokratie
8. Gonnassen der SED: Arbeitet mit, plant mit, regiert mit
9. Verfassungsrecht Artikel 29 Neues Forum
10. Pressefreiheit
11. Freie Wahlen für unser Land
12. Wahrheit in der "Freiheit"
13. Chirurgie statt Politik
14. Demokrati-Verständnis nach oben
15. Sozialer Friedensdienst
16. Für ein Neues Forum - zulassen
17. Parteienpluralismus
18. Wir fordern den Bürgermeister zum Podiumsgespräch auf
19. Für unser Sprecherforum - "Volkspark"
20. Schluß mit den Abriß der Stadt
21. Wahl heißt Auswahl
22. In unseren Schulen Phantasie statt Propaganda
23. Recht muß Recht werden
24. Veröffentlichung von Umweltdaten
25. Reform Egon Krenz - sonst hast du keine Fans
26. Freie Wahlen
27. Politikosmetik? - Gesellschaftsreformen

KOPIE BStU

16
BSTU
000241

Übergeben der Bahnwaune in St. Georgen (Halle)

25. Okt. 1989 ein Werkträger aus Buna kommt zu uns in die Georgen-
gemeinde und berichtet von einer außerordentlichen Leitungssitzung
der SED in Buna:

Sitzungsleiter war der Gen. Melchert von der SED-Bezirksleitung
Halle. Es wurden einige Ausszüge aus den Fernschreiben von E. Xrens
verlesen und in den Mittelpunkt einer Diskussionsrunde gestellt.
Im allgemeinen war die Rede davon, daß sich die Situation im
Land, wie bekannt, immer mehr verspitze. Man erwarte Reaktionen
zwischen Demonstrationen und Sicherheitskräften, ob das Erwar-
ten ein Befürchten oder mehr ein Hoffen beinhaltet, war den Ausführungen
Gen. Melcherts nicht genau zu entnehmen, berichtet der Werkträger.
Er (Melchert) stellt fest, daß die Demonstrationen einen immer
aggressiveren Charakter annehmen. Reaktionen wie sie versucht
wird das Zentrum des Aufgebührens in der Hauptstadt "Rote Herr der
Arbeiterbewegung", d.h. nach Halle zu verlegen. Von seiten der
Staates sei am Montag, dem 30. Okt. 1989 um 17.00 Uhr, eine "Demon-
stration der Kampfgruppen" in Richtung Hallmarkt geplant. Gruppen-
teile der Kampfgruppe sollten bei dieser Demonstration teilnehmen
(in Zivil). Die Demo soll den Charakter eines Sternmarsches tragen
"Rote Fahnen gegen weiße Katzen!". Der Demo soll eine Ansprache
eines namentlich noch nicht erwähnten führenden SED-Politikers
folgen (auf dem Hallmarkt).

Kolonnen (wörtlich):

- die Scharen nicht dem Führer überlassen!
- Großkundgebung auf dem Hallmarkt
- namentliche Meldung der Teilnehmer bereits erfolgt
- von den Genossen wird die Teilnahme verlangt, von den Parteifreien
erwartet.

Abschließend sagte Genosse Melchert:

Jedem, der mit Plakaten kollern folgendemaßen behandelt werden:
"Der Arbeiter geht hin, haut ihm eine drauf und nimmt ihm das Plakat
weg."

Dokument 17

Bericht in den MfS-Sachakten (undatiert)

B e r i c h t
zur Veranstaltung im Volkspark am 26. 10. 1989

Ich bin auf dem Vorplatz gewesen, konnte nicht mehr in den Saal rein, auf Grund der Menschenmenge. Vor dem Volkspark zu den Treppen waren Schilder. Die gesamte Stimmung war heiter bis sachlich, ohne Auswüchse und Exzesse. Die über Mikro übertragenen Diskussionsbeiträge wurden entsprechend kommentiert mit Beifall oder mit Pfiffen begleitet.

Von Bekannten in meiner Nähe war nur [REDACTED], den ich namentlich kannte, allerdings doch einige Gesichter von sehen her. Meistens jüngere Leute.

Die Gesamtstimmung war, wie gesagt, relativ sachlich, direkte Auswüchse gab es nicht. Einmal war ein Diskussionsbeitrag äußerst unsachlich gegen Schnitzler. Vorwiegend wurde dann heftig gelacht und -Ede gerufen um ähnliche Sachen.

Ansonsten wurden alle Beiträge [REDACTED] auf dem Platz diskutiert. Die Rede von [REDACTED] habe ich selbst nicht mehr mitbekommen, nur noch einmal die folgende Wortmeldung im Zusammenhange mit dem Kollegen [REDACTED]. J. hat sich bemüht [REDACTED] aufzubauen, die dann doch manchmal etwas angeschwollen waren. Vorallem offensichtlich im Saal, in dem er vorher [REDACTED] hat, Kollege K. möchte doch zum Schriftstellerverband kommen und sich dort unterhalten. Das war eigentlich eine ganz kluge Reaktion, dadurch war auch eine Erleichterung spürbar, von den Reaktionen aus dem Saal über Mikro ankam auf dem Platz.

Vereinbart und im Gespräch war die nächste Demonstration am Montag wieder um 17.00 Uhr vom Markt aus führend. Es wurde dann auch diskutiert, in mehreren Gruppen, daß es im Grunde genommen ein wirklicher Dialog oder wirkliche Problembearbeitung von der Straße her nicht möglich ist. Aber die meisten Stimmen sagten, wir müssen weiter Druckmachen, sonst bleibt die ganze Geschichte stecken. Das war das Hauptargument.

Der Diskussionsbeitrag von der EIGENFELD ist, den ersten habe ich selbst nicht gehört, er ist an mir als sehr bias und schwach geschildert wurden, von Umstehenden und als sich diese erneut zu Wort gemeldet hat, ist sie teilweise so gar ausgepöbelt wurden, auf dem Platz jedenfalls, von ein paar Leuten. Mit einem Lächeln quittiert wurden, da sie sich so in rage geredet hatte.

Dokument 18

Bericht des IMS "Knack" zur Veranstaltung im Volkspark
vom 27. Oktober 1989 (Tonbandabschrift)

Außerst kritische Reaktionen gab es vor allem zum Oberbürgermeister, zum Chefredakteur Krüger von der Freiheit. Der Vorsitzende von der VVN hier in Halle ist also im Grunde genommen auf dem Platz verlacht worden, weil er auch dann mit schauspielerischen Mitteln versucht hat zu reden und das ist so als äußerst lächerlich angekommen. Allerdings wurde mit Beifall bedacht, als dann im Verlauf der Diskussion, ein Redner, ich weiß den Namen nicht mehr, dann im Grunde genommen doch Dankbarkeit gegenüber Widerstandskämpfern grundsätzlich ausgedrückt hat. Er bekam spontan Beifall und er hat dann aber geäußert, daß also im Grunde genommen der Mann das nicht mehr so recht versteht, was um ihn vorgeht.

Mit Pfiffen ist die Rede eines Bauern bedacht worden (er kam aus Querfurt), der alle zur Arbeit gemahnt hat und für das Brot des Volkes und ähnlichen blumigen Worten da gesprochen hat. Beiden Problem der Wahlfälschung hat dann sich der Staatsanwalt zu Wort gemeldet, daß ihm nicht's bekannt sei, daß ist mit Pfiffen bedacht worden, da hat dann der gesamte Platz gepfiffen.

Aus der Diskussion innerhalb der umstehenden Gruppen war zu entnehmen, daß Montag wieder eine Diskussion beabsichtigt ist. Ausgangspunkt soll der Markt sein, also nicht nur Treffen sondern ein Marsch. Es wurde darüber diskutiert, daß immerwieder Randalierer nicht ganz ausgeschlossen sind, bei solchen Dingen und mehrfach wurde die Meinung geäußert, man müßte im Grunde genommen einige Arbeitsgruppen aufstellen. Die also solche Leute auch zum Resonanz rufen können und diese aus dem Zug entfernen.

Zum Problem "Neues Forum" in Halle

Ich habe im Gespräch mit [REDACTED] meine Mitarbeit angeboten, ich habe mich auch bei [REDACTED] erkundigt, wegen der Unterschriftenleistung für die Mitarbeit in der Liste. Es gibt also zwei Listen, eine die Mitarbeitsliste, wo man direkt erklärt, daß man mitarbeiten möchte, mit Namen und Anschrift und dann gibt es die Sympathisantenliste, die für die Öffentlichmachung des Forums eintritt, aber keine Mitarbeit bedeutet.

[REDACTED] hatte mir auch angeboten, mit mir zur EIGENFELD zu gehen. Ich hatte das dann am letzten Stammtisch gesagt und er meinte, daß er jetzt als Verantwortlicher Sprecher dort mit tätig ist und ich auch bei ihm unterschreiben könnte. Ich habe also darauf gedrängt, daß ich dort gern mitarbeiten würde.

Vorige Woche ist mir zu Kenntnis gekommen, daß es im Zusammenhang mit dem "Neuen Forum" ein zusätzliches Schreiben, verfaßt glaube ich von dem Potsdamer-Sprecher, gibt, wo auf die Vorwürfe, betreffs des Wortes des "Sozialismus", was in dem ursprünglichen Programm nicht vorkommt, eingegangen wird. Dort wird sich eindeutig zum Sozialismus bekannt, allerdings mit der Argumentation, daß das in der allgemeinen Plattform nicht extra aufgenommen wurden ist, weil der Begriff Sozialismus im Moment bei vielen Bürgern doch in Mißkredit gekommen ist. Man hat sich eindeutig zu sozialistischen Strukturen bekannt und auch zum attraktiven Sozialismus bekannt in diesem Zusatzschreiben.

hatte das meines Wissens, ich bin mir nicht ganz sicher jetzt, aber ich glaube ja.

Am Mittwoch 17.00 Uhr war in Eisleben ein Friedensgebet in der Petrikerche dort lagen die beiden Friedenslisten zum Forum aus zur Unterschriftsleistung. Ich habe dort zum die Mitarbeit erklärt, in der Liste habe ich nach mir noch eine ganze Anzahl von Personen unterschrieben. Von den Anwesenden kannte ich sehr viele, recht zahlreich vertreten war die Ärzteschaft, das Bergbau- und Bergbaukrankenhaus in Eisleben und ansonsten ein Querschnitt von der ganzen Bevölkerung, also sehr viele die ich namentlich oder vom sehen her kannte.

Das Friedensgebet war rein kirchlich zugeschnitten, mit miltätigen Aufrufen vermischt mit etwas verquastem politischen Anschauungen. Die Wirkung war, besonders auf Jugendliche, sehr enttäuschend, da dort mindesten 30 junge Leute, etwa 17/18 Jahre alt mit mir in der Predigt den Saal verlassen hatten, die hatten offensichtlich etwas anderes erhofft. Ich bin dann nach dem Friedensgebet auch gegangen.

Anschließende Diskussionen sollen noch sehr freimütig gewesen sein. Demonstrationen oder ähnliche Ansätze hat es in Eisleben überhaupt nicht gegeben.

gez. IMS "Knack"
26. 10. 1989

BSStU
000118

EINGANG

chiffriert

TELEGRAMM

(Nichtzutreffendes streichen)

offen

AUSGANG

Dringlichkeit FlugzeugFu/FS-Nr.: 003797Absender: BV Halle, LeiterEmpfänger: MfS Berlin, Stellv.d. Ministers, Generaloberst Mittag, Leiter HA XX,

HA IX, ZAIG, ZOS

Halle, den 26. 10. 19 89Berichtüber den Verlauf und Inhalt der Podiumsdiskussion im Volkspark Halle
am 26. 10. 1989

Am 26. Oktober 1989 wurde in der Zeit von 18.00 bis gegen 21.50 Uhr das während der Demonstration am 23. 10. 1989 auf dem Marktplatz angekündigte Podiumsgespräch von Vertretern des Rates der Stadt und Bürgern aus Halle durchgeführt. An diesem Podiumsgespräch nahmen außerdem die Sekretäre der Bezirksleitung Halle der SED, Gen. Erich Rau und Gen. Helmut Morche teil.

Die Veranstaltung hatte den erwarteten hohen Massencharakter. In den Räumlichkeiten des Volksparkes hielten sich ca. 10.000 Personen auf. Infolge Überfüllung befanden sich während der Veranstaltung weitere ca. 5.000 auf dem Vorplatz des Opernhauses, wohin der Verlauf der Podiumsdiskussion über Lautsprecher übertragen wurde.

Unter den Teilnehmern befanden sich mehrere hundert Genossen der Stadtparteiorganisationen. Die politisch-operative Sicherung erfolgte gedeckt und verlief ohne Vorkommnisse.

Entsprechend den im Vorfeld dieser Veranstaltung gewonnenen Erkenntnissen nahmen zahlreiche Führungskräfte, Mitglieder und Sympathisanten oppositioneller Bewegungen, insbesondere des "Neuen Forum" sowie Teilnehmer der auf dem Marktplatz Halle montags stattfindenden Demonstrationen teil.

Die Atmosphäre, die dominierenden Inhalte und die Art und Weise der Reaktionen auf Darlegungen von Vertretern der Partei und staatlicher Organe wurden maßgeblich durch diese Kräfte geprägt.

Dementsprechend überwogen auch solche Anfragen und Diskussionsbeiträge, in denen z. T. in scharfer und unsächlicher Form massive Angriffe gegen die SED und die Tätigkeit staatlicher Organe vorgetragen wurden, überwiegend Forderungen (z. B. zur Änderung der Medienpolitik, der Machtstrukturen, zur Versammlungs- und Redefreiheit, Umweltschutz und Bildungspolitik) sowie Kritik und Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Generalsekretärs des ZK der SED geäußert wurden und die nur in wenigen Einzelfällen konstruktive Ansätze zur Lösung kommunaler Probleme der Stadt Halle enthielten.

Durchschläge/Durchschriften: Stk. Geschrieben: Gesehen:

Finanzdatum: Uhrzeit: Anfang: Ende: Nachr.-Sachbearb.:

Dokument 19

Telegramm der BV Halle MfS über den Verlauf und Inhalt der Podiumsdiskussion im Volkspark Halle an Generaloberst Mittag, Leiter HA XX und Stellv. des Ministers für Staatssicherheit vom 26.10.1989

Dem gegenüber wurden Äußerungen progressiver Kräfte, insbesondere von Mitgliedern der SED, mit Zwischenrufen und Pfiffen quittiert und unsachlich beurteilt.

Diese geschilderte Atmosphäre während der Veranstaltung war sowohl im Veranstaltungssaal als auch unter den außerhalb des Objektes befindlichen Teilnehmern dominierend.

Aus dem Inhalt und Verlauf der Veranstaltung sind folgende beachtenswerte Beiträge und Reaktionen hervorzuheben:

Zu Beginn der Veranstaltung erfolgte durch den als Gesprächsleiter ausgewählten Prof. Dr. Motzek, Philosoph an der MLU Halle, die namentliche Vorstellung der im Präsidium befindlichen Personen (Anlage).

Danach erfolgte durch den Oberbürgermeister von Halle, Gen. Dr. Pratsch, eine einleitende Darlegung des Gegenstandes und der vereinbarten Zielstellung des zu führenden Dialogs im Sinne der Erklärung des Gen. Krenz und bezogen auf die Weiterentwicklung der Bezirksstadt.

Durch die Person Matthias Augustin, Schlosser, bekannter Exponent politischer Untergrundtätigkeit und Mitorganisator des "Neuen Forum" in Halle, wurde im wesentlichen dargelegt:

- Augustin bezeichnete sich als Vertreter der "Bürgerversammlung" von Halle
- Aufstellen eines oder mehrer Kataloges zum Problembereich Öffentlichkeitsarbeit
- Abschaffung von Druckgenehmigungs- und Vervielfältigungsverfahren
- Herausgabe unabhängiger Zeitungen
- Möglichkeiten der Selbstdarstellung demokratischer Gruppen
- Vereinigungs-, Demonstrations- und Versammlungsrecht sowie Bereitstellung öffentlicher Räume
- umfassende und wahrheitsgemäße Berichterstattung der Medien
- Trennung von Informationen und Kommentaren und deren namentliche Unterzeichnung
- Gewährleistung des Rechts auf Gegendarstellung
- die Medien werden für die Entwicklung im Land mit verantwortlich gemacht, da sie durch mangelhafte Berichterstattung bei den Bürgern ein "Desinteresse" geschaffen haben und damit zu der "Massenflucht" beigetragen haben
- der jetzige 1. Mann im Staat ist für die Fehlentwicklungen in unserer Republik mit verantwortlich
- Mißtrauen besteht gegenüber den "aufdringlichen" Forderungen nach Dialog und gegenüber den Politikern, die noch vor 3 Wochen jeden Dialog abgelehnt hatten.
- die These vom alleinigen Machtmonopol der SED ist überholt und muß überprüft werden

Der freischaffende Schriftsteller Manfred Jendryschik begrüßte den entstandenen Dialog und richtete unmittelbar danach scharfe Angriffe gegen die Medienpolitik in der DDR.

J. äußerte wörtlich: "Wenn z.B. von friedlichen Demonstranten - inzwischen eine offizielle Vokabel - we shall over come und die Internationals noch etwas krächzend aber immerhin gesungen wurde und gerufen wurde "Gorbi, Gorbi", "Wir sind keine Rowdys", "Wir sind das Volk" und "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", und dann in der Presse doch von Rowdys, Schreihälsen, Zusammenrottungen, Konterrevolutionären etc. die Rede ist; Wenn einer Kirchenversammlung, bei der es um die ernsthafte Sorge um dieses Land ging, ich zitierte wörtlich "Großdeutsche Ladenhüter" in der Überschrift des Artikels, d. h. meines Erachtens faschistische, was bedeutet großdeutsch sonst, und ein sturmreif machen für den Kapitalismus böseartig unterstellt, d. h. dahergelogen werden, so ist für mich der Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Dagegen sollte der Staat mit allen Mitteln vorgehen."

Weiter äußerte Jendryschik in diesem Zusammenhang:

"Meines Erachtens sind die Medien ein spezieller, besonders sichtbarer Ausdruck des politischen Zustands eines Landes. Sie betreffen so viele Bereiche des Lebens, daß die Ablösung Joachim Herrmann nur als Tropfen auf dem heißen Stein betrachtet werden kann. Ich würde mir gewünscht, es als notwendige politische Kultur betrachtet zu werden. Erst einmal das gesamte Politbüro der SED zurückgetreten wäre, angesichts der Krise, in die sie das Land geführt hat. Ohne dieses Schritt scheint mir der Erneuerungswille zumindest etwas halbiertes und bietet wenig Voraussetzungen für prinzipielle neue, sozialistische Strukturen."

Den Chefredakteur der "Freiheit" bezeichnete er als "einen bewährten Spitzenbremsen des Dialogs über viele Jahre hinweg" und behauptete, daß die Literatur- und Theaterschaffenden in der DDR nach wie vor einer Zensur ausgesetzt seien.

Die Dr. Scherf, Eva, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Sektion Germanistik an der MLU Halle, Mitorganisator "Neues Forum" in Halle, ging in ihrem Beitrag auf 3 Punkte des Forderungskatalogs des Augustin ein. Sie forderte:

- vertieftes Recht auf Gegendarstellungen in den Medien, da die Presseveröffentlichung der "Freiheit" zur Bürgerversammlung unvollständig sei und nicht die Erklärung der Bürgerversammlung enthielt
- es hat eine deutliche Trennung/Unterscheidung zwischen Berichterstattungen und Kommentaren in den Medien zu erfolgen und alle Veröffentlichungen sind durch die Autoren eindeutig zu unterzeichnen
- es wurde der freie Zugang zu allen Informationen, die in Einklang mit der Verfassung der DDR stehen und deren freie und unbegrenzte Nutzung und Vervielfältigung gefordert.

Im Anschluß daran wurde von der Eigenfeld, Katrin, Bibliotheksfacharbeiterin in der M.U Halle, Mitunterzeichner Gründungsaufwurf "Neues Forum", in Anlehnung an die inhaltlichen Aussagen des Gründungsaufwurfes die Forderung erhoben, zu einem "wahrhaft" offenen Dialog" die erforderlichen juristischen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Offener Dialog und freie Meinungsäußerung sei jedoch durch die ständige Präsenz der Staatssicherheit unmöglich, sondern säe Mißtrauen und Angst. Sie forderte die Zulassung des "Neuen Forum" und aller anderen Basisgruppen und Bürgerbewegungen, freien Zugang zu den Massenmedien, Abschaffung der Zensur, Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, des absoluten Verzichtes auf Gewalt bei Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der DDR auf dem Boden der Verfassung sowie die strikte Abweisung jeglicher rechtsradikaler und faschistischer Strömungen.

Als weiteres Mitglied des Podiums äußerte sich der Bildhauer Zeiner zu Fragen der Medienpolitik.

Er kritisierte das "Informationsmonopol" der SED, wodurch zwischen den einzelnen Zeitungen keine echte Wettbewerbssituation bestehe und forderte, die "Benachteiligung" der nicht von der SED herausgegebenen Zeitungen zu beenden.

Das Presseamt beim Ministerrat habe seine Einschätzung nach versagt. Des weiteren forderte er eine weitgehende Demokratisierung aller Massenmedien und schlug u.a. den Vorschlag, für jedes Medium ein demokratisches Kontrollorgan der Bürger zu schaffen.

Für echte journalistische Meisterschaft halte er den freien Zugang zu gegnerischen Medien und die unbeschränkte Möglichkeit zu reisen.

In anschließenden Darlegungen des Sekretärs für Agitation und Propaganda der BL Halle der SED, Gen. Erich Rau, der das Zustandekommen dieser Podiumsdiskussion begrüßte, wurde die Notwendigkeit der Fortsetzung des konstruktiven Dialogs hervorgehoben.

Die Ausführungen des Gen. Rau wurden durch Zwischenrufe und Pfeife mehrfach unterbrochen, worauf der Jendryschik die Anwesenden zu mehr Ruhe und Besonnenheit aufforderte.

Bereits zu diesem Zeitpunkt war zu verzeichnen, daß die Ausführungen der oppositionellen Kräfte mit starkem Beifall unterstützt wurden und die Reaktionen der im Saal befindlichen progressiven Kräfte nicht ausreichten, die aggressive Atmosphäre einzudämmen.

Durch den Versammlungsleiter wurde das anwesende Publikum im Anschluß an die Ausführungen des Gen. Rau aufgefordert, Fragen an die Podiumsteil-

nehmer zu stellen.

In dieser Diskussion wurden insgesamt 37 Wortmeldungen realisiert, wobei verschiedene Personen mehrfach in Erscheinung traten.

Außer den im Podium befindlichen Persönlichkeiten kam es aus dem Publikum durch progressive Kräfte zu lediglich 4 Wortmeldungen. 17 Personen, davon einige mehrfach, traten überwiegend in aggressiver Form auf und richteten sich in ihren Anfragen und Äußerungen fast ausschließlich gegen die mit der 9. Tagung des ZK eingeleiteten Maßnahmen der Partei bzw. stellten deren Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit in Frage. Auch hierbei war eine lautstarke Zustimmung und Beifallsbekundung der Mehrzahl der Veranstaltungsteilnehmer zu verzeichnen. In den inhaltlichen Aussagen dominierten Fragen und Kritiken bzw. Unterstellungen und unsachliche Bewertungen der Politik der Partei in Vergangenheit und Gegenwart, insbesondere zu solchen bekannten Thesen wie:

- Wahrheitsanspruch und Machtmonopol,
- Verantwortung der Funktionäre auf allen Ebenen und
- Fragen der Kaderpolitik in der Parteiführung.

Mehrere Personen forderten ein klares Schuldbekenntnis der Parteifunktionäre und betonten ihr Mißtrauen gegen die Person des stellvertretenden Generalsekretärs, wobei durch eine bisher nicht identifizierte männliche Person in scharfmacherischem Ton die Behauptung aufgestellt wurde, Egon Krenz wäre in der DDR Verhältnisse wie in China herbeiführen.

Einen weiteren Schwerpunkt der angesprochenen Probleme bildeten die Kommunalwahlen 1989. Hier trat insbesondere der bekannte Exponent Matthias Augustin in Erscheinung, der trotz Klarstellung durch den Oberbürgermeister, den Staatsanwalt des Bezirkes und den Bürgermeister des Stadtbezirkes Halle-Süd wiederholt behauptete, der Staat habe Wahlfälschung begangen und die Forderung erhob, seinen am 8. 5. 1989 dazu verfaßten "offenen Brief" in der Bezirkspresse zu veröffentlichen und zur Diskussion zu stellen.

Die Diskussion zu Problemen der ökologischen Situation in der Stadt Halle verlief im Vergleich mit den anderen Themen ruhiger und sachlicher.

Prof. Schubert, Direktor des Botanischen Gartens Halle, informierte unter Beifall über die Aufhebung des Ministerratsbeschlusses über die Geheimhaltung von Umweltdaten und plädierte unter Beifall für mehr Sachlichkeit und Konstruktivität im Dialog sowie für konkrete Daten. Er unterbreitete den Vorschlag, der Bildung einer Zentralstelle für Umweltdaten im Bezirk Halle. Hinsichtlich einer später im Publikum gestellten Forderung nach täglicher Veröffentlichung von Meßdaten in der Stadt Halle sprach sich Prof. Schubert für eine Veröffentlichung der Umweltdaten der letzten 20 Jahre aus, um Trendentwicklungen deutlich zu machen und erhielt für seine Forderung, bei Inversionslagen die Benutzung privater Kraftfahrzeuge zu unterlassen, breite Zustimmung.

In einer kontroversen Diskussion kam es hinsichtlich der Durchführung von Demonstrationen und dem dazu staatlicherseits vertretenen Standpunkt, daß diese kein Mittel für einen konstruktiven Dialog darstellen. Die Diskussionsredner aus dem Publikum reagierten auf die von progressiven Kräften vertretenen Auffassungen außerordentlich aggressiv und ablehnend und sprachen sich übereinstimmend für die Fortsetzung der Demonstrationen auf dem Markt in Halle aus, die nach ihrer Auffassung den jetzt begonnenen Dialog erst ermöglichen hätten und auch weiterhin notwendig seien.

Die während des Verlaufs der Veranstaltung geäußerte Behauptung, die Partei würde für den kommenden Montag eine Gegendemonstration von Parteimitgliedern und Kampfgruppe in Zivil organisieren, wurden durch den Sekretär der BL sowie durch den 1. Sekretär der Stadtbezirksleitung eindeutig als Gerücht zurückgewiesen und dementiert. Dennoch kam es gegen Ende der Veranstaltung erneut zu einer Wortmeldung zu diesem Thema, in der durch eine namentlich nicht bekannte männliche Person die Behauptung aufgestellt wurde, die Partei würde einen Bürgerkrieg provozieren.

Der Beschäftigte des Kombines Chemische Werke Buna, [REDACTED], verbreitete die Behauptung, von Genossen der Parteiorganisation des Kombines erfahren zu haben, daß der 1. Sekretär der BL zu einer großen Gegendemonstration und einen Sternmarsch in Halle am 30. 10. 1989 aufgerufen habe. Seine abschließende Bemerkung "die einfachsten Menschen in Buna hätten dies abgelehnt wurde mit starkem Beifall und Menschenrufen quittiert. Die erneute Erklärung der verantwortlichen Funktionäre, daß eine solche Demonstration nicht geplant sei, wurde mit Pfiffen und Suh-Rufen registriert. Der Versuch einer männlichen Person, die unverzügliche Entscheidung einer "Abordnung" zu Genossen A. Böhme zur Klärung dieser Angelegenheit zu provozieren, konnte verhindert werden. In diesem Zusammenhang wird eingeschätzt, daß es sich hierbei offensichtlich um eine gezielte Provokation seitens der Organisatoren der Demonstrationen auf dem Markt in Halle handelt.

Unter Berufung auf einen Informanten aus Buna war die vermeintliche Absicht einer Gegendemonstration von Partei und Kampfgruppen, bereits in den Abendstunden des 25. 10. 1989 an die Kontaktadressen des "Neuen Forum" in der Hauptstadt der DDR übermitteln worden.

In Reaktionen auf die dazu während der Podiumsdiskussion geführte Auseinandersetzung wurde unter den Veranstaltungsteilnehmern die Absicht bekräftigt, auch weiterhin Demonstrationen auf dem Markt in Halle durchzuführen bzw. daran teilzunehmen.

Durch einen abschließenden Diskussionsbeitrag eines Arztes aus dem Diakonia-Werk Halle, der sich einerseits mißtrauisch gegenüber der "alten Garde" im Politbüro äußerte, andererseits aber die bürgernahe Politik des Oberbürgermeisters hervorhob, wurde eine Beruhigung der Situation im Veranstaltungsobjekt erreicht.

BStU

000124

Die darauf folgenden Schlußbemerkungen des Oberbürgermeisters, dessen Vorschlag weitere Gespräche mit Bürgern durchzuführen, sowie die Mitteilung, daß im Regionalsender Halle am 27. 10. 1989 über die Podiumsdiskussion berichtet werde, wurde von den Teilnehmern mit Zustimmung aufgenommen.

Nach Beendigung der Veranstaltung verließen die Teilnehmer ruhig und ohne Vorkommnisse den Volkspark.

Maßnahmen zur Erarbeitung konkreter Informationen über die Reaktionen der teilnehmenden Vertreter oppositioneller Gruppierungen auf den Inhalt und Verlauf der Podiumsdiskussion sind eingeleitet.

KOPIE BStU

Leiter der Bezirksverwaltung

Schmidt
Generalmajor



*Montags-Demo; Markt in Halle;
6. November 1989; Foto: Sebastian*



*Montags-Demo; Markt in Halle;
Oktober/November 1989; Foto: Wagner*

Impressum:

Ereignisse im Herbst 1989 in Halle (Saale)
Eine Dokumentation
herausgegeben vom Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle
Verein für erlebte Geschichte

Halle, Oktober 1999

Die Broschüre wurde gefördert von der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt und entstand in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte "Roter Ochse" Halle (Saale).

Für die unkomplizierte Einsicht in Staatssicherheitsunterlagen gilt ein besonderer Dank den Mitarbeitern der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Das Stadtmuseum Halle stellte freundlicherweise Fotos zur Verfügung.

Satz: Verlag André Gursky -Heimatliteratur-
Herstellung: Druckhaus Harms, 29393 Groß Oesingen,
Tel.: 05838/990808; (Fax: 05838/990809)

ISBN 3-00-005032-9